

Universität Gesamthochschule Kassel

MAGISTRAARBEIT IM FACH MITTLERE UND NEUERE  
GESCHICHTE

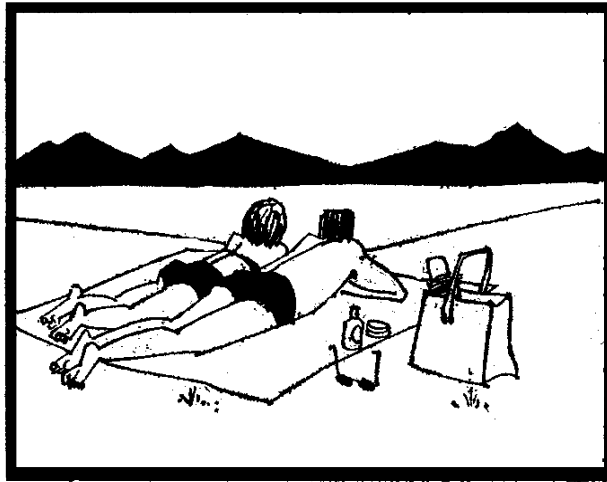
DER GEDENKTAG 17. JUNI IN DER BUNDESREPUBLIKANISCHEN  
ÖFFENTLICHKEIT UNTER BESONDERER BERÜCKSICHTIGUNG DER REDEN IM  
DEUTSCHEN BUNDESTAG

Fachbereich 5, Gesellschaftswissenschaften;  
Ylva Freifrau von Löhneysen

Gutachter:           1. Prof. Dr. Jens Flemming  
                          2. Prof. Dr. Ulrich Mayer



## Zum Geleit



„Nein, Christihimmelfahrt war doch im Mai!  
Am 17. Juni. glaub' ich, war dieses Dings-  
bums mit Hitler und den Generälen, dieser  
Stauffenberg, Stauffenfeld oder so ähnlich!“

Zum Geleit .....	3
1. Einleitung .....	5
1.1 Vorbemerkungen.....	5
1.2 Forschungsstand.....	6
1.3 Entwicklung und Begrenzung der Fragestellung .....	9
1.4 Quellen und Methode.....	11
2. Die Vorgeschichte und der Aufstand des 17. Juni in Ost-Berlin und in der DDR.....	13
2.1 Relevante Entwicklungslinien in der DDR bis 1953.....	13
2.2 Der Aufstand .....	15
3. Der 17. Juni in der Bundesrepublik.....	18
3.2. Interpretationsmodelle der Parteien .....	21
3.2.1 Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands.....	21
3.2.2 Die Freie Demokratische Partei .....	22
3.2.3 Die Christlich Demokratische Union.....	23
3.3 Publikationen über den 17. Juni in den 50er Jahren .....	24
3.5 Konflikte um den Tag der deutschen Einheit .....	34
4. Die Gedenkreden zum Tag der deutschen Einheit im Deutschen Bundestag.....	38
4.1 Die Konstruktion der Nation .....	38
4.1.1 Theoretische Vorüberlegungen.....	38
4.1.2 Die Rekonstruktion der Nation .....	41
4.2 Der Blick auf die deutsche Geschichte.....	52
4.3. Freiheit und Einheit .....	63
4.4 Antikommunismus als Gegen- und Integrationsideologie .....	76
4.4.1 Totalitarismustheorien.....	76
4.4.2 Die antikommunistische Rhetorik der Gedenkreden.....	78
5. Zusammenfassung und Ausblick.....	89
6. Quellen und Literatur .....	95
6.1 Quellen.....	95
6.1.1 Gedenkreden zum 17. Juni.....	95
6.1.2 Weitere Quellen .....	97
6.2 Lexika.....	98
6.3 Literatur.....	98

# 1. Einleitung

## 1.1 Vorbemerkungen

Die der Untersuchung vorangestellte Karikatur von 1966 zeigt pointiert das Dilemma des 17. Juni. Sie illustriert einen Artikel des Wochenmagazins *Der Spiegel* zu diesem Thema, der den ironischen Titel "Einheit in Freizeit"<sup>1</sup> trägt. Der einzige staatliche Feiertag der Bundesrepublik, der Tag der deutschen Einheit ist schon wenige Jahre nach seiner Einführung 1953 "statt Feiertag ein freier Tag",<sup>2</sup> mit dessen Bedeutung man sich kaum beschäftigte. Er hat sich nie wirklich in das kollektive Gedächtnis der Bundesrepublik eingeschrieben, obwohl über das Ritual wiederkehrender Gedenkfeiern<sup>3</sup> versucht worden ist, diesen Feiertag als Fixpunkt einer ideellen Verpflichtung zu etablieren, die ihrerseits die in der Präambel des Grundgesetzes<sup>4</sup> verkündete Maxime, die Einheit Deutschlands zu vollenden, zur Grundlage hatte.

Der 1953 stattfindende Aufstand in der Deutschen Demokratischen Republik diente als Medium und Möglichkeit, die Nation als Wert wieder emotional zu besetzen und "von ihr zu reden, ohne vom Nationalsozialismus sprechen zu müssen".<sup>5</sup>

Gleichwohl birgt der Feiertag von Anfang an ein unüberwindbares Paradoxon in sich: Einem von der Besatzungsmacht Sowjetunion niedergeschlagenen Aufstand in der Deutschen Demokratischen Republik wird in der Bundesrepublik ein Feiertag gewidmet, der den Namen *Tag der deutschen Einheit* erhält, obgleich durch das Scheitern der Erhebung offensichtlich geworden war, daß die deutsche Einheit in naher Zukunft keine Chance haben würde. Weiter war der 17. Juni ein Feiertag der als *Provisorium* verstandenen Bundesrepublik. Je weiter sich der westdeutsche Staat von diesem provisorischen Charakter entfernte, desto schwieriger wurde die Legitimation eines Feiertages, mit dem der Einheit gedacht werden sollte.

---

<sup>1</sup> Der Spiegel, 26/1966, S. 16.

<sup>2</sup> So die Überschrift eines Artikels in: Die Zeit, Nr. 25, v. 23.6.1972.

<sup>3</sup> Dazu in anderem Kontext: Reichel, Politik mit der Erinnerung. Gedächtnisorte im Streit um die nationalsozialistische Vergangenheit, München 1995, S. 48ff.

<sup>4</sup> "Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Ordnung zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat das deutsche Volk (...) um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben, kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen. Es hat auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war. Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden." Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland v. 23.5.1953, Bundesgesetzblatt (BgbI.) S. 1, zuletzt geändert am 16.7.1998, BGBl. S. 1822.

<sup>5</sup> Wolfrum, Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung, Darmstadt 1999, S. 7.

In den historischen und politischen Wissenschaften ist der Tag der deutschen Einheit bis 1992 kein Untersuchungsgegenstand. Erst nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten erlangt er das Interesse der Forschung. Eine Ursache kann darin gesehen werden, daß das Selbstverständnis der *alten* Bundesrepublik nicht mehr Objekt politischer Auseinandersetzung war, sondern historisiert werden konnte.

## 1.2 Forschungsstand

Die erste wissenschaftliche Übersicht über den Tag der deutschen Einheit ist 1992 die rechtswissenschaftliche Dissertation von Sütterlin,<sup>6</sup> die eine Fülle von Fakten bietet. Für jedes Jahr werden die im Bundestag gehaltenen Reden zusammenfassend dargestellt, wie auch Anträge zu Änderungen des Gesetzestextes und Diskussionen in der Presse. Die ausführliche Recherche umfaßt die Pressedienste der Parteien ebenso, wie Veröffentlichungen zum Thema in regionalen Zeitungen. Es fehlt der Quellenapparat, eine Analyse und Interpretation des Dargestellten wird nicht vorgenommen.

1993 werden in der wissenschaftlichen Zeitschrift *Aus Politik und Zeitgeschichte* zwei Aufsätze zum Thema veröffentlicht. Schiller analysiert unter dem Titel "Politische Gedenktage in Deutschland"<sup>7</sup> auch den 17. Juni. Er gliedert die politischen Gedenktage in der Bundesrepublik in drei Kategorien: die an den Nationalsozialismus und die beiden Weltkriege erinnernden Tage, die Tage der teilstaatlichen Identität der Bundesrepublik und jene, mit denen der deutschen Teilung gedacht werden soll. Schiller stellt fest, daß der 17. Juni, obgleich einzig die KPD gegen seine Erklärung zum staatlichen Feiertag votierte, nie wirklich identitätsstiftend für die bundesdeutsche Öffentlichkeit geworden sei. Dies habe sich auch nicht dadurch geändert, daß alljährlich neben den Gedenkveranstaltungen des Bundestages auch durch das überparteiliche Kuratorium Unteilbares Deutschland (KUD) eine Fülle von Kundgebungen und Feiern in der ganzen Republik initiiert wurden. Seine These ist, daß ein Tag, der an einen blutig niedergeschlagenen Aufstand für die Freiheit erinnere, als ungeeignet betrachtet wurde. Daran habe auch die große Beachtung, die der Tag regelmäßig in den Massenmedien gefunden habe, nichts ändern können. Im Zuge der Entspannungspolitik der siebziger Jahre sei die Verlegenheit immer größer geworden. Trotz ausführlicher öffentlicher Diskussionen um Alternativen, wie den Verfassungstag 23. Mai,<sup>8</sup> habe es für einen neuen Gedenktag nie eine politische Mehrheit gegeben. Die Rolle der Gewerkschaften und deren Position, den Feiertag als *sozialen Besitzstand* der Arbeitnehmer

---

<sup>6</sup> Sütterlin, Der Tag der Deutschen Einheit im Wandel der Zeit, Dissertation, Kiel 1992.

<sup>7</sup> Schiller, Politische Gedenktage in Deutschland. Zum Verhältnis von öffentlicher Erinnerung und politischer Kultur, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (APZ) B25/1993, S. 32-39.

zu betrachten, werden in seiner Analyse nicht thematisiert. Der 17. Juni wird zusammenfassend als "unzeitgemäßes Relikt des Kalten Krieges, das einer weiteren Entspannung im Wege stand"<sup>9</sup> beurteilt.

Gallus untersucht erstmals die im Deutschen Bundestag gehaltenen Reden, die er unter den Gesichtspunkten "Sicht der Juniereignisse" und "Positionen zur deutschen Frage" analysiert.<sup>10</sup> Er gliedert die Reden in drei Epochen, von 1954-68, 1969-80 und 1981-90. Der Blick auf die Juniereignisse habe in der ersten Phase bis 1967 noch eine vergleichsweise große Rolle gespielt. Er galt "eindeutig als Ausdruck eines großen Begehrens nach Einheit",<sup>11</sup> während in der Folgezeit die Reden einen formelhaften Charakter angenommen und Abschaffungsdiskussionen im Vordergrund gestanden hätten. Die Ursache für die von 1981-89 wieder enger werdende Anlehnung an die Gedenkkultur der fünfziger Jahre sieht der Autor in der in dieser Zeit verstärkten Auseinandersetzung der Bundesdeutschen um nationale Identität und Selbstverständnis, für welche die Nachrüstungsdebatte und der Historikerstreit Symptome seien. In dieser letzten Phase habe der 17. Juni eine sehr weitgefächerte Bewertung erfahren, die jedoch in der Öffentlichkeit kaum noch wahrgenommen worden sei.

Im Hinblick auf die deutsche Frage konstatiert Gallus bis 1967 Bekenntnisse zur Wiedervereinigung und vielfältige Überlegungen und Lösungsansätze, die noch keinen lippenbekenntnishaften Charakter angenommen und die Diskussion lebendig gehalten hätten. In der zweiten Phase sei die Einheit Fernziel geworden und der zweite deutsche Staat nicht länger zu ignorieren gewesen. Deshalb sei die Einheit in der Regierungspolitik den Sicherheits- und Friedensfragen untergeordnet worden, was wiederum Anlaß zu Auseinandersetzungen zwischen den Parteien gegeben habe. Für die letzte Phase wird anhand von Beispielen gezeigt, wie unterschiedlich die deutsche Frage behandelt wurde. So habe es neben Kritik an der Entspannungspolitik auch Warnungen vor bundesdeutscher Selbstzufriedenheit gegeben. Zusätzlich sind Reden gehalten worden, die sich mehr mit anderen Themen, wie beispielsweise der globalen Umweltproblematik, als dem 17. Juni auseinandergesetzt hätten. Abschließend wird festgestellt, daß die Reden "trotz ihrer geringen unmittelbaren Wirkung eine aussagefähige Quelle [für] einen bundesdeutschen Bewußtseinswandel zwischen 1954 und 1989"<sup>12</sup> darstellten.

---

<sup>8</sup> Die Diskussion um eine Einführung des 18. März, dem Jahrestag der Revolution von 1848, als Gedenktag in beiden deutschen Staaten wird nicht erwähnt.

<sup>9</sup> Schiller, Politische Gedenktage, S. 36.

<sup>10</sup> Gallus, Der 17. Juni im Deutschen Bundestag von 1954 bis 1990, in: APZ B25/1993, S. 12-21.

<sup>11</sup> Gallus, Der 17. Juni im Deutschen Bundestag, S. 17.

<sup>12</sup> Ebd., S. 21.

Wolfrum ordnet 1998 in seinem Aufsatz "Geschichtspolitik und deutsche Frage"<sup>13</sup> den 17. Juni in einen breiteren Kontext ein. Er betrachtet den 17. Juni als Folie, auf der Geschichtspolitik - ein neues Forschungsthema der Zeitgeschichte, welches "die Auseinandersetzung um Geschichte als politisches Ereignis in Demokratien"<sup>14</sup> analysiert - in der Bundesrepublik untersucht werden kann. Hierbei sei, so führt er aus, die Erfahrung von zwei Diktaturen, der nationalsozialistischen und der der SED, von entscheidender Bedeutung gewesen.

Der 17. Juni wird von ihm als Bezugsrahmen gewählt, weil sich an keinem anderen Beispiel "die Verschränktheit von Geschichte und Politik und der Wandel von Identität im Umgang mit Vergangenheit für die Bundesrepublik Deutschland auf breiterer empirischer Basis herausarbeiten"<sup>15</sup> lasse. Er fragt nach Art und Verlauf der Durchsetzung dieses nationalen Gedächtnisortes, weiter nach der gesellschaftlichen und politischen Inszenierung und Ritualisierung der Nation und schließlich nach der geschichtspolitischen Gestaltung des Diskurses zur deutschen Frage vor dem Hintergrund der Kontroversen um Geschichtsbilder der Bundesrepublik.

Der 17. Juni habe in der politischen Gründungsphase der Bundesrepublik einen "wahrhaft dramatischen Akzent"<sup>16</sup> gesetzt, weil er in der öffentlichen Meinung den Beweis erbracht habe, daß die Einheit Deutschlands eine politische Notwendigkeit sei. Er sei von den politischen Strömungen der Bundesrepublik in ihr jeweiliges Koordinatensystem eingeordnet worden. Dabei sei er zum Kristallisationspunkt eines sich entwickelnden Kultes um den verlorenen Nationalstaat geworden, bei dem der Antikommunismus eine zentrale Rolle gespielt habe. In den fünfziger Jahren sei der 17. Juni noch ungebrochenes Symbol für drei ineinander verschränkte Themengebiete des politischen Diskurses gewesen: die geschichtliche Rehabilitation der deutschen Nation, das den Deutschen auferlegte Unrecht der Teilung und der Beweis für die antitotalitaristische Gesinnung der Deutschen.

Mit der Entstehung eigener Gründungsmythen der Bundesrepublik, wie des Wirtschaftswunders, der sozialen Sicherheit, der Westintegration und der Wiederbewaffnung habe dieser Gedächtnisort 17. Juni an Bindungskraft verloren und sei mehr und mehr in den übergreifenden Zusammenhang deutscher Freiheitsbewegungen eingeordnet und erst 1983 von der christlich-liberalen Koalition wieder "in traditioneller Form in den Symbolhaushalt der

---

<sup>13</sup> Wolfrum, *Geschichtspolitik und deutsche Frage*. Der 17. Juni im nationalen Gedächtnis der Bundesrepublik (1953-89), in: *Geschichte und Gesellschaft* Nr. 24 (1998), S. 382-411.

<sup>14</sup> Ebd., S. 383.

<sup>15</sup> Ebd., S. 385.

<sup>16</sup> Ebd., S. 388.



Bundesrepublik"<sup>17</sup> zurückgeführt worden. Dies könne als Versuch betrachtet werden, "Identität wieder stärker rituell und weniger diskursiv zu konstruieren."<sup>18</sup>

Zusammenfassend wird konstatiert, daß das konkrete Ereignis über die Zeit massiv von den jeweiligen Grundorientierungen in der Bundesrepublik überlagert und instrumentalisiert worden sei.

Die in diesem Aufsatz aufgestellten Thesen werden von Wolfrum in seiner 1999 veröffentlichten Habilitation<sup>19</sup> auf breiter Quellenbasis ausgeführt und belegt. Da auf die Ergebnisse seiner Analyse im Rahmen dieser Untersuchung wiederholt verwiesen werden wird und die Hauptthesen bereits anhand des genannten Aufsatzes nachgezeichnet wurden, wird ihr Inhalt an dieser Stelle nicht referiert.

### **1.3 Entwicklung und Begrenzung der Fragestellung**

Wolfrums Analyse über Geschichtspolitik in der Bundesrepublik legt überzeugend offen, daß der Feiertag 17. Juni bis 1990 von allen politischen Strömungen als Projektionsfläche für ihre jeweiligen Wertvorstellungen instrumentalisiert wurde. Die Instrumentalisierung müßte sich infolgedessen auch in den Gedenkreden zum 17. Juni widerspiegeln, die in Wolfrums Mono-graphie keine zentrale Rolle spielen. Gefragt wird daher nach dem Inhalt der Reden unter den Aspekten *Nation, Geschichtsbilder, Einheit und Freiheit* sowie *Antikommunismus*, die analog zu Wolfrum als Kernthemen des öffentlichen Diskurses im Hinblick auf eine Bildung kollektiver Identität der BRD betrachtet werden. Dabei gilt meine Aufmerksamkeit auch den Formulierungen und den gewählten Metaphern,<sup>20</sup> weil sich aus beiden implizite politische Standorte ableiten lassen. Es ist zu beachten, daß Darlegungen von Vertretern der bundesdeutschen Eliten untersucht werden, die sich in persona im Spannungsfeld von Kontinuität und Diskontinuität zum Nationalsozialismus bewegen.

Herausgearbeitet wird weiter, ob und wie sich der Blick auf die Themenschwerpunkte im Untersuchungszeitraum von 1954-66 verändert. Dabei soll nicht nur der Aspekt von historischer Kontinuität und Diskontinuität betrachtet, sondern auch offengelegt werden, an welche historischen Traditionen angeknüpft wird und welche explizit negiert werden. Erörtert werden alle anlässlich der Staatsakte im deutschen Bundestag gehaltenen Ansprachen und Gedenkreden im genannten Zeitraum sowie weitere für die Untersuchung relevante öffentliche Vorträge dieser Periode. Diese Begrenzung erfolgt aufgrund der sich durch die

---

<sup>17</sup> Wolfrum, *Geschichtspolitik und deutsche Frage*, S.411.

<sup>18</sup> Ebd., S.411.

<sup>19</sup> Wolfrum, *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung*, Darmstadt 1999.

Große Koalition ändernden Gedenkpraxis ab 1967. Seit dieser Zeit gibt es zum 17. Juni keine zentralen Veranstaltungen mehr. Die Erklärungen der Bundesregierung zum Tag der deutschen Einheit sind keine persönlichen Reflexionen wie die Gedenkreden der Vorjahre, sondern stereotype Verlautbarungen. Die ab 1981 im Rahmen der wiederaufgenommenen Gedenksitzungen gehaltenen Vorträge sind in Bezug auf die den Analyserahmen bildenden Themenkomplexe nur eingeschränkt ergiebig, so daß eine Untersuchung weitgehend unfruchtbar bliebe. Die Wirkung der Reden auf die Adressaten entzieht sich der Betrachtung, weil hierzu keine empirischen Untersuchungen vorliegen.

Am Ende der Analyse wird gefragt, inwieweit der Inhalt dieser Reden von den Zuhörern aufgenommen werden konnte, handelt es sich doch teilweise um komplizierte Abhandlungen mit komplexer Syntax, die sich meines Erachtens erst beim analytischen Lesen erschließen lassen.

Im Mittelpunkt der Untersuchung werden also nicht die Ereignisse des 17. Juni 1953 in der DDR stehen, sondern ihre Einordnung und Bewertung in Westdeutschland sowie die Bedeutung des dem Aufstand gedenkenden gesetzlichen Feiertags Tag der deutschen Einheit in der Bundesrepublik. Trotzdem ist es unerlässlich, das Ereignis selbst und die Kontroversen der Forschung in einem knappen Überblick darzustellen, um den Bezugspunkt des Feiertags zu vergegen-wärtigen.<sup>21</sup> Daher werden die vorangegangenen Entwicklungen beschrieben, um Ursachen und Auslöser des Ereignisses einordnen zu können. Diese liegen in den umfassenden und einschneidenden Strukturwandlungen von Herrschaft und Gesellschaft, die nach der Zerschlagung des Nationalsozialismus in der sowjetischen Besatzungszone durch die SED vollzogen wurden.<sup>22</sup>

---

<sup>20</sup> Siehe dazu Kap. 1.4 Quellenproblematik und Methode.

<sup>21</sup> Vor 1990 gibt es in der Forschungsliteratur nur zwei umfangreichere Monographien zu diesem Thema: Baring, Der 17. Juni 1953, Bonn 1957 und Spittmann/Fricke (Hg.), 17. Juni 1953 - Arbeiteraufstand in der DDR, Köln 1982. Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955, <sup>5</sup>Bonn 1991, S. 277-82, befaßt sich in einem kurzen Kapitel mit dem 17. Juni. Seit 1990 erscheint eine Fülle weiterer Forschungsliteratur: Beier, Wir wollen freie Menschen sein. Der 17. Juni 1953: Bauleute gingen voran, Frankfurt/Main 1993; Diedrich, Der 17. Juni 1953 in der DDR. Bewaffnete Gewalt gegen das Volk, Berlin 1991; Hagen, DDR - Juni '53: Die erste Volkserhebung im Stalinismus, Stuttgart 1992; Hagen, "Wir sind doch nicht geschlagen?!" Erste Reaktionen der SED-Führung auf die Volkserhebung 1953, Dresden 1993; Kowalczuk/Mitter/Wolle (Hg.), Der Tag X - 17. Juni 1953. Die "Innere Staatsgründung" der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54, Forschungen zur DDR-Geschichte Bd. 3, Berlin 1995; Mitter, Die Ereignisse im Juni und Juli 1953 in der DDR. Aus den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit, in: APZ B5/1991, S. 31-41; Mitter/Wolle, Die deutsche Revolution des Jahres 1953, in: dies., Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, München 1993, S. 27-162 sowie über neueste Forschungen die Podiumsdiskussion, Der 17. Juni - vierzig Jahre danach, in: Kocka/Sabrow (Hg.), Die DDR als Geschichte. Fragen, Hypothesen, Perspektiven, Berlin 1994, S. 40-66. Zur Rezeption des 17. Juni in der Historiographie vgl. Diedrich, Putsch - Volksaufstand - Arbeitererhebung? Zur Arbeitererhebung 1953 in der deutschen Geschichtsschreibung, in: APZ B25/1993, S. 3-11 und Kowalczuk, Die Historiker der DDR und der 17. Juni 1953, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht (GWU) 44/1993, S. 705-725.

<sup>22</sup> Fricke, Der Arbeiteraufstand - Vorgeschichte, Verlauf, Folgen, in: Spittmann/Fricke (Hg.), 17. Juni 1953, S. 5.

Als weitere Voraussetzung für die Analyse der Reden wird sich eine Darstellung der Einordnung des 17. Juni durch die politischen Parteien anschließen sowie eine Beschreibung der Feierlichkeiten zum Tag der deutschen Einheit sowie der Konflikte und Auseinandersetzungen, die es um ihn gegeben hat.

#### **1.4 Quellen und Methode**

Die bis 1967 im Bundestag vorgetragenen Gedenkreden werden vollständig analysiert, andere nur wenn in ihnen relevante Aussagen zu den Themenkomplexen der Untersuchung gemacht werden. Bis auf eine Ausnahme handelt es sich um die offiziellen Veröffentlichungen im Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (im Folgenden: Bulletin des PuIA).

Im Kontext meiner Untersuchung werden die im deutschen Bundestag von 1954-66 gehaltenen Gedenkreden analysiert, da nur in diesem Zeitraum der Feiertag in Staatsakten begangen wurde. Die Beschränkung auf diese Zeit erwächst aus der Art der Inszenierung des Gedenkens in Staatsakten, welche feierliche Veranstaltungen sind, an denen nicht nur Vertreter der höchsten Staatsorgane und des öffentlichen Lebens teilnehmen, sondern die auch eine Präsentation des Staates in der Öffentlichkeit sind.

Politische Gedenktage werden analog zu Edelman als Teil des Instrumentariums politischer Systeme verstanden, die zur integrativen Konsensstiftung und Loyalitätsbildung der Gesellschaft beitragen sollen. Sie gehören zu den Ausdrucksmitteln politischer Gemeinwesen, die die ihnen zugrunde liegende Staatlichkeit objektivieren und als verdichtete Symbole bezeichnet werden können, die, mit situativen Kontexten verknüpft, Emotionen hervorrufen. Verdichtete Symbole sind codierte verbale oder nonverbale Signale, deren Sinn nur der versteht, der den Code entschlüsseln kann. Gedenktage können also als politische Vergegenständlichungen betrachtet werden, mit deren Hilfe komplexe Sinnzusammenhänge verkürzt dargestellt und vermittelt werden.<sup>23</sup>

Anhand einer Analyse der zum Tag der deutschen Einheit gehaltenen Reden soll untersucht werden, wie an diesem Tag das Selbstverständnis der geteilten Nation, sowie Legitimations- und Identifikationsmuster der Bundesrepublik geschildert werden. Dabei wird den benutzten Metaphern besondere Aufmerksamkeit geschenkt, da sie implizite Botschaften transportieren, die manipulative Elemente enthalten und den Rezipienten auf einer emotionalen Ebene ansprechen sollen.

---

<sup>23</sup> Edelman, Politik als Ritual. Die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handelns, Frankfurt/Main 1976, S. 5f.

In der Zusammenschau der bis 1966 am 17. Juni gehaltenen Gedenkreden kristallisieren sich vier ineinander verflochtene Stränge heraus: die Rehabilitierung, bzw. Rekonstruktion der Nation, der Blick auf traditionsfördernde Geschichtsbilder bei gleichzeitiger Ausklammerung des Nationalsozialismus aus der historischen Kontinuität, Freiheit und Einheit als Zentralkategorien staatlicher Legitimationsressourcen und die Hervorhebung der antitotalitären Gesinnung der Deutschen, die sich im Antikommunismus äußert. Diese Themenkomplexe werden einzeln betrachtet, um Kontinuität und Diskontinuität in ihren Bedeutungshorizonten offenlegen zu können. Dabei stehen die Begriffe *Nation* und *Freiheit* mit ihren Abstraktions-ebenen im Zentrum der Gedenkreden. Ihre Bedeutungsebenen werden zunächst mit Hilfe von historisch-politischen Handwörterbüchern und theoretischen Abhandlungen erschlossen, um einen Interpretations-rahmen zu schaffen. Im zweiten Schritt werden die Reden daraufhin untersucht, in welchem Kontext diese Begriffe Verwendung finden, und es wird eine Paraphrasierung der jeweils relevanten Teile vorgenommen. Aus dieser ist das jeweilige Verständnis der Begriffe interpretierbar. Anhand der Ergebnisse können Kontinuität oder Wandel der Konnotationen herausgearbeitet werden. Die Metaphern, die zur Beschreibung der Begriffe Verwendung finden, werden nach Bildbereichen gegliedert. Ich gehe davon aus, daß sich die politischen Ansichten und Wertungen der Redner mit Hilfe der zugeordneten Bilder verorten lassen, die bei den Adressaten Emotionen auslösen oder festigen sollen.

Schulte-Sasse erläutert, daß Sprachzustände immer historisch seien. Als solche seien sie konstitutiv und formend für die Gesellschaft,<sup>24</sup> zu deren sozialem Beziehungsgeflecht die Begriffe Nation, Einheit und Freiheit sowie die Wortfelder der Geschichtsbilder und des Antikommunismus gehören. Zum Verhältnis von historischer Realität und sprachgeschichtlichem Status stellt Koselleck fest: "Dauer und Wandel oder Neuheit von Wortbedeutungen müssen erst einmal erfaßt werden, bevor sie als Indikatoren für die außersprachlichen Inhalte selber, für soziale Strukturen oder politische Konflikte verwendbar sind."<sup>25</sup>

Am Ende der Untersuchung wird diskutiert, ob der methodische Ansatz, politische Gedenkreden unter dem Aspekt einer Begriffsanalyse zu betrachten, fruchtbar ist.

---

<sup>24</sup> Schulte-Sasse, Literarische Struktur und historisch-sozialer Kontext, zum Beispiel Lessings "Emilia Galotti", Paderborn 1975, S. 37.

<sup>25</sup> Koselleck, Begriffsgeschichte und Sozialgeschichte, in: ders. (Hg.), Historische Semantik und Begriffsgeschichte, Stuttgart 1978, S. 19-36, S. 29.

## 2. Die Vorgeschichte und der Aufstand des 17. Juni in Ost-Berlin und in der DDR

### 2.1 Relevante Entwicklungslinien in der DDR bis 1953

Die DDR konstituiert sich am 7. Oktober 1949 auf dem Boden der sowjetischen Besatzungszone als Volksrepublik nach sowjetischem Muster. Bereits 1950 ist der überwiegende Teil der Volkswirtschaft verstaatlicht, während gleichzeitig das politische, gesellschaftliche und kulturelle Leben in der DDR durch die staatliche Kontrolle der Medien immer monotonere Züge annimmt. 1952 beschließt die Parteikonferenz der SED den planmäßigen Aufbau des Sozialismus, dessen Durchführung als vorbehaltlose Übernahme des stalinistischen Sowjetsystems betrachtet werden muß.<sup>26</sup>

In der Folgezeit nimmt die politische Verfolgung und Strafjustiz in großem Umfang zu. Gleichzeitig verschlechtert sich im Winter 1952/53 die Wirtschafts- und Versorgungslage erheblich. Die durch den Tod Stalins Anfang März geweckten Hoffnungen auf eine Veränderung der Politik erfüllen sich nicht. Im selben Zeitraum verschärft sich die innere Krise, so daß sich die Parteiführung im April mit einem Hilfesuch an Moskau wendet. Der von dort gegebene Rat, den harten Kurs abzumildern, wird jedoch nicht befolgt. Inzwischen nimmt auch die Fluchtbewegung immer weiter zu. In den ersten vier Monaten des Jahres 1953 verlassen über 120.000 Menschen die DDR. Statt mäßigend zu reagieren, folgt die SED weiter der Devise "erst mehr produzieren, dann besser leben!"<sup>27</sup> und beschließt auf dem ZK-Plenum vom 13./14. Mai 1953, "daß die Arbeitsnormen insgesamt um mindestens 10% erhöht werden".<sup>28</sup> Damit soll eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität bei gleichzeitiger Senkung der Lohnkosten erreicht werden. Nach der Umsetzung dieses Beschlusses durch den Ministerrat kommt es zwei Wochen später zu Protesten und Widersprüchen, die sogar Eingang in die Presse der DDR finden. Beispielhaft ist die Aussage eines Arbeiters im SED-Blatt *Freiheit*: "Kollegen, was sich jetzt bei uns tut, ist für uns als Arbeiter beschämend. Siebzig Jahre nach dem Tode von Karl Marx müssen wir noch über die elementarsten Lebensbedingungen debattieren. Wenn Karl Marx dieses ahnte, würde er sich im Grabe

---

<sup>26</sup> Hagen, DDR - Juni '53, S. 22ff.

<sup>27</sup> Ebd., S. 28.

<sup>28</sup> Beschluß des Zentralkomitees vom 14. Mai 1953, in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. 4, Ost-Berlin 1954, S. 410.

umdrehen."<sup>29</sup> Parallel gibt es in verschiedenen Städten der DDR erste Arbeitsniederlegungen und kurze Streiks.<sup>30</sup>

Anfang Juni wird die SED-Führung nach Moskau zitiert und erhält dort detaillierte Anweisungen über einen politischen Kurswechsel, da ansonsten eine ernste Gefahr für den Bestand der DDR zu befürchten sei. Als Folge der Weisungen aus Moskau beschließt das Politbüro der SED nach kurzen Beratungen im engsten Kreis einen "Neuen Kurs".<sup>31</sup> Dieser beinhaltet vor allem die Beseitigung repressiver Maßnahmen gegen die Mittelschicht, dazu werden die Handel- und Gewerbetreibenden und die Bauernschaft gezählt, sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Versorgungslage durch Veränderungen im Volkswirtschaftsplan und Aufhebungen von Steuer- und Preisverfügungen. Die Bekanntgabe dieser Maßnahmen findet in der Bevölkerung Zustimmung, löst jedoch auch Diskussionen über Art und Umfang aus. So wird die Frage erörtert, warum es nur Erleichterungen für den Mittelstand gebe, nicht aber für die Arbeiter, stehen doch die erhöhten Arbeitsnormen als einzige Maßnahme aus der Periode des "sozialistischen Aufbaus" nicht zur Disposition.

Die SED hatte also erstmals Fehler eingestanden und die Notwendigkeit einer Veränderung der sowjetischen Deutschlandpolitik offenbart. Die politische Landschaft schien in Bewegung geraten zu sein, zumal Forderungen nach Rücktritt der Regierung laut wurden. Es gab sogar Gerüchte über die Auflösung der SED und die Verhaftung von Pieck und Ulbricht durch die Sowjets.<sup>32</sup>

In einem im *Neues Deutschland* am 14. Juni erscheinenden Artikel wird gefordert, mit "dem Kuhhandel und der Normenschaukelei Schluß " zu machen. Die Durchsetzung von Beschlüssen dürfe nicht erzwungen werden, statt dessen müsse man die Arbeiter überzeugen, denn "das gefährlichste dabei ist, daß wir bei diktatorischer und administrativer Einführung von Maßnahmen unsere Werktätigen abstoßen, anstatt sie immer fester an uns zu binden".<sup>33</sup> Zwei Tage später erscheint in der Gewerkschaftszeitung *Tribüne* ein Artikel von gänzlich anderem Tenor, nämlich daß die Entscheidungen über die Erhöhung der

---

<sup>29</sup> Freiheit vom 29.5.53, zitiert nach: Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen (im Folgenden BMGF) (Hg.), Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953. Denkschrift über den Juni-Aufstand in der Sowjetischen Besatzungszone und in Ost-Berlin, faksimilierter Nachdruck der Ausgabe von 1953, Dok. Nr. 9, S. 25f, S. 25.

<sup>30</sup> Hagen, DDR - Juni '53, S. 29.

<sup>31</sup> Ebd., S. 32f.

<sup>32</sup> Diedrich, Der 17. Juni 1953 in der DDR, S. 48ff.

<sup>33</sup> Neues Deutschland vom 14.6.53, zitiert nach: BMGF, Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953. Denkschrift, Dok. Nr. 23, S. 41-43, S. 43.

Arbeitsnormen "in vollem Umfang richtig" seien.<sup>34</sup> Dieser Artikel gilt als der unmittelbare Auslöser der Demonstration der Berliner Bauarbeiter am selben Tag.<sup>35</sup>

## 2.2 Der Aufstand

Nachdem Bauarbeiter auf der Stalinallee bereits am Vortag beschlossen hatten eine Delegation zu Gewerkschaftsleitung und Regierung zu entsenden, um die Forderung nach Rücknahme der Normen zu überbringen, führt der Artikel in der *Tribüne* zu dem Entschluß, die Delegation mit einer Demonstration zu begleiten. Diese zieht nicht direkt zum Gewerkschaftshaus in der Wallstraße, sondern macht Umwege über verschiedene Baustellen, deren Belegschaften sich dem Zug anschließen, ebenso wie Passanten beiderlei Geschlechts und Kinder.<sup>36</sup> Damit wird deutlich, daß schnell eine Solidarisierung der Bevölkerung mit den Bauarbeitern zu verzeichnen ist. Während dieser Demonstration macht sich aufgestaute Empörung Luft, doch ist sie weder organisiert, noch gibt es gewählte Sprecher.

Nachdem das Gewerkschaftshaus verschlossen vorgefunden wurde, wird das Haus der Ministerien angesteuert. Dort trifft der Zug, inzwischen auf mehrere tausend Personen angewachsen, gegen Mittag ein. Hier stellen die Demonstranten zum ersten Mal auch politische Forderungen. Spontane, nicht organisierte Äußerungen aus der Menge werden zu Sprechchören, die freie Wahlen und den Rücktritt der Regierung fordern.

Die inzwischen vom Politbüro beschlossene Zurücknahme der Normenerhöhung, vom Berliner Parteisekretär Heinz Brandt überbracht, zeigt keine Wirkung auf die Demonstranten, denn das ursprünglich zentrale Protestmotiv spielt nur noch eine untergeordnete Rolle. Durch Mund-zu-Mund-Propaganda wird statt dessen die Parole vom Generalstreik in Umlauf gebracht.<sup>37</sup> Der Demonstrationzug kehrt am späten Nachmittag zur Stalinallee zurück und löst sich zunächst auf.

Westliche Nachrichtensender, insbesondere der Berliner RIAS veröffentlichen Meldungen über die Ereignisse in Ost-Berlin, doch bleiben die Sender zurückhaltend. Ihre Devise war, sich auf "bloße Berichterstattung" zu beschränken, "das Wort Generalstreik dürfe in den Sendungen keinesfalls erwähnt werden".<sup>38</sup> Diese Berichte tragen dazu bei, daß sich die Nachricht über Streik und Demonstrationen in Ost-Berlin schnell in der ganzen DDR verbreitet.

---

<sup>34</sup> *Tribüne* vom 16.6.53, zitiert nach: BMGF, *Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953*. Denkschrift, Dok. Nr. 24, S. 43f.

<sup>35</sup> Baring, *Der 17. Juni 1953*, S. 25 mit Anm. 111: "Das ergibt sich aus Dutzenden von Zeugenaussagen."

<sup>36</sup> Dies läßt sich laut Hagen, anhand von Fotos bereits für den 16. Juni nachweisen. Ders., *DDR - Juni 53*, S.38.

<sup>37</sup> Hagen, *DDR - Juni '53*, S. 44f.

<sup>38</sup> Baring, *Der 17. Juni 1953*, S. 61.

Am Morgen des 17. Juni streiken Arbeiter in allen größeren und vielen kleinen Städten der DDR. Gleichzeitig bekommen die Demonstrationen eine neue Qualität, Gefängnisse werden gestürmt und Gefangene befreit. Es gibt zahlreiche Tote und Verletzte.<sup>39</sup>

In Ost-Berlin erreichen die Streiks am Morgen des 17. Juni ein größeres Ausmaß als am Vortag. Über 100.000 Menschen versammeln sich gegen 11:00 Uhr vor dem Haus der Ministerien, die Stoßrichtung ist eindeutig politischer als am Vortag. Ab 13:00 Uhr wird der Ausnahmezustand über den sowjetischen Sektor Berlins verhängt und die Demonstranten von der sowjetischen Armee auseinandergetrieben. Am Nachmittag wird der Potsdamer Platz mehrfach geräumt und bis zum Abend gelingt es, den Ausnahmezustand schrittweise durchzusetzen.<sup>40</sup> Nach offiziellen Angaben des Innenministeriums der DDR belief sich die Gesamtzahl der Aufständischen auf 496.765 Personen.<sup>41</sup> In der Forschungsliteratur wird von bis zu einer Million Teilnehmer gesprochen.<sup>42</sup>

Als Bilanz des 17. Juni sind mindestens 51 Tote, sowie Hunderte von Verletzten zu verzeichnen. 20 Soldaten der DDR und 40 sowjetische Armeeangehörige werden wegen Befehlsverweigerung standrechtlich erschossen. Insgesamt werden nach dem 17. Juni 13.000 Menschen verhaftet und rund 5600 Ermittlungsverfahren eingeleitet, die zwei Todesurteile und zahlreiche langjährige Haftstrafen nach sich ziehen.<sup>43</sup>

Die Forschung ist in ihrer Bewertung des 17. Juni uneinig. Publikationen vor 1989 interpretieren ihn übereinstimmend als *Arbeiteraufstand*,<sup>44</sup> wobei Kleßmann den Ansatz zu einem möglichen "Umschlag in einen politischen Volksaufstand"<sup>45</sup> sieht. Nach 1989 fallen die Bewertungen unterschiedlich aus. Hagen kommt nach einer Diskussion der Begriffe *antistalinistischer Großkonflikt*, *Aufstand* und *Protest* zu dem Schluß, daß die Bezeichnung *Volkserhebung* die Ereignisse zutreffend beschreibe.<sup>46</sup> Beier spricht von einem *Volksaufstand*,<sup>47</sup> eine Interpretation, die von Mitter geteilt wird,<sup>48</sup> wobei letzterer den Ereignissen in einer 1993 veröffentlichten Publikation noch die Qualität einer *revolutionären*

---

<sup>39</sup> Zu den Ereignissen in der Provinz vgl. bes. Diedrich, Der 17. Juni 1953 in der DDR und Hagen, DDR - Juni '53.

<sup>40</sup> Diedrich, Der 17. Juni 1953 in der DDR, S. 85f.

<sup>41</sup> Wolfrum, Geschichtspolitik, S. 67.

<sup>42</sup> Hagen, DDR - Juni '53, S. 200.

<sup>43</sup> Wolfrum, Geschichtspolitik, S. 67.

<sup>44</sup> Baring, Der 17. Juni 1953, Spittmann/Fricke (Hg.), 17. Juni 1953 - Arbeiteraufstand in der DDR; Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung, S. 277f.

<sup>45</sup> Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung, S. 277f. Leider gibt Kleßmann für diese Interpretation keine Begründung, außer der Bemerkung: "Bevor es jedoch dazu kommen konnte, wurde er [der Aufstand] von sowjetischen Truppen gewaltsam niedergeschlagen."

<sup>46</sup> Hagen, DDR - Juni '53, S. 206.

<sup>47</sup> Beier, Wir wollen freie Menschen sein, S. 14.

<sup>48</sup> "Was die Phase des offenen Widerstandes gegen das SED-Regime (...) betrifft, so stimmen zumindest die Verfasser des vorliegenden Bandes darin überein, daß von einem Volksaufstand gesprochen werden muß." Kowalczuk/Mitter/Wolle (Hg.), Der Tag X - 17. Juni 1953, S. 25.



*Erhebung*<sup>49</sup> zugesprochen hatte. Diedrich hält an der Bewertung, des 17. Juni als *Arbeitererhebung* fest.<sup>50</sup>

Die Kontroverse über die Einordnung des 17. Juni ist nach wie vor offen. Im Rahmen dieser Untersuchung werden - ohne Berücksichtigung der differierenden Konnotationen - die Begriffe Aufstand und Erhebung synonym gebraucht, und zwar nicht als Wertung, sondern zur neutralen Benennung der Ereignisse.

---

<sup>49</sup> Mitter/Wolle, Die deutsche Revolution des Jahres 1953, S. 160.

<sup>50</sup> Diedrich, Der 17. Juni 1953 in der DDR, S. 187.

### 3. Der 17. Juni in der Bundesrepublik

Diesem Kapitel ist eine weitere Begriffsdefinition vorzuschicken: In dieser Arbeit wird *großdeutsch* als das Adjektiv, welches Deutschland in den Grenzen vom 31.12.1937 beschreibt, verstanden, *gesamtdeutsch* gilt als Bezugsgröße für beide deutsche Staaten und *kleindeutsch* meint ausschließlich die Bundesrepublik Deutschland.

#### 3.1 Unmittelbare Reaktionen in der Bundesrepublik

Die ersten Reaktionen in der Bundesrepublik auf die Ereignisse in Ost-Berlin und der DDR sind zurückhaltend. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* sieht in ihrem Leitartikel am 17.6.1953 "Anzeichen für staatliche Lenkung", die Demonstrationen seien möglicherweise durch "Provokateure der Sowjetzonenregierung" ausgelöst worden, um "den harmlosen äußeren Anlaß für den Sturz der Prominenz der Sozialistischen Einheitspartei [zu] liefern".<sup>51</sup> Bundeskanzler Adenauer läßt verlautbaren, daß die weitere Entwicklung abgewartet werden müsse.<sup>52</sup>

Auch in den folgenden Tagen wird in der westdeutschen Presse nicht ausgeschlossen, daß die Erhebung von Konkurrenten Ulbrichts oder von der Sowjetunion inszeniert worden sei, sich dann aber "zum deutlichen Protest der Arbeiter gegen das ganze Regime entwickelt habe und der sowjetischen Seite aus der Hand geglitten"<sup>53</sup> sei. Parallel dazu wird der Aufstand in der Presse politisch instrumentalisiert: "Daß Berlin noch immer die eigentliche Hauptstadt des Reiches ist und daß sie den Anspruch hat, es eines Tages wieder zu werden, hat ihre Bevölkerung durch keine Tat mehr bekundet als durch die Erhebung der Ostberliner Arbeiter."<sup>54</sup>

Kanzler Adenauer erklärt im Bundestag, die Demonstrationen seien eine große Bekundung des Freiheitswillens, er warnt jedoch vor unbedachten Handlungen und betont, eine wirkliche Veränderung der Verhältnisse in der Sowjetzone sei nur durch die Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit zu erreichen.<sup>55</sup>

Der 17. Juni ist in der bundesdeutschen Presse mehrere Wochen omnipräsent und noch bis Ende des Jahres 1953 gibt es eine intensive Berichterstattung über die politischen und gesellschaftlichen Konsequenzen in der DDR und die Stimmungslage der dortigen

---

<sup>51</sup> FAZ, Nr. 137, v. 17.6.1953.

<sup>52</sup> Ebd.

<sup>53</sup> FAZ, Nr. 138, v. 18.6.1953.

<sup>54</sup> Ebd., Kommentar "Aufbruch".

<sup>55</sup> Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, 1. Wahlperiode, 272. Sitzung, 17.6.1953, S. 13449, (im Folgenden Verh. d. Dt. Bt., Sten. Ber., Wp., Sitz.).

Bevölkerung.<sup>56</sup> Ebenso spielt der 17. Juni eine wichtige Rolle im laufenden Bundestagswahlkampf.

Von der bundesdeutschen Politik wird der 17. Juni sogleich vereinnahmt und in das jeweilige Koordinatensystem der Parteien eingepaßt. Dies läßt sich exemplarisch anhand der Bundestagsdebatte vom 1. Juli 1953<sup>57</sup> darlegen:

In einer Regierungserklärung hebt Bundeskanzler Adenauer (CDU) hervor, daß die bisherige Politik der Westintegration Voraussetzung für Verhandlungen über eine Wiedervereinigung Deutschlands sei. Nur dadurch sei zerstörtes Vertrauen wiedergewonnen worden und sei man den Westalliierten nun freundschaftlich verbunden. Er untermauert diese Behauptung, indem er die ostdeutsche Bevölkerung zu Zeugen erklärt. Diese "hat uns in den letzten Tagen immer wieder sagen lassen, daß wir uns der starken Position nicht begeben möchten, die unsere Partnerschaft mit der freien Welt bedeutet".<sup>58</sup> Der Kanzler führt weiter aus, die bisherige Regierungspolitik und die Unterstützung der Westalliierten würden die Wiedervereinigung ermöglichen, die Pläne für die Vorgehensweise seien fertiggestellt.

Dieser Darstellung wird von der Opposition ausdrücklich widersprochen. Der Abgeordnete und Vorsitzende des Bundestagsausschusses für gesamtdeutsche Fragen, Herbert Wehner (SPD), nennt die Pläne der Regierung symbolische Gesten, dabei käme es "geschichtlich auf konkrete Schritte an", die sich als Verpflichtung aus dem "Freiheitskampf der Arbeiter der sowjetisch besetzten Zone und Ost-Berlins" ergäben. Die SPD sieht er als Sachwalter dieser Verpflichtungen, denn sie sei "Fleisch vom Fleisch der mitteldeutschen Arbeiter".<sup>59</sup> Wehner benutzt hier eine biblische Metapher,<sup>60</sup> um die Einheit der deutschen Arbeiter hervorzuheben. Dieses Konstrukt soll deren Zusammengehörigkeit markieren und die SPD in die Position setzen, allein für sie sprechen zu können. Im weiteren Verlauf von Wehners Rede wird deutlich, daß er den 17. Juni als Aufstand der Arbeiterklasse betrachtet, die erneut Kampfesmut und Fortschrittlichkeit bewiesen habe.<sup>61</sup> Indem er den Karl-Marx-Satz über die Opfer des Juni-Aufstandes in Paris von 1848 zitiert "Die Arbeiter sind zwar

---

<sup>56</sup> Wolfrum, Geschichtspolitik, S. 69.

<sup>57</sup> Verh. d. Dt. Bt. Sten. Ber., 1. Wp., 278. Sitz., 1.7.1953, S. 13870-13911.

<sup>58</sup> Ebd., S. 13872.

<sup>59</sup> Verh. d. Dt. Bt. Sten. Ber., 1. Wp., 278. Sitz., 1.7.1953, S. 13874f.

<sup>60</sup> Vgl. 1. Mose 2, 23.

<sup>61</sup> Wolfrum spricht in diesem Zusammenhang von Wehners "unverhohlenen Stolz auf die geschichtstreibende Kraft der Arbeiterklasse. 'So wie man's sie gelernt (!) hat.' ", Wolfrum, Geschichtspolitik, S. 86. Das vom Autor gesetzte Ausrufungszeichen soll den Leser darauf aufmerksam machen, daß Wehner die Verben *lehren* und *lernen* nicht adäquat zu gebrauchen weiß. Dieser hervorgehobene, mangelnde Bildung suggerierende Fehler findet sich der angegebenen Belegstelle, Verh. d. Dt. Bt. Sten. Ber., 1. Wp. 278. Sitz., 1.7.1953, S. 13876, jedoch nicht.

geschlagen worden, aber sie sind nicht besiegt!"<sup>62</sup>, schafft er neben der religiösen auch eine historische Analogie, die auf einen glücklichen Ausgang hindeutet. Wehner fordert, sofort Verhandlungen der vier Mächte einzuleiten, die Einheit Deutschlands könne nicht aufgrund mehr oder weniger fremder Interessen verschoben werden. Willy Brandt (SPD) bringt diesen Gedanken "in betonter Zuspitzung" auf den Punkt: "uns liegt - gerade auch nach dem heroischen und tragischen Geschehen in der Zone - die gesamtdeutsche Haut näher als irgendein kleineuropäisches Hemd".<sup>63</sup> Die Nation<sup>64</sup> ist das zentrale Thema der sozialdemokratischen Redebeiträge. Nach Wolfrums Analyse konnte diese "zum Fluchtpunkt der demokratischen politischen Linken werden, weil sie offensichtlich in der Klassensolidarität der Arbeiter wurzelte".<sup>65</sup>

Robert Tillmanns (CDU) warnt zwar davor, den Aufstand für Parteipolitik zu instrumentalisieren, kann sich der Versuchung aber selbst nicht entziehen, indem er hervorhebt, daß die Aufständischen schließlich die rote Fahne vom Brandenburger Tor geholt, dabei "Hoch Adenauer" gerufen und das Deutschlandlied gesungen hätten; außerdem habe es "von Seiten dieser Arbeiterschaft (...) an klaren Vertrauensbeweisen zu den christlichen Kirchen nicht gefehlt".<sup>66</sup> Damit interpretiert er die Juni-Erhebung als Ereignis, welches auf der Basis der Wertvorstellungen der CDU stattgefunden habe. Für die FDP argumentiert der Abgeordnete Becker analog zu Tillmanns, daß "der deutsche Osten ungebrochen zu seinem ungeteilten Vaterland"<sup>67</sup> halte und sich dieses nur als politisch freien Staat vorstellen könne. Der 17. Juni sei von "weltbewegender Bedeutung", weil an diesem Tag das kommunistische Wirtschaftssystem "das Paradies der Lohnarbeiterklasse" von eben dieser Lohnarbeiterklasse demaskiert und abgelehnt worden sei. Er betont, daß Wiedervereinigung und europäische Integration einander nicht ausschließen, sondern bedingten und damit die "gleiche Rangordnung" hätten. Prioritäten seien "nach Lage der Dinge" zu setzen.<sup>68</sup>

Die beiden großen Parteien der Bundesrepublik vereinnahmten den 17. Juni als Ausdruck ihrer eigenen gesellschaftlichen Standorte. Die emotionale Debatte, die von Zwischenrufen und tumultartigen Szenen geprägt ist, legt offen wie der Aufstand für die

---

<sup>62</sup> Verh. d. Dt. Bt. Sten. Ber., 1. Wp., 278. Sitz., 1.7.1953, S. 13877. Wehner bezieht sich offensichtlich auf folgendes Zitat: "Die Pariser Arbeiter sind *erdrückt* worden von der Übermacht, sie sind ihr nicht *erlegen*. Sie sind *geschlagen*, aber ihre Gegner sind *besiegt*." Karl Marx in: Neue Rheinische Zeitung, Nr. 29, v. 29.6.1848, in: MEW, Bd. 5, S. 133.

<sup>63</sup> Verh. d. Dt. Bt. Sten. Ber., 1. Wp., 278. Sitz., 1.7.1953, S. 13883.

<sup>64</sup> Zur Definition und Problematisierung des Begriffs siehe Kapitel 4.1.1 .

<sup>65</sup> Wolfrum, Geschichtspolitik, S. 87.

<sup>66</sup> Verh. d. Dt. Bt. Sten. Ber., 1. Wp., 278. Sitz., 1.7.1953, S. 13881.

<sup>67</sup> Ebd., S. 13894.

<sup>68</sup> Verh. d. Dt. Bt. Sten. Ber., 1. Wp., 278. Sitz., 1.7.1953, S. 13881.

jeweiligen Interessen instrumentalisiert wird. Dies spiegelt sich ebenso in der Diskussion um den geplanten Feiertag, der den 17. Juni in der Bundesrepublik würdigen soll. Über die Form dieses Feiertags entbrennt ein Streit. Die Regierungskoalition und die oppositionelle SPD-Fraktion legen jeweils einen Antrag vor, die dem Ereignis unterschiedliche Bedeutungen zumessen. Im Antrag der SPD wird der 17. Juni als *Nationalfeiertag* bezeichnet. Damit soll ein Symbol für die Identifikation mit der Nation geschaffen und die gesamtdeutsche Perspektive betont werden. Der Antrag der Regierungskoalition CDU/CSU und FDP fordert einen *nationalen Gedenktag* einzuführen, also einen Tag der Erinnerung an das unmittelbare Ereignis.

Der Bundestag überweist beide Anträge an den Ausschuß für innere Verwaltung, der einen Gesetzentwurf erarbeitet. In diesen fließt der Vorschlag Wehners ein, den 17. Juni *Tag der deutschen Einheit* zu nennen. Er soll zum gesetzlichen Feiertag<sup>69</sup> erklärt werden. Dieser Entwurf findet Zustimmung im gesamten Bundestag mit Ausnahme der KPD und tritt am 4. August 1953 als Gesetz in Kraft. Damit ist der erste und einzige staatliche Feiertag der *alten* Bundesrepublik etabliert, ein Feiertag, der für die gesamte Dauer seiner Existenz umstritten bleibt.

## **3.2. Interpretationsmodelle der Parteien**

Der Blick auf den Tag der deutschen Einheit und seine sich verändernde Bedeutung im politischen Diskurs der Bundesrepublik verlangt eine Darstellung seiner unmittelbaren Einordnungen und Interpretationen in den politischen Parteien der fünfziger Jahre, um aufzuzeigen, daß das Gedenken des 17. Juni stets als Projektionsobjekt der jeweiligen politischen Grundeinstellungen benutzt worden ist.

### **3.2.1 Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands**

Die SPD und die Gewerkschaften interpretieren den 17. Juni als Arbeiteraufstand, in welchem das traditionelle Instrumentarium der sozialistischen Arbeiterbewegung seit dem 19. Jahrhundert weitergewirkt habe. Daraus leiten sie zwei Grundtendenzen ab. Zum einen hätten die Arbeiter im Osten bewiesen, daß sie sich nicht vom totalitären SED-Regime hätten vereinnahmen lassen, sondern im Sinne sozialdemokratischer Traditionen antikommunistisch geblieben seien. Zum anderen zeige der Aufstand, daß die sozialdemokratische gesamtdeutsche Wiedervereinigungspolitik gerechtfertigt sei, da die

---

<sup>69</sup> Damit wird der 17. Juni weder *Nationalfeiertag* noch *Nationaler Gedenktag*. Die fehlende Bezeichnung kann zu Verwirrungen führen. So wird im Bulletin des PulA, Nr. 108, 20.6.1959, S. 1075, sowohl in der Überschrift zur Rede des Historikers Werner Conze der 17. Juni als Nationalfeiertag bezeichnet, als auch in den Ausführungen des Redners selbst.

"Zonenbevölkerung"<sup>70</sup> diese Politik wolle. Sie sei damit auch "gegen die kleindeutsche 'restaurative' Regierung Adenauer und den Bonner Teilstaat rheinisch-katholischer Prägung im Westen".<sup>71</sup>

In der Zeit bis 1960 vertritt die SPD die politischen Interessen der "Nation", die als Resultat der Arbeiterbewegung gewertet wird. Gleichzeitig soll damit bewiesen werden, daß die Sozialdemokraten keine *vaterlandslosen Gesellen* seien, die noch immer in der Tradition der Weltrevolution stünden.

### 3.2.2 Die Freie Demokratische Partei

Die Liberalen interpretieren den 17. Juni ebenfalls aus der Sicht des 19. Jahrhunderts. Die FDP, die sich 1948 als Zusammenschluß der westzonalen liberalen Parteien gegründet hatte, ist in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre nicht eindeutig politisch zuzuordnen, da die Landesverbände verschiedene politische Strömungen vertreten.<sup>72</sup> Baden-Württemberg, Bremen und Hamburg stehen in einer liberal-demokratischen Tradition, während in Hessen und Niedersachsen die Nationalliberalen dominieren.<sup>73</sup> In der nordrhein-westfälischen FDP versuchen ehemalige NS-Eliten eine neue rechtsnationalistische Partei zu formen.<sup>74</sup> Dieser Versuch scheitert mit der Naumannaffäre 1953.<sup>75</sup>

Auf ihrem Parteitag Ende Juni 1953 demonstriert die FDP unter dem Eindruck der Ereignisse in der DDR oberflächliche Einstimmigkeit. Der 17. Juni wird in die Kontinuität von 1848 gestellt. Beide Ereignisse markierten die einzig echten Revolutionen der deutschen Geschichte und seien Symbole für das deutsche Selbstverständnis als Einheit.<sup>76</sup> Bundespräsident Theodor Heuss (FDP) interpretiert den Aufstand als elementaren, kraftvollen Ausdruck des politischen Willens zur demokratischen Selbstgestaltung der Nation, wie es ihn seit 1848 nicht mehr gegeben habe, "ein zwar nicht rechtlich paragrafisiertes, aber im geschichtlichen Sinn unübersehbares Plebiszit".<sup>77</sup>

Diese Interpretation der Juni-Erhebung als "symbolhafte Wiederkehr der Paulskirche" war entscheidend für den Zusammenhalt der in unterschiedliche Richtungen strebenden

---

<sup>70</sup> SPD-Parteisekretär Fritz Heine an die SPD-Bezirke am 25.6.1953. Zitiert nach Wolfrum, *Geschichtspolitik*, S. 89.

<sup>71</sup> Ebd., S. 92. Weder in den Protokollen der Bundestagsdebatten, noch in Wolfrums Analyse wird deutlich, was mit "sozialdemokratischer Wiedervereinigungspolitik" gemeint ist. Ob eine großdeutsche oder gesamtdeutsche Einigung angestrebt wird ist nicht ablesbar.

<sup>72</sup> Kleßmann, *Die doppelte Staatsgründung*, S. 149f.

<sup>73</sup> Kleßmann, *Zwei Staaten, eine Nation*, S. 122.

<sup>74</sup> Herbert, *Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903-1989*, Bonn 1996, S. 461ff.

<sup>75</sup> Frei, *Vergangenheitspolitik*, S. 361ff.

<sup>76</sup> Wolfrum, *Geschichtspolitik*, S. 95ff.

<sup>77</sup> Theodor Heuss in: *Bulletin des PUA*, Nr. 115, 23.6.1953, S. 978.

Partei.<sup>78</sup> Politische Konsequenz dieser Interpretation ist die Forderung der FDP nach sofortiger Umsetzung des Deutschlandvertrages,<sup>79</sup> denn nur dadurch könne der Freiheitswille der ostdeutschen Bevölkerung unterstützt und dem deutschen Volk bewiesen werden, daß es keine Verständigung zwischen den Westalliierten und der Sowjetunion auf Kosten Deutschlands geben werde.<sup>80</sup>

### 3.2.3 Die Christlich Demokratische Union

Die CDU versteht den 17. Juni sowohl als Erhebung für die Westbindung der Bundesrepublik, die die Wiedervereinigung ermöglichen sollte, als auch als nachgeholte bürgerliche Revolution. Beispielhaft führt Robert Tillmanns (MdB) aus, es sei in der Vergangenheit oft gesagt worden, "daß die Demokratie in Deutschland wahrscheinlich deswegen so wenig im Bewußtsein unseres Volkes verhaftet ist, weil sie nicht vom Volke durch Opfer und im Kampf errungen, sondern meistens in Zeiten nationaler Niederlagen uns von außen gebracht worden sei. Hier ist zum ersten Mal in der Geschichte das Volk für die Freiheit, d.h. für eine demokratische Rechtsordnung aufgestanden und hat Opfer gebracht."<sup>81</sup>

Diese in sich widersprüchliche Interpretation, die die Bundesrepublik als von außen installiert beschreibt, macht deren Demokratie zu einer aufgezwungenen, in der letztlich alle Demokraten *Zwangsdemokraten* sind, während die *wahren Demokraten* in der Bevölkerung der DDR zu finden sind, weil sie sich gegen die von außen aufgezwungene Staatsform zur Wehr setzte. Inwieweit die Handlungen der bundesrepublikanischen Regierung frei von Zwang sind, wird von Tillmanns nicht reflektiert. Die Denkfigur von der oktroyierten Demokratie ist nicht einzigartig. Sie findet sich auch elf Jahre später in der Gedenkrede Theodor Schieders zum 17. Juni. Dort wird sie benutzt, um das mangelnde politische Selbstbewußtsein in der Bundesrepublik zu erklären.<sup>82</sup>

Die CDU und insbesondere der Bundeskanzler schaffen es als einzige, aus dem Aufstand politisches Kapital zu schlagen. Nachdem Adenauer zunächst sehr zurückhaltend

---

<sup>78</sup> Wolfrum, Geschichtspolitik, S. 98.

<sup>79</sup> Der Deutschlandvertrag zwischen der Bundesrepublik und den drei Besatzungsmächten löst u. a. das Besatzungsstatut ab, gibt der Bundesrepublik innere und äußere Souveränität und regelt die zukünftigen Beziehungen zwischen den drei Westalliierten und der Bundesrepublik Deutschland. Auszüge des Vertrages in: Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung, Dok. 87, S. 470f.

<sup>80</sup> Zitiert nach Wolfrum, Geschichtspolitik, S. 95.

<sup>81</sup> Verh. d. Dt. Bt. Sten. Ber., 1. Wp., 278. Sitz., 1.7.1953, S. 13881f.

<sup>82</sup> "Wir spüren es alle, daß unser politisches Selbstbewußtsein noch unsicher ist und daß ihm vor allem noch kein ungebrochenes moralisches und geistiges Selbstbewußtsein zur Seite steht. Dieses Mißverhältnis mag seine Wurzel darin haben, daß der Übergang von der Diktatur zu der neuen inneren staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung der Demokratie nicht eigentlich das Ergebnis eines allgemeinen moralischen und geistigen Aufschwungs gewesen ist, den wir allein aus eigener Kraft vollzogen haben, sondern mehr das selbstverständlich hingegenommene Resultat des durch äußere Kräfte erzielten Zusammenbruchs der nationalsozialistischen Herrschaft." Ders. in: Bulletin des PuIA, Nr. 96, 20.6.1964, S. 897.

reagiert und seine geplante Reise nach Paris nicht zugunsten eines Berlinbesuchs absagen will, läßt er sich schließlich von seinen Beratern überzeugen, daß es falsch sei, dieses symbolische Feld dem politischen Gegner zu überlassen.<sup>83</sup> Auf der Trauerfeier vor dem Schöneberger Rathaus für die Toten des Aufstandes hält der Kanzler eine pathetische Rede, die mit dem Schwur, nicht zu ruhen und zu rasten, bis ganz Deutschland in Frieden und Freiheit wiedervereinigt ist, endet.<sup>84</sup>

Mit dieser Rede vermittelt Adenauer den Eindruck, aktive Wiedervereinigungspolitik zu betreiben, ohne auf die Neutralitätsangebote der Sowjetunion eingehen zu müssen, die sich durch den Militäreinsatz in Ost-Berlin unglaubwürdig gemacht hatte. Es gelingt Adenauer, die Bevölkerung in der Bundesrepublik davon zu überzeugen, daß nur eine Politik der Stärke und die feste Allianz mit dem Westen der Wiedervereinigung dienlich seien. Dies zeigt sich bei der Bundestagswahl im September, bei der die CDU 45,2% der Stimmen und die absolute Mehrheit der Mandate erhält. Diese Wahl konsolidiert die bürgerliche Republik und die kleindeutsche Politik<sup>85</sup> der Westintegration Adenauers, die gleichwohl durch "deklamatorische nationale Beschwörungsformeln"<sup>86</sup> vordergründig relativiert wird.

### 3.3 Publikationen über den 17. Juni in den 50er Jahren

Verschiedene Publikationen,<sup>87</sup> die bis 1955 erscheinen, dokumentieren das öffentliche Interesse in der Bundesrepublik am Aufstand in der DDR. Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen gibt bereits im August 1953 eine Denkschrift<sup>88</sup> mit einem umfangreichen Dokumententeil heraus, der zum großen Teil aus Veröffentlichungen der DDR-Presse besteht, welche - so das Vorwort - "ungewollt in weitem Umfange ein Bild der Wirklichkeit [zeichnen], die man nachträglich umzudeuten versucht".<sup>89</sup> Das Weißbuch findet wie ähnliche Veröffentlichungen der Bundeszentrale für Heimatdienst weite Verbreitung.<sup>90</sup>

Die Publikationen über den 17. Juni sind nur schwer einzuordnen. Es vermischen sich Elemente der Textsorten Bericht, Reportage, politischer und historischer Analyse zu einem Konglomerat, das den Eindruck vermitteln will, die unzensurierte Realität abzubilden. Dies wird durch die häufig eingeflochtenen Dialoge verstärkt, die dem Leser suggerieren, unmittelbar

---

<sup>83</sup> Wolfrum, Geschichtspolitik, S. 99f.

<sup>84</sup> FAZ, Nr. 143, v. 24.6.1953.

<sup>85</sup> Wolfrum nennt diese Politik "antinational", was unzutreffend erscheint, weil es impliziert, daß die Nation für Adenauer auch weltanschaulich keine Rolle gespielt habe.

<sup>86</sup> Wolfrum, Geschichtspolitik, S. 107.

<sup>87</sup> Brant/Bölling, Der Aufstand. Vorgeschichte, Geschichte und Deutung des 17. Juni 1953, Stuttgart 1954; Scholz/Nieke (Hg.), Der 17. Juni - Die Volkserhebung in Ostberlin und in der Sowjetzone, Berlin (West) 1953; Scholz/Nieke/Vetter, Panzer am Potsdamer Platz, Berlin (West) 1954.

<sup>88</sup> BMGF (Hg.), Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953. Denkschrift über den Juni-Aufstand in der Sowjetischen Besatzungszone und in Ostberlin, Bonn 1953.

<sup>89</sup> Ebd., S. 7.

<sup>90</sup> Wolfrum, Geschichtspolitik, S. 71.



am Geschehen beteiligt zu sein. Auffällig ist die emotionale Sprache mit ihrer Häufung von Adjektiven, antikommunistischem Pathos und an die Sprache des Nationalsozialismus erinnernden Beschreibungen.<sup>91</sup> So werden die sowjetischen Panzer als "Kolosse",<sup>92</sup> "Biester"<sup>93</sup> und "Urwelttiere"<sup>94</sup> bezeichnet, "sie pflügen die Straße entlang, während die Menschen vor ihnen auseinanderspritzen".<sup>95</sup> "Auf Lkws und Panzerspähwagen sitzen Iwans mit erstaunten Gesichtern. Sie haben sich die faschistischen Provokateure (...) anders vorgestellt."<sup>96</sup>

Demgegenüber ist die Beschreibung der Aufständischen durchgängig glorifizierend: "Solidarität: dieses Wort ist also nicht Schein- und Rauschgold, das einen vergilbten Mythos der Arbeiterbewegung ziert. Es erweist seine Wirklichkeit mit jedem Kumpel, der (...) in Berlin und draußen in der Zone Streik und Demonstration beschließt"<sup>97</sup> und "dies alles ohne Organisation, ohne einheitliche Leitung, geboren nur aus dem gemeinsamen Willen nach Freiheit und Menschenwürde".<sup>98</sup> So bilden die Demonstranten "ein Wesen, das für Sekunden oder Stunden (solange der Bann währt) an *einem* Nervenstrang hängt, als *ein* Geschöpf agiert und reagiert, Produkt einer faszinierenden Entäußerung des Menschen, entsetzlich in seiner Fähigkeit zu Haß und Vernichtung, mitreißend und herrlich, wenn es aus der Leidenschaft zur guten Sache lebt".<sup>99</sup> Gegenüber stehen sich die *Kolosse* mit den durch Panzerspähwagen geschützten *Iwans* und der aus der Solidarität erwachsene Kämpfer für die gute Sache. Die zu einem Körper vereinigten Demonstranten suggerieren das Bild eines strahlenden Helden, der für Freiheit und Menschenwürde waffenlos gegen eine dunkle Übermacht kämpft. Hier können die Topoi der Volksgemeinschaft und des Volkskörper unter einem antikommunistischen Deckmantel fröhliche Urständ feiern.

Auf die poetische Verarbeitung des 17. Juni wird nicht eingegangen, da diese Werke aufgrund der Vielschichtigkeit ihrer Reflexionsebenen den begrenzten Rahmen dieser Untersuchung sprengen würden.<sup>100</sup>

---

<sup>91</sup> Zur Sprache des Nationalsozialismus vgl. Klemperer, LTI. Notizbuch eines Philologen, Leipzig 1966, bes. S. 24f und S. 33ff.

<sup>92</sup> Scholz/Nieke (Hg.), Der 17. Juni - Die Volkserhebung, S. 41.

<sup>93</sup> Ebd.

<sup>94</sup> Scholz/Nieke/Vetter, Panzer am Potsdamer Platz, S. 132.

<sup>95</sup> Scholz/Nieke/Vetter, Panzer am Potsdamer Platz, S. 43.

<sup>96</sup> Ebd., S. 40.

<sup>97</sup> Brant/Bölling, Der Aufstand, S. 120.

<sup>98</sup> Scholz/Nieke/Vetter, Panzer am Potsdamer Platz, S. 37.

<sup>99</sup> Brant/Bölling, Der Aufstand, S. 129.

<sup>100</sup> In der Bundesrepublik gibt es neben Günter Grass' *deutschem Trauerspiel* "Die Plebejer proben den Aufstand" und Ingeborg Drewitz' Roman "Das Karussell" keine literarischen Auseinandersetzungen mit dem Thema, Stefan Heyms Roman "Fünf Tage im Juni" von 1974 durfte in der DDR nicht erscheinen und wurde nur im Westen verlegt. Dazu weiterführend: Pernkopf, Der 17. Juni in der Literatur der beiden deutschen Staaten, Stuttgart 1982.

### 3.4 Feiern zum Tag der deutschen Einheit

In den ersten Jahren nach 1953 etabliert sich in der Bundesrepublik ein vielgestaltiger Festbetrieb. Der Bundestag gedenkt des 17. Juni mit Staatsakten, die einem regelmäßigen Muster folgen. Dieses wird im Bulletin 1954 ungewöhnlich detailliert beschrieben: "Die Veranstaltung hatte einen betont feierlichen Rahmen. Die Regierungstribüne einschließlich der Tribüne des Bundesrates war mit Blumen geschmückt. Die hintere Wand schloß ein Band von Lorbeerbäumen ab, rechts und links der Bundesflagge befanden sich die Flaggen der Bundesländer und die der deutschen Länder hinter dem Eisernen Vorhang. (...) Im Vorraum des Plenums befand sich eine Ausstellung von Aufnahmen aus den Tagen des Aufstandes in Berlin und der Sowjetzone. Sie vermittelte nochmals ein lebendiges Bild von dem Kampf des deutschen Volkes gegen seine Unterdrücker in den von der Roten Armee besetzten Gebieten."<sup>101</sup> Diese bis ins kleinste detaillierte Beschreibung der räumlichen Gestaltung des ersten Staatsaktes legt nahe, daß der Inszenierungsrahmen des neuen Feiertages abgesteckt werden soll. Die Dekoration mit Blumen und Fahnen deutet auf eine gewollte Emotionalisierung der Anwesenden hin.

Bis 1967 werden die Gedenkreden von Personen des öffentlichen Lebens gehalten. In dieser Zeit sind dies bis auf drei Ausnahmen (der Abgeordnete Franz Böhm (CDU) 1954, Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier (CDU) 1956 und Bayerns Ministerpräsident Hanns Seidel (CSU) 1958) keine Politiker, die sprechen, sondern Historiker, Theologen, Philosophen und Juristen. Den Gedenkreden geht stets eine kurze Ansprache des Bundeskanzlers oder seines Stellvertreters voraus, in welcher der Toten gedacht und die Sowjetunion aufgefordert wird, die Einheit Deutschlands zu ermöglichen.<sup>102</sup>

Die Festredner nähern sich dem Thema auf unterschiedliche Weise. Ein möglicher Zugang ist die Nachzeichnung der historischen Ereignisse des 17. Juni, welcher 1954 die erste anlässlich des Feiertages gehaltene Rede Franz Böhms prägt. Er beschreibt sehr detailliert nicht nur die Ereignisse des 17. Juni, sondern auch deren Vorgeschichte. Der Aufstand selbst wird in einem 2-Stufen-Modell dargestellt, laut dessen sich die politischen Forderungen nach freien, geheimen Wahlen den sozialen nach Herabsetzung der Norm anschlossen. Die Ursache dieses Wandels sieht der Redner darin, daß am Nachmittag des 16. Juni "die Bewegung zu groß, zu aufsehenerregend, zu gewaltig geworden war, als daß

---

<sup>101</sup>Bulletin des PuIA, Nr. 111, 19.6.1954, S. 993.

<sup>102</sup>Vgl. Bulletins des PuIA von 1954 bis 66: Nr. 111, 19.6.1954, S. 993; Nr. 110, 18.6.1955, S. 915; Nr. 110, 19.6.1956, S. 1077; Nr. 110, 19.6.1957, S. 1005; Nr. 107, 19.6.1958, S. 1093; Nr. 107, 19.6.1959, S. 1065; Nr. 111, 21.6.1960, S. 1096; Nr. 110, 20.6.1961, S. 1061; Nr. 111, 20.6.1962, S. 957; Nr. 104, 19.6.1963, S. 921; Nr. 95, 19.6.1964, S. 877; Nr. 95, 19.6.1964, S. 877; Nr. 104, 19.6.1965, S. 833; Nr. 81, 21.6.1966, S. 637f.

die Parole 'wir fordern die Herabsetzung der Normen' noch ausgereicht hätte".<sup>103</sup> Ebenso sei in den politischen Forderungen auch die Ursache des Eingreifens der Besatzungsmacht Sowjetunion zu sehen, "die den bisherigen Aufstand nicht etwa nur aus Überraschung geschehen ließen, sondern (...) weil sie ihn geschehen lassen wollten".<sup>104</sup> Diese These ist ein Rückgriff auf die Berichterstattung der westdeutschen Presse in den ersten beiden Tagen des Aufstandes 1953, der aufgrund zunehmender und zuverlässiger werdender Informationen aus der DDR schnell verworfen worden ist. Böhm's Sichtweise, daß die Erhebung im Interesse der Sowjetunion gelegen habe, weil er den von ihr initiierten Kurs widerspiegele, findet weder in späteren Gedenkreden noch der zeitgenössischen Fachliteratur Widerhall.<sup>105</sup> Es entsteht der Eindruck, daß sich der Redner nicht umfassend über sein Thema informiert habe.

Keiner der Redner der folgenden Jahre beschäftigt sich ausführlich mit dem Ereignis selbst - bei Böhm machte dies immerhin die Hälfte des Manuskripts aus. Statt dessen wird der 17. Juni auf Bilder und Anekdoten reduziert, die stellvertretend für das Ganze stehen, wobei der Umbruch vom sozialen zum politischen Aufstand im Fokus steht. Zum Symbol dieses Umbruchs wird der "unbekannte Bauarbeiter", der am 16. Juni vor dem Haus der Ministerien in der Wilhelmsstraße den Minister für das Hüttenwesen Selbmann, welcher die Demonstranten zu beruhigen versucht, vom Rednerpult verdrängt und mit den Worten "das hier ist keine Demonstration, das ist eine Volkserhebung. (...) Wir wollen freie Wahlen. Unsere Kundgebung geht nicht nur gegen die Normen, wir kommen nicht nur von der Stalinallee, wir sind ganz Berlin",<sup>106</sup> die Stimmung der Demonstranten ausdrückt.

Es sei dahingestellt, inwieweit das oben genannte Zitat richtig tradiert wurde, interessant ist jedoch die Form in der es Eingang in die Reden findet und wie diese Sätze in einer Simplifizierung der Strukturen des Aufstandes zum Auslöser der politischen Forderungen gemacht werden. So wird später zitiert: "... hier steht Berlin und die ganze Zone",<sup>107</sup> doch scheint es unwahrscheinlich, daß ein Ostberliner Arbeiter von der DDR als der *Zone* spricht, selbst wenn er sich wenig oder gar nicht mit dem Staat, in welchem er lebt, identifiziert. Weiter werden aus den Forderungen nach freien Wahlen solche nach "freien,

---

<sup>103</sup>Bulletin 111 vom 19. Juni 1954, S. 994.

<sup>104</sup>Ebd., S. 995.

<sup>105</sup>Vgl. Baring, Der 17. Juni 1953, S. 58f.

<sup>106</sup>Scholz/Nieke/Vetter (Hg.), Panzer am Potsdamer Platz, S. 22; Scholz u.a. (Hg.), Der 17. Juni. Die Volkserhebung in Ostberlin und in der Sowjetzone, S.18 und Brant, Der Aufstand, S.107, dort auch "freie und geheime Wahlen".

<sup>107</sup>Bulletins des PuIA, Nr. 111, 19.6.1954, S. 994; Nr. 104, 19.6.1965, S. 834; Nr. 64, 20.6.1967, S. 545; Verh. d. Dt. Bt., Sten. Ber., 7. Wp. 179. Sitz. 17.6.1975, S. 12555; 8. Wp., 222. Sitz., 17.6.1980, S. 17949.

geheimen Wahlen"<sup>108</sup>, es fehlt nur das Kriterium *gleiche*, um die Definition von Wahlen in einem demokratischen Staatswesen vollständig zu machen.

Die Reden befassen sich mit mehreren großen Themenkreisen, welche wegen ihrer individuellen Vielfalt nicht zusammenfassend beschrieben werden können. Eine Analyse dieser Themenkomplexe folgt in Kapitel 4. Es sind:

- der durch den Nationalsozialismus und das Unrecht der Alliierten verlorene Nationalstaat,
- der Blick auf die deutsche Geschichte,
- der Freiheitsdiskurs und bundesdeutsches Selbstverständnis innerhalb der neuen Weltordnung und
- die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus als ideologischem Gegner.

Neben den Staatsakten im Bundestag gibt es vielfältige Veranstaltungen, deren Initiatoren Parteien und Verbände sind. Die meisten Feiern werden von der SPD und den Gewerkschaften ausgerichtet und in Anlehnung an den 1. Mai als *Arbeiterkampftage* gestaltet. Diese Veranstaltungen laufen nach einem immer gleichen Muster ab. Zunächst wird der *Sozialistenmarsch* gespielt, ein Chor der sozialistischen Jugend *Die Falken* singt das Lied *Hebt unsere Fahnen in den Wind*, anschließend werden Reden zum Anlaß gehalten und die Veranstaltung mit gemeinsamen Singen der SPD-Hymne *Brüder zur Sonne zur Freiheit* und der dritten Strophe des Deutschlandliedes geschlossen.<sup>109</sup>

Bis 1960 ist für die SPD der Verzicht auf die Westbindung der Bundesrepublik der Preis für die Einigung mit dem anderen deutschen Staat. Die Partei legt mehrere Pläne vor, die ein neutrales Gesamtdeutschland zur Grundlage haben. Von dieser Vorstellung rückt Wehner 1960 in einer Grundsatzrede im Bundestag ab und erklärt die Westbindung zur Basis der Ostpolitik seiner Partei. Dieser programmatische Wandel der SPD gründet auf dem Godesberger Programm von 1959, mit dem die deutschlandpolitische Wende begonnen wird.<sup>110</sup> Bis dahin dient der 17. Juni als "Medium der innenpolitischen Konfliktverschärfung" und als "Instrumentarium, die Westbindung zu diskreditieren".<sup>111</sup>

Die FDP inszeniert von 1954 bis '57 nächtliche Großkundgebungen am Hermannsdenkmal im Teutoburger Wald, bei Fackelschein und unter den wehenden Fahnen der deutschen Länder. Der Herrmannsmythos dient dabei als retrospektiver

---

<sup>108</sup>Bulletins des PuIA, Nr. 111, 19.6.1954, S. 995; Nr. 110, 19.6.1956, S. 1078; Nr. 111, 21.6.1960, S. 1098; Nr. 104, 19.6.1965, S. 834; Nr.105, 22.6.1965, S. 841; Nr. 64, 20.6.1967, S. 545; Verh. d. Dt. Bt., Sten. Ber., 8. Wp., 222. Sitz., 17.6.1980, S. 17949.

<sup>109</sup>Wolfrum, Geschichtspolitik, S. 150.

<sup>110</sup>Wilker, Die Sicherheitspolitik der SPD 1956-1966. Zwischen Wiedervereinigungs- und Bündnisorientierung, Bonn 1977, S. 130ff.

<sup>111</sup>Wolfrum, Geschichtspolitik, S. 150.

Gründungsmythos, um die deutsche Nation zu beschwören. Diese Veranstaltungen können als Versuche der Verbindung von bürgerlich-liberaler Festkultur mit Identitätsmythen gewertet werden, die in ähnlicher Form auch von den Nationalsozialisten zelebriert wurden. Im Rahmen einer solchen Veranstaltung hält der FDP-Vorsitzende Thomas Dehler 1955 eine Rede, die die nationale Apologetik des Zeitgeistes zusammenfaßt. Bezugnehmend auf das Dritte Reich sagt er, nicht das deutsche Volk habe den Zweiten Weltkrieg gewollt, sondern nur ein Mann. "Wo aber liegen die Gründe dafür, daß Hitler an die Macht kam? Sie treffen nicht das deutsche Volk. Es lag an den Siegermächten von Versailles, die den Sieg nicht nutzen konnten."<sup>112</sup> Die Liberalen empfehlen sich hier als die "Zeremonienmeister in der geschichtspolitischen Darstellung der Reichsnation".<sup>113</sup> Zunehmende Kritik an der Nationalrhetorik der FDP und die hohen Kosten der Feierlichkeiten lassen die Veranstaltungen bereits 1958 nicht mehr stattfinden. Ob auch die CDU Veranstaltungen organisiert, bleibt offen, Wolfrum gibt darauf keinen Hinweis.<sup>114</sup>

Auf den Veranstaltungen der Vertriebenenverbände dominiert antisowjetische Agitation, die im Kern auf die Gebiete jenseits von Oder und Neiße gerichtet ist. Ab 1958 werden die Feiern einheitlich gestaltet und zwar unter der Federführung des 1954 gegründeten überparteilichen *Kuratorium Unteilbares Deutschland* (KUD). Dem kurz zuvor berufenen Geschäftsführers Wilhelm Wolfgang Schütz gelingt es, die Parteien und Verbände zu überzeugen sich für den 17. Juni unter dem Dach des KUD zusammenzufinden und fürderhin überparteiliche Veranstaltungen auszurichten.<sup>115</sup>

Bis dahin hatten die Ortsgruppen des KUD weitgehend improvisierte Kundgebungen und Veranstaltungen zum 17. Juni organisiert. 1957 werden vom KUD erstmals Richtlinien für die Gestaltung ausgegeben und die Aktivitäten langfristig und überregional geplant, so die bereits im Dezember 1958 gestartete Aktion *Macht das Tor auf*, die mit dem Verkauf von Abzeichen, welche das Brandenburger Tor als Symbol tragen, große Erfolge erzielt (bis einschließlich 1964 werden über 20 Millionen dieser Abzeichen verkauft). 1960 organisiert das KUD Stafettenläufe zur innerdeutschen Grenze, an denen insgesamt 450.000 Menschen teilnehmen und die mit einer Großkundgebung auf dem Hohen Meißner bei Eschwege in Nordhessen ihren Abschluß findet, bei der auch Bundespräsident Lübke (CDU) spricht. Die Stafettenläufe werden noch bis 1967 durchgeführt, dann aber aufgrund stetig abnehmender

---

<sup>112</sup>Zitiert nach Wolfrum, *Geschichtspolitik*, S. 129. Zu Geschichtsbildern in den Gedenkreden zum 17. Juni vgl. Kapitel 4.2 dieser Arbeit.

<sup>113</sup>Wolfrum, *Geschichtspolitik*, S. 130.

<sup>114</sup>Um diese Lücke zu schließen habe ich mich wiederholt schriftlich an die Bundesgeschäftsstelle der CDU gewandt. Leider hat man es dort nicht für nötig erachtet, meine Anfrage zu beantworten.

<sup>115</sup>Wolfrum, *Geschichtspolitik*, S. 154.

Beteiligung eingestellt.<sup>116</sup> Das KUD sucht nach neuen Betätigungsfeldern, die Mitglieder waren es nach den Worten von Schütz leid, "als Fahنشwenker und Büchsenklapperer durch das Land"<sup>117</sup> zu ziehen. Nach einem letzten Hoch in der Folge des Mauerbaus 1961 ist die Beteiligung an den Feiern stark rückläufig.

Das Jahr 1967 markiert einen Wendepunkt der Feiern zum 17. Juni. Zum letzten Mal wird der 17. Juni in Bonn mit einem Staatsakt begangen, dessen einziger Redner der neue Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger ist.

Die von 1962 bis '66 regierende Koalition aus CDU/CSU und FDP war im Oktober 1966 nach dem Rücktritt der vier FDP-Minister des Bundeskabinetts gescheitert. Unmittelbarer Anlaß des Koalitionsbruchs war eine Deckungslücke von vier Milliarden DM im Bundeshaushalt 1967. Nach relativ kurzer Verhandlungszeit beschloss CDU und SPD die Bildung einer Großen Koalition; nach dem Rücktritt von Kanzler Erhard (CDU) war Kurt-Georg Kiesinger (CDU) am 1. Dezember 1966 zum neuen Bundeskanzler gewählt worden.<sup>118</sup>

Die Rede Kiesingers unterscheidet sich in der Sichtweise des 17. Juni von den vorangegangenen. Er kritisiert den "bequemen Formelkult", der sich im Gedenken an den 17. Juni eingebürgert habe, welcher das tönende Wort an die Stelle mühevollen politischen Denkens und Handelns setze.<sup>119</sup> Dies werde dem 17. Juni nicht gerecht, vielmehr müsse man mit Ernst und Redlichkeit und "ohne Scheuklappen" die Gegebenheiten betrachten. Er problematisiert darüber hinaus die "kritische Größe" eines vereinigten Deutschlands. Diese Frage, ob ein solches das Gleichgewicht der Kräfte in Europa aus der Balance brächte, war zuvor nicht öffentlich aufgeworfen worden. Zwar verwahrt sich Kiesinger gegen die Anerkennung der DDR, doch bietet er Gespräche und Verhandlungen an, die unterhalb der Maximalforderung nach Vereinigung stehen, es sei "zunächst Gelände zu suchen, das man gemeinsam betreten kann, um die großen Streitfragen vorerst auszuklammern".<sup>120</sup>

Wirtschaftsminister Karl Schiller (SPD) hatte am 15. Juni 1967 vor dem American Council on Germany in New York ähnlich argumentiert. Man könne darüber streiten - und das geschähe in Deutschland - ob es klug war, einen solch "bitterernsten" Tag zum Feiertag zu machen. Er stellt fest: "Dieser Tag (...) sollte kein überflüssiges Relikt des Kalten Krieges werden, kein Tag des künstlich geschürten Hasses. Wir wollen ihn auch nicht mißbrauchen

---

<sup>116</sup>Kreuz, Das Kuratorium Unteilbares Deutschland. Untersuchungen zu einer deutschlandpolitisch tätigen Organisation, Dissertation, Bonn 1979, S. 160ff.

<sup>117</sup>Schütz auf der Jahrestagung des KUD 1966, zitiert nach: Kreuz, Das Kuratorium Unteilbares Deutschland, S. 165.

<sup>118</sup>Kießmann, Zwei Staaten, eine Nation, S. 198ff.

<sup>119</sup>Bulletin des PuIA, Nr. 64, 20.6.1967, S. 541.

<sup>120</sup>Bulletin des PuIA, Nr. 64, 20.6.1967, S. 542.

zum bloßen Appell an die Weltöffentlichkeit mit der nur rituellen Pflicht, die Beschwörungsformel von der 'Einheit in Freiheit' ständig zu wiederholen. Mit dieser Gebetsmühle kämen wir heute in Deutschland keinen Schritt weiter."<sup>121</sup>

Die unbewegliche Ostpolitik der 60er Jahre wird hier zusammengefaßt. Grundsätze der Außenpolitik hatten sich zu Dogmen verhärtet, wie die Staatskerntheorie, nach der auch nach der Niederlage im Zweiten Weltkrieg Deutschland in den Grenzen vom 31.12.1937 fortbestehe und nur die Bundesrepublik berechtigt sei für Deutschland zu sprechen, da eine Selbstbestimmung der Bevölkerung in der DDR nicht zugelassen werde. Die Staatskerntheorie ist Ausdruck des Konsens, der die Nation über die Parteigrenzen hinweg, als identitätsstiftendes Moment betrachtet. Strittig ist zwischen Regierung und Opposition nur die Politik, die daraus zu folgen habe. Es handelt sich hierbei nicht um ein republikanisches Bild der Nation, nicht - um das von de Gaulle überlieferte Wort abzuwandeln - um "Deutschland als Idee", sondern die Einheit der Bluts- und Sprachgemeinschaft.<sup>122</sup> In engem Zusammenhang mit dem Alleinvertretungsanspruch steht die Hallsteindoktrin, deren Namenspatron von 1951-57 Staatssekretär im Auswärtigen Amt war. Die Doktrin sieht vor, daß die Bundesrepublik keine völkerrechtlichen Beziehungen zu Staaten aufnimmt, die die DDR diplomatisch anerkennen und eine solche Anerkennung der DDR als unfreundlicher Akt betrachtet werde.<sup>123</sup> Praktisch angewandt wird die Hallsteindoktrin nur zweimal: 1957 werden die diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien abgebrochen, 1963 die zu Cuba.<sup>124</sup>

Bender ist zuzustimmen, daß Prinzipien wichtiger als gestaltende Politik geworden seien, die zu bloßer Demonstration verkommen sei. "Der 17. Juni entwickelte sich zur alljährlich wiederkehrenden Verlegenheit - nicht wie die Einheit zu erreichen sei, sondern wie der Tag der Einheit mit Anstand zu bewältigen sei" sei das Hauptproblem geworden.<sup>125</sup>

Das Kabinett der Großen Koalition beschließt im Februar 1967, einen Gesetzentwurf zur Abschaffung des Feiertages vorzulegen, die oppositionelle FDP legt einen Antrag zur zeitweisen Außerkraftsetzung des Feiertages vor, bis ein gesamtdeutsches Parlament über seine Wiedereinsetzung beschließen könne.<sup>126</sup> Die Gewerkschaften bezeichnen den arbeitsfreien 17. Juni als *sozialen Besitzstand* und widersprechen einer ersatzlosen

---

<sup>121</sup> Ebd., S. 545.

<sup>122</sup> Ein Indiz hierfür ist, daß die Abkehr vom *ius-sanguinis*-Prinzip des deutschen Staatsbürgerschaftsrechts erst mit dessen Novellierung zum 1.1.2000 vollzogen wurde. Innenminister Otto Schily (SPD) spricht von der "überfälligen Modernisierung des völlig veralteten deutschen Staatsangehörigkeitsrechts" und einem nun endlich erreichten "realistischen Begriff der Nation". Zitiert nach: Jungle World, Nr. 2, v. 5.1.2000.

<sup>123</sup> Noack, Hallsteindoktrin, in: Weidenfeld/Korte (Hg.), Handwörterbuch zur deutschen Einheit, Frankfurt/Main 1992, S. 369-375, S. 369f.

<sup>124</sup> Bender, Neue Ostpolitik. Vom Mauerbau zur Wiedervereinigung, <sup>4</sup>München 1996, S. 337f.

<sup>125</sup> Ebd., S. 117.

<sup>126</sup> Sütterlin, Der Tag der Deutschen Einheit im Wandel der Zeit, S. 106.

Streichung. Zwei Jahre lang wird im Kabinett, in den Bundestagsfraktionen, im Parlament und verschiedenen Ausschüssen kontrovers über die Vorschläge debattiert. Sowohl im Frühjahr 1968, wie auch 1969 wird festgestellt, daß die Zeit bis zum kommenden 17. Juni für eine Beschlußfassung nicht mehr ausreicht. Bis zu den Bundestagswahlen im September 1969 kommt es trotz grundsätzlicher Einigkeit zu keiner Abstimmung im Parlament und danach ist ein parteienübergreifender Kompromiß aufgrund der neuen Mehrheiten nicht mehr denkbar.<sup>127</sup> Daraus ist zu schließen, daß zwar eine politische Veränderung auf der Mentalitätsebene festzustellen ist, deren praktische Umsetzung aber gehemmt ist und letztlich an Zwistigkeiten innerhalb der Großen Koalition scheitert.

1968 wird der Feiertag erstmals nicht offiziell begangen, es gibt nur eine Fernsehansprache des Bundeskanzlers. Das Kabinett beschließt an diesem Tag in einer Sondersitzung das Berlinhilfegesetz zur Stärkung der Wirtschaftskraft Berlins.<sup>128</sup> Auch 1969 finden keine offiziellen Großveranstaltungen statt, der Bundestag debattiert stattdessen über den gegebenen Bericht zur Lage der Nation im gespaltenen Deutschland.

Nach den Bundestagswahlen 1969 rückt die nun oppositionelle CDU von ihrer kritischen Haltung zum Tag der deutschen Einheit ab, bietet er sich doch jetzt als ein geeignetes politisches Instrument im Kampf gegen die Neue Ostpolitik der sozialliberalen Koalition an.<sup>129</sup> Deutlich wird dies bei der Debatte des Parlamentes über die Regierungserklärung von Bundeskanzler Brandt am 17. Juni 1970. Die laufenden Verhandlungen über den Moskauer Vertrag, der einen umfassenden bilateralen Gewaltverzicht und die Anerkennung der Integrität aller Grenzen in Europa beinhaltet, lassen die Konflikte deutlich hervortreten. So führt der CDU-Abgeordnete Marx beispielhaft aus: "Wer sich dagegen wehrt, daß die durch sowjetischen Willen geschaffene Teilung unseres Landes festgeschrieben wird, wer nicht bereit ist, unter dem wohlklingenden Etikett eines Gewaltverzichtsvertrages endgültig die deutsche Spaltung zuzulassen, der ist kein Nationalist, sondern ein deutscher Demokrat."<sup>130</sup>

Die gesamten siebziger Jahre hindurch gibt es mit Ausnahme von 1978, wo das KUD zum 25. Jahrestag des Aufstandes einen Festakt im Plenarsaal des Bundestages veranstaltet, keine offiziellen Feierlichkeiten. Es werden lediglich Fernsehansprachen gehalten, Erklärungen veröffentlicht oder Arbeitssitzungen des Bundestages abgehalten.<sup>131</sup> Durch die Verträge mit der Sowjetunion und insbesondere den Grundlagenvertrag mit der

---

<sup>127</sup> Wolfrum, Geschichtspolitik, S. 251ff.

<sup>128</sup> Bulletin des PuIA, Nr. 75, 19.6.1968, S. 633f.

<sup>129</sup> Wolfrum, Geschichtspolitik, S. 257.

<sup>130</sup> Verh. d. Dt. Bt., Sten. Ber., 6. Wp., 59. Sitz., 17.6.1970, S. 3221.

<sup>131</sup> Vgl. dazu das Quellenverzeichnis am Ende dieser Arbeit.



DDR, der die faktische, wenn auch nicht die völkerrechtliche Anerkennung des zweiten deutschen Staates bedeutete, erscheint der 17. Juni mehr und mehr als Relikt des Kalten Krieges, das man weitgehend zu ignorieren sucht, auch um der DDR "die faktische Nichtigkeit der für das kommunistische Regime so unbequemen Erinnerung zu signalisieren".<sup>132</sup>

Bei den Verlautbarungen der Bundesregierung zum 17. Juni herrscht ein neuer Grundton vor. Nicht mehr die Vollendung der Einheit in Freiheit steht im Vordergrund, sondern Überlegungen, wie die Bundesrepublik innerhalb des Status quo dem Gedenktag gerecht werden könne. Der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Franke (SPD) führt dies in seiner Erklärung zum 17. Juni 1979 beispielhaft aus: "An uns Bundesbürgern ist es, in Erinnerung daran das Mögliche zu tun, um den Menschen in der DDR die Folgen der Teilung zu erleichtern. Wie die Dinge liegen, kann das nur in Zusammenarbeit mit den staatlichen Organen der DDR und unter Respektierung der Gleichberechtigung der DDR geschehen. Eine andere und bessere Möglichkeit unserer menschlichen und nationalen Verantwortung zu genügen, gibt es nach Auffassung der Bundesregierung nicht."<sup>133</sup>

In der zunehmenden Konjunktur von Geschichte und Erinnerung seit Ende der 70er Jahre, die in der Nachrüstungsdebatte 1982 und dem Historikerstreit 1986 ihre Höhepunkte finden, kann eine Ursache dafür gesehen werden, daß schon vor dem Regierungswechsel zur christlich-liberalen Koalition 1982 wieder enger an die Tradition der frühen Gedenkfeiern angeknüpft wird.<sup>134</sup> Im Bundestag werden ab 1981 Gedenksitzungen abgehalten, die Redner werden im Wechsel von den Parteien bestimmt. Diese Veranstaltungen finden allerdings kaum öffentliche Resonanz, so wird trotz nachdrücklicher Bitte des Bundestagspräsidenten Richard Stücklen 1981 die Gedenkveranstaltung nicht vom Fernsehen übertragen.<sup>135</sup> Aufmerksamkeit erregen die Veranstaltungen nur, wenn vom üblichen Redeformalismus abgewichen wird. Ein Beispiel gibt Altbundespräsident Walter Scheel 1986, der nur kurz auf den Anlaß eingeht, um sich dann über allgemeine Fragen der Entspannungspolitik und der Gefahren der Kernenergie zu äußern,<sup>136</sup> wofür er in der Presse am folgenden Tag stark kritisiert wird.<sup>137</sup>

---

<sup>132</sup>Wolfrum, Geschichtspolitik, S. 289.

<sup>133</sup>Bulletin des PuIA, Nr. 79, 19.6.1979, S. 738.

<sup>134</sup>Vgl. Gallus, Der 17. Juni im Deutschen Bundestag, S. 16.

<sup>135</sup>Gallus, Der 17. Juni im Deutschen Bundestag, S. 17.

<sup>136</sup>Verh. d. Dt. Bt., Sten. Ber., 10. Wp., 17.6.1986, S. 1795-101.

<sup>137</sup>FAZ, Nr. 137, v. 18.6.86 "Am 17. Juni im Bundestag kaum ein Wort über den 17. Juni" und Kommentar "Am Thema vorbei"; Frankfurter Rundschau (FR), Nr. 137, v. 18.6.86 "Wenn ein Redner sein Thema ignoriert".

Ebenso wird im darauffolgenden Jahr die These des amerikanischen Historikers Fritz Stern verworfen,<sup>138</sup> der es gewagt hatte den Mythos des Aufstandes für die Wiedervereinigung in Frage zu stellen und das Verlangen nach Freiheit zum zentralen Thema zu machen.<sup>139</sup>

Nachdem durch die Epochenwende 1989 "das Mandat des 17. Juni"<sup>140</sup> erfüllt und die staatliche Einheit Deutschlands vollendet ist, löst der 3. Oktober, der Tag des Inkrafttretens des Einigungsvertrages, den 17. Juni als Tag der deutschen Einheit ab. Jener bleibt jedoch nationaler Gedenktag und seine Bedeutung für die deutsche Geschichte wird weiter betont. Der Aufstand in der DDR verliert damit seine Zwiespältigkeit, kann er doch nun in einem weiten geschichtspolitischen Bogen als "erster Schritt zur Beseitigung der zweiten Diktatur in Deutschland"<sup>141</sup> betrachtet werden.

### **3.5 Konflikte um den Tag der deutschen Einheit**

Die prägenden Konflikte und Auseinandersetzungen um den Tag der deutschen Einheit werden dargelegt, weil sich aus ihnen ablesen läßt, wie sich Stellenwert und Bedeutungszumessung des Feiertages im Laufe der Zeit verändern. Dies geschieht nur exemplarisch, weil die Kontroversen um den Feiertag schon 1953 beginnen und über die gesamte Zeit nie verstummen. Eine Gesamtdarstellung würde daher den Rahmen dieser Arbeit sprengen.

Schon bevor der Feiertag gesetzlich beschlossen wird, sind in der Presse erste Bedenken zu vernehmen, die damit begründet werden, daß Gedenktage meist zu pathetischen und unaufrichtigen Reden Anlaß gäben, die Gefahr des Mißbrauchs bestehe und mit einem Feiertag den eigentlichen Opfern des Aufstandes weder Ehre noch Dank gezollt werde.<sup>142</sup>

Die öffentliche Klage darüber, daß die Bundesdeutschen am Tag der deutschen Einheit eher Freizeitvergnügungen nachgingen, statt des Aufstandes in der DDR zu gedenken und es demnach ein Fehler gewesen sei, den Tag arbeitsfrei zu gestalten, beginnt bereits nach dem zweiten Jahrestag 1955.<sup>143</sup> Die Überlegungen, wie das Freizeitvergnügen zu verhindern sei sind vielgestaltig. Wiederholt wird vorgeschlagen, am 17. Juni zu arbeiten

---

<sup>138</sup>FAZ, Nr. 138, v. 19.6.1987, Kommentar "Näher an der Realität". Darin: Die "Behauptung, daß der Volksaufstand des Jahres 1953 für seine Teilnehmer 'kein Aufstand für die Wiedervereinigung' gewesen sei, hält nicht stand. Zwischen Görlitz und Halle wurde damals mit dem Ruf nach 'freien Wahlen' jener Systemwandel gefordert, der Einheit für die Deutschen gleich im Gefolge haben sollte."

<sup>139</sup>Verh. d. Dt. Bt., Sten. Ber., 11. Wp., 17.6.1987, S. 1164.

<sup>140</sup>Gedenkrede Ulrich Manns zum 17. Juni 1960 in: Bulletin des PuLA, Nr. 111, 21.6.1960, S. 1098.

<sup>141</sup>So Wolfgang Schäuble in: Das Parlament, Nr. 27, v. 28.6.1991.

<sup>142</sup>Sütterlin, Der Tag der Deutschen Einheit im Wandel der Zeit, S. 33.

<sup>143</sup>Ebd., S. 50.

und den Lohn in einen "Hilfsfond zur Unterstützung der Menschen in der Sowjetzone" zu spenden.<sup>144</sup> Dieser Vorschlag scheitert zum einen an den Schwierigkeiten bei der Durchführung, zum anderen an den Bedenken "die Verwirklichung dieses 'gut gemeinten Gedankens' käme den auferlegten Arbeitsverpflichtungen totalitärer Herkunft in peinlicher Weise nahe".<sup>145</sup>

Im Vorfeld des 10. Jahrestages des Aufstandes, 1963, werden die Bemühungen "der Würde des Tages besser gerecht zu werden",<sup>146</sup> verstärkt. So richtet die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände einen Appell an ihre Mitglieder, "unter keinen Umständen Betriebsausflüge oder ähnliche gesellige Zusammenkünfte" in den Unternehmen zu veranstalten.<sup>147</sup> Bundesinnenminister Hermann Höcherl (CSU) bittet seine zuständigen Länderkollegen, die Vorschriften für "stille Feiertage" anzuwenden und damit alle öffentlichen Vergnügungen zu untersagen.<sup>148</sup>

Pittoresk ist 1963 der Vorschlag des katholischen Weihbischofs Kampe aus Limburg, der im Bistumsblatt seiner Diözese anregt, den Gedenktag auf den Buß- und Bettag zu verlegen, da der gegenwärtige Feiertag daran kranke, daß die sommerliche Jahreszeit ihn zu einem Ausflugstag mache, der einer ernsten Besinnung keinen Raum ließe.<sup>149</sup> Der Vorschlag des katholischen Würdenträgers ist bemerkenswert. Es soll ein säkularer Feiertag, der ein Ereignis im Juni würdigt, in den November verlegt und gemeinsam mit dem Tag des Gedenkens der evangelischen Kirche begangen werden. Dieser Vorschlag ist nicht nur wegen seiner Verbindung von weltlichem und religiösen Gedenken abwegig, sondern maßt sich an, über Feiertage der anderen Konfession bestimmen zu können. Warum der Bischof den 17. Juni nicht auf Allerheiligen legen will, der ein katholischer Feiertag am 1. November ist, bleibt sein Geheimnis.

Am 11. Juni 1963 erklärt Bundespräsident Lübke (CDU) den 17. Juni zum "nationalen Gedenktag des deutschen Volkes", um erneut deutlich zu machen, daß der Feiertag nicht der Entspannung, der Erholung oder dem Vergnügen diene, sondern als ganz persönlicher Auftrag empfunden werden müsse.<sup>150</sup> Ein Effekt auf das Verhalten der bundesdeutschen Bevölkerung ist jedoch nicht zu verzeichnen. Diese Beispiele geben einen Eindruck von den Bemühungen, die Bedeutung des 17. Juni im Bewußtsein der bundesdeutschen

---

<sup>144</sup>FAZ vom 14.5.1956; Die Welt, Nr. 72, v. 16.3.1963.

<sup>145</sup>Die Welt, Nr. 72, v. 16.3.1963.

<sup>146</sup>Willy Brandt in: FAZ, Nr. 139, v. 18.6.1960.

<sup>147</sup>Die Welt, Nr. 69, v. 22.3.1963.

<sup>148</sup>Die Welt, Nr. 97, v. 26.4.1963.

<sup>149</sup>Die Welt, Nr. 137, v. 15.6.1963.

<sup>150</sup>Bulletin des Pula, Nr. 102, 12.06.1963, S. 897.

Bevölkerung zu verankern. Wie wenig dies letztlich gelingt, zeigen auch die Initiativen, den "ungeliebten Feiertag"<sup>151</sup> durch einen anderen zu ersetzen.

Seit 1970 gibt es immer wieder den Vorschlag, statt des 17. Juni den 23. Mai, den Tag der Verkündung des Grundgesetzes, als Verfassungstag zu etablieren. Parallel dazu wird eine erste Debatte um das neue Konstrukt *Verfassungspatriotismus* geführt, "der Idee die mehr gefühlsbetonte und weniger vernunftbegründete Vaterlandsliebe, um ein rationales Moment zu ergänzen, und auf eine verfassungsgebundene demokratische Grundlage zu stellen".<sup>152</sup>

Die Debatte um einen neuen Feiertag erreicht 1974 ihren Höhepunkt. Der 25. Jahrestag der Gründung der Bundesrepublik wird von der sozial-liberalen Koalition als angemessener Anlaß gesehen, einen neuen staatlichen Feiertag einzuführen, der dazu dienen soll, die Identifikation der Bürger mit der demokratisch verfaßten Bundesrepublik zu stärken. Die liberale Presse unterstützt dieses Vorhaben, so plädiert Hans Heigert in der *Süddeutschen Zeitung* für einen "fröhlichen Tag des ganzen Gemeinwesens", schließlich sei die Bundesrepublik der beste deutsche Staat, den es je gab und der es verdiene, daß seine Bürger sich mit ihm identifizierten. Der 17. Juni müsse zwar weiterhin zu den wichtigsten Gegenständen des zeitgeschichtlichen Unterrichts gehören, zum Feiern taue er aber nicht und sei zu einem leeren Ritual geworden. Der Einwand, ein neuer Feiertag sei "aufgesetzter Krampf", hielt nicht stand, denn jedwede Symbole, Hymnen und Festlichkeiten seien irgendwann neu eingeführt worden,<sup>153</sup> es komme nur auf eine mehrheitliche Akzeptanz und die richtige publizistische und pädagogische Vermittlung an.<sup>154</sup> Für eine solche spricht eine Umfrage der Wickert-Institute, laut derer erstmals eine Mehrheit von 53% der bundesdeutschen Bevölkerung für die Abschaffung des Feiertages plädiert, noch im Jahr zuvor waren es nur 32% gewesen. Jeder dritte Befragte weiß 1974 nicht warum der 17. Juni arbeitsfrei ist.<sup>155</sup>

Matthias Walden faßt die konservative Sicht der Debatte in einem Kommentar in der Zeitung *Die Welt* polemisch zusammen: "Und so ging es wohl zuletzt nur noch um die sogenannte Erhaltung des sozialen Besitzstandes. Ein arbeitsfreier Tag muß sein, sonst machen die Gewerkschaften Ärger. Das soll nun der 23. Mai werden (...) kein Nationalsondern ein Staatsfeiertag. So wird sich die Bundesrepublik an diesem neuen Feiertag

---

<sup>151</sup> So die Überschrift eines Kommentars in der FAZ, Nr. 134, v. 13.6.1970.

<sup>152</sup> Brockhaus-Enzyklopädie in 24 Bänden, 19. völlig neu bearbeitete Auflage, Mannheim 1989-94, Bd. 23, S. 194.

<sup>153</sup> Mit dieser Thematik befaßt sich erhellend ein bisher leider nicht übersetzter Sammelband: Hobsbawm/Ranger (Hg.), *The Invention of Tradition*, Cambridge 1992 (1983).

<sup>154</sup> Hans Heigert in: *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 142, v. 15.3.1974.

<sup>155</sup> Wolfrum, *Geschichtspolitik*, S. 292 u. Anm. 92.

darstellen: als ein deutscher Staat, der die Freiheiten seiner Verfassung feiert, während sie den Landsleuten drüben vorenthalten werden. Ein Tag der deutschen Einheit wird das nicht mehr sein, und durch die Zentralkomitees von Moskau bis Ost-Berlin wird ein allgemeines Schmunzeln zufriedener Geringschätzung gehen."<sup>156</sup> Das Vorhaben scheitert schließlich am hartnäckigen Widerstand der Opposition, die einer *Bundesrepublikanisierung* der nationalen Identität keinesfalls zustimmen will.<sup>157</sup>

1979 tritt die *Aktion 18. März Nationalfeiertag in beiden deutschen Staaten* in die Öffentlichkeit, initiiert vom ehemaligen Regierenden Bürgermeister Berlins Heinrich Albertz (SPD) und der Schriftstellerin Ingeborg Drewitz mit einer Anzeigenkampagne.<sup>158</sup> Berliner Arbeiter und Bürger hatten am 18. März 1848 in Straßen- und Barrikadenkämpfen die Truppen des preußischen Königs besiegt, deshalb scheint den Gründern der *Aktion 18. März* dieses Datum geeignet, um einen gesamtdeutschen Feiertag zu etablieren, der zugleich symbolisch für die Einheit der deutschen Kulturnation stünde. Auch dieser Alternativvorschlag bleibt angesichts der verhärteten Fronten ohne Chance. Zehn Jahre später wird er aber in der Presse erneut diskutiert, als die Bürgerinitiative - nun auch von prominenten Grünen unterstützt - durch eine Kranzniederlegung an den Gräbern der Märzgefallenen auf sich aufmerksam macht.<sup>159</sup>

Auch andere Tage werden als Ersatz für den 17. Juni ins Gespräch gebracht, wie der erste Zusammentritt von Bundestag und Bundesrat am 7. September 1949 oder der 15. September, der Tag an dem Konrad Adenauer zum ersten Kanzler der Bundesrepublik gewählt wurde oder der Jahrestag der Grundgesetzverabschiedung am 8. Mai 1949.<sup>160</sup> Der letzte Vorschlag ist insofern überraschend, als daß dieses Datum im kollektiven Gedächtnis der Deutschen viel eher mit der Kapitulation Deutschlands im Zweiten Weltkrieg in Verbindung gebracht wird, denn mit dem Grundgesetz. Ein Gedenken an das Grundgesetz allein wäre deshalb unmöglich gewesen, während die Erinnerung an die Niederlage bis 1985 nicht den politischen Opportunitäten entsprach. Als mehrheitsfähig erweist sich letztlich keiner der Vorschläge und nach dem Regierungswechsel 1982 zur christlich-liberalen Koalition steht ein neuer Feiertag nicht mehr auf der politischen Tagesordnung.

---

<sup>156</sup>Die Welt, Nr. 225, v. 26.9.1973.

<sup>157</sup>Wolfrum, Geschichtspolitik, S. 293.

<sup>158</sup>FR, Nr. 138, v. 3.1.1979.

<sup>159</sup>Der Spiegel, Nr. 24, 1989.

<sup>160</sup>Der Spiegel, Nr. 19, 1973.

## 4. Die Gedenkreden zum Tag der deutschen Einheit im Deutschen Bundestag

### 4.1 Die Konstruktion der Nation

#### 4.1.1 Theoretische Vorüberlegungen

Von zentraler Signifikanz ist der Begriff Nation. Er ist wegen seiner Ambiguität nicht eindeutig definierbar. Über die Voraussetzungen, Wesenszüge und Implikationen besteht in der Forschung kein Konsens. Unterschieden werden laut Alter zunächst drei Dimensionen, die phänomenologische, die kommunikationstheoretische und die sozialpsychologische.<sup>161</sup>

Phänomenologisch seien zwei Typen von Nation zu unterscheiden, nämlich die Kultur- und die Staatsnation. Erstere begründe sich durch das Zusammengehörigkeitsgefühl, welches aus einer gemeinsamen Kultur entstehe, deren Komponenten Sprache, Geschichte, Sitten, Religion und Abstammung seien.<sup>162</sup>

In dieser Definition wird auf die Vorstellung des Volkes als einer homogenen Gemeinschaft zurückgegriffen. Von diesem Zusammenhang geht auch das Handbuch *Geschichtliche Grundbegriffe* aus, denn ein eigener Eintrag für den Begriff Nation fehlt, beide werden unter dem Stichwort "Volk, Nation, Nationalismus, Masse" abgehandelt,<sup>163</sup> um Konvergenzen und Divergenzen in der Begriffsgeschichte herausarbeiten zu können und aufzuzeigen, wie die "Schlüsselbegriffe der politisch-sozialen Sprache"<sup>164</sup> in unterschiedlichen Kontexten, Zeiträumen und bei politischen Gruppierungen ihre Bedeutungsebenen annäherten, veränderten oder sogar austauschten. Seit 1945 werde der Begriff *Volk* in der Bundesrepublik vorzugsweise zur Legitimierung der innerstaatlichen Verfassung verwendet und habe eine höhere Konsistenz als der Begriff *Nation*, der hauptsächlich im Verhältnis beider deutscher Staaten zueinander, in der Beschreibung ihrer Gemeinsamkeiten und Unterschiede Bedeutung gehabt habe.<sup>165</sup>

Alter konstatiert die Problematik der irrationalen Elemente, die dem Begriff Kulturnation innewohnen, da sie die Möglichkeit eröffnen, ihn mit antidemokratischen und unfreiheitlichen Inhalten zu füllen. In Deutschland habe der Begriff in den Epochen, in denen kein deutscher Nationalstaat existierte zur Legitimierung einer nationalen Identität gedient. Im Gegensatz dazu werde im Begriff der Staatsnation die Nation an die konkrete

---

<sup>161</sup>Alter, Nation, in: Weidenfeld/Korte (Hg.), Handwörterbuch zur deutschen Einheit, S. 479-86, S. 479.

<sup>162</sup>Ebd., S. 480.

<sup>163</sup>Koselleck u.a., Volk, Nation, Nationalismus, Masse, in: Brunner/Conze/Koselleck (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd. 7, Stuttgart 1992, S. 141-431.

<sup>164</sup>Ebd., Bd. 7, S. 347.

Erscheinung des Staates gebunden und versucht die innerhalb seiner Grenzen lebenden Menschen zu einer solchen Nation zusammenzuführen. Ein Beispiel hierfür ist Frankreich, wo die Nationalität mit der Staatsangehörigkeit gleichzusetzen ist: Idealtypisch ist Franzose, wer sich zu den Idealen der französischen Republik bekennt und erklärt Teil der Nation sein zu *wollen*,<sup>166</sup> dabei spielt seine Herkunft und Abstammung keinerlei Rolle. Wird aber die Nation mit der Vorstellung eines homogenen Volk verbunden, greift diese Definition im Hinblick auf jene Nationen nicht, welche - wie das geteilte Deutschland - separate Staaten umfassen.

Der sozialpsychologische Aspekt definiert Nation laut Alter als eine Form kollektiver Identifikation einer zusammenlebenden Gemeinschaft. Der Wille eine Nation zu sein, sei ein entscheidender Faktor, der einen sozialen Verband zu einer solchen mache. Darüber hinaus formuliert Anderson prägnant, daß die Nation eine imaginierte politische Gemeinschaft sei. "*Vorgestellt* ist sie deswegen, weil die Mitglieder selbst der kleinsten Nation die meisten anderen niemals kennen, ihnen begegnen oder auch nur von ihnen hören werden, aber im Kopf eines jeden die Vorstellung ihrer Gemeinschaft existiert."<sup>167</sup>

Diese Erklärungsansätze seien durch einen kommunikationstheoretischen Aspekt zu präzisieren, welcher das Prinzip der sozialen Kommunikation einführt, durch welche eine Bevölkerung sich selbst integriere und gegenüber Fremdgruppen abgrenze. Dies sei der Ursprung eines nationalen Bewußtseins, das entstehe, wenn Menschen innerhalb eines Kommunikationssystems zu der Überzeugung gelangten, daß sie sich von denen eines anderen Kommunikationssystems unterscheiden, diesen Unterschied erhöht wahrnehmen und ihm einen positiven Wert zumessen.<sup>168</sup> In diesem Konstrukt wird also versucht, sowohl die Bedeutung staatlicher Institutionen, als auch die der gemeinsamen Kultur und der Willenskomponente zusammenzuführen. Dieses Erklärungsmodell sollte durch den Anspruch auf Legitimität und Loyalität erweitert werden, da wie Hobsbawm ausführt, der Begriff Nation im historischen Moment des letzten Drittels des 19. Jahrhunderts an Bedeutung gewinne, in dem "die traditionellen Garanten der Loyalität wie eine dynastische Legitimität, ein göttlicher Auftrag, ein historisches Recht und die Kontinuität der Herrschaft oder der religiöse Zusammenhalt"<sup>169</sup> nachhaltig geschwunden seien. Loyalität und Unterstützung gegenüber dem Staat seien dort, wo "dem einfachen Mann auch nur die

---

<sup>165</sup> Koselleck u.a., Volk, Nation, Nationalismus, Masse, in: Brunner/Conze/Koselleck (Hg.), Geschichtliche Grundbegriffe, Bd. 7, S. 420f.

<sup>166</sup> Dies manifestiert sich in dem von de Gaulle überlieferten Zitat "Frankreich ist eine Idee."

<sup>167</sup> Anderson, Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines erfolgreichen Konzepts, Frankfurt/Main 1993, S. 15.

<sup>168</sup> Alter, Nation, in: Weidenfeld/Korte (Hg.), Handwörterbuch zur deutschen Einheit, S. 480f.

<sup>169</sup> Hobsbawm, Nationen und Nationalismus, <sup>2</sup>München 1998, S. 103.

formalsten Teilhaberrechte an der Politik zugestanden wurden"<sup>170</sup> nicht mehr automatisch gewährleistet.

Gellner legt dar, daß der Begriff Nationalismus "vor allem als politisches Prinzip zu sehen sei, das besagt, politische und nationale Einheiten sollten deckungsgleich sein".<sup>171</sup> Er betont das Element des Künstlichen, der Erfindung<sup>172</sup> und des Social engineering, das in die Bildung von Nationen mit einfließe: "Daß Nationen als eine natürliche, gottgegebene Art der Klassifizierung von Menschen gelten - als ein in der Weltgeschichte angelegtes, wenn auch lange aufgeschobenes politisches Geschick - ist ein Mythos. Der Nationalismus, der manchmal bereits bestehende Kulturen in Nationen umwandelt, erfindet manchmal Kulturen und vernichtet häufig tatsächlich bestehende Kulturen: *Das ist eine Realität.*"<sup>173</sup> Dabei sei zu beachten, daß in der am Ende des 19. Jahrhunderts aufkommenden Form des Nationalismus die Loyalität paradoxerweise nicht mehr *dem Land* gegolten habe, "sondern allein seiner besonderen Auffassung von diesem Land - einer ideologischen Konstruktion".<sup>174</sup> Im Rahmen dieser Arbeit wird der Nationalismusbegriff im Sinne Gellners übernommen.

In der Bundesrepublik ist die Frage nach Verständnis und Definition der Begriffe Nation und Nationalismus aufgrund des Nationalsozialismus und der Teilung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg ständig präsent. Daneben führt die ungeklärte Situation der nationalen Zukunft innerhalb Westdeutschlands zu einem Nebeneinander von drei Volksbegriffen, die sich im Grundgesetz manifestieren. Unter dem deutschen Volk wird zunächst das Staatsvolk der Bundesrepublik verstanden, sodann die Bevölkerung des gesamten Nachkriegsdeutschland und schließlich gibt es in Artikel 116 des Grundgesetzes den Begriff der deutschen Volkszugehörigkeit, der mit seiner ethnischen Prägung auf die Folgelasten des zerschlagenen Deutschen Reichs verweist.<sup>175</sup> Durch den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik für ganz Deutschland wird bis zur Großen Koalition 1966 die staatliche Existenz der DDR negiert und der Anspruch geltend gemacht, alleiniger Rechtsnachfolger des Deutschen Reichs und Sachwalter der Interessen der deutschen Nation zu sein. Ein Wandel zu einer modifizierten Deutschlandpolitik beginnt mit

---

<sup>170</sup> Ebd., S. 100.

<sup>171</sup> Gellner, Nationalismus und Moderne, Berlin 1991, S. 8.

<sup>172</sup> Hier wird die Problematik übersetzter Literatur deutlich: Das deutsche Wort *Erfindung* beinhaltet nur eindimensional den "Einfall der schöpferischen Phantasie, der nach den Natur- oder den Formgesetzen einer geistigen Wirklichkeit zu einem Ding oder Werk gestaltet wird", Brockhaus, Enzyklopädie, Bd. 6, S. 514. Im Gegensatz dazu hat das englische Wort *invention* diverse Bedeutungsebenen, deren hier relevante die soziologische ist, die als "the creation of a cultural pattern or trade" definiert wird, Pons, Collins dictionary of the English language, Glasgow 1991.

<sup>173</sup> Gellner, Nationalismus und Moderne, S. 77.

<sup>174</sup> Hobsbawm, Nationen und Nationalismus, S. 111.

<sup>175</sup> Vgl. Koselleck u.a., Volk, Nation, Nationalismus, Masse, in: Brunner/Conze/ Koselleck (Hg.), Geschichtliche Grundbegriffe, Bd. 7, S. 420ff.



der Regierung Kiesinger, welche auf Verständigung mit der DDR setzt. Im politischen Diskurs und in den *Berichten zur Lage der Nation* tritt der Begriff der Kulturnation als einigendes Element in den Vordergrund.<sup>176</sup> Die Neue Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition ab 1969 verändert die deutschlandpolitische Konzeption grundlegend. So wird die Existenz eines zweiten deutschen Staates innerhalb der Nation eingeräumt, Bundeskanzler Brandt sprach 1971 von der Bewußtseins- statt der Kulturnation. Diese habe "den politischen Willen, sich ihrer geschichtlich gewachsenen Gemeinsamkeiten bewußt zu bleiben. Aufgabe der Politik ist es, diesen Willen wach zu halten."<sup>177</sup> Bundeskanzler Kohl (CDU) summierte ab 1983 alle diese Vorstellungen und erweitert sie um eine weitere Dimension, indem er betont, die Deutschen seien auch eine Wertegemeinschaft.<sup>178</sup>

Ob sich alle diese Definitionen tatsächlich wesentlich unterscheiden, ist in Zweifel zu ziehen, betonen sie doch nur unterschiedliche Aspekte derselben Sache. Diese punktuellen, den *Berichten zur Lage der Nation* entnommenen Interpretationen, verdeutlichen die Schwierigkeiten in der Bundesrepublik, mit dem Begriff Nation umzugehen. In welcher Weise dieser Themenkomplex bis 1967 in den Gedenkreden<sup>179</sup> zum 17. Juni behandelt wird, soll die Analyse offenlegen.

#### 4.1.2 Die Rekonstruktion der Nation

Im Hinblick auf die Folgen des Zweiten Weltkriegs wird zur Zustandsbeschreibung der Nation wiederholt das Bild der Katastrophe<sup>180</sup> bemüht. Der Bezugsrahmen variiert, es ist sowohl von der deutschen, als auch von der Hitlerkatastrophe die Rede.

Die Verwendung des Wortes Katastrophe im Zusammenhang mit der Nation geht auf Friedrich Meinecke<sup>181</sup> zurück. Sie beinhaltet eine analytische Ungenauigkeit, die suggeriert, daß es sich um ein "unvorhergesehenes Geschehen mit verheerenden Folgen"<sup>182</sup> handelt, welches äußeren Einflüssen entzogen sei. Dieses Bild wird in den Gedenkreden zum 17. Juni unreflektiert übernommen und bleibt bis 1967 konstant, obwohl seit dem Auschwitzprozeß 1960 der Blick auf die NS-Vergangenheit in der bundesdeutschen Öffentlichkeit differenzierter wird.

---

<sup>176</sup> Garthe, *Berichte zur Lage der Nation*, in: Weidenfeld/Korte (Hg.), *Handwörterbuch zur deutschen Einheit*, S. 19-27, S. 20f.

<sup>177</sup> Ebd., S. 21.

<sup>178</sup> Ebd., S. 25.

<sup>179</sup> Der Übersichtlichkeit halber werden im Folgenden bei Verweisen auf die Gedenkreden nur der Redner, die Jahres- und die Seitenzahl genannt. Die Fundstelle kann anhand dieser Angaben im chronologisch gegliederten Quellenverzeichnis der Arbeit nachvollzogen werden.

<sup>180</sup> Ritter, 1955, S. 45; Gerstenmaier, 1956, S. 1079; Conze, 1959, S. 1076, S. 1078; Erhard, 1964, S. 878; Schieder 1964, S. 896; Gerstenmaier 1965, S. 842.

<sup>181</sup> Meinecke, *Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen*, <sup>5</sup>Wiesbaden 1955.

<sup>182</sup> Wahrig, *Fremdwörterlexikon*, Gütersloh 1991.

Neben der Katastrophe wird die Teilung Deutschlands mit Krankheits- und Verletzungsbildern belegt. Die Deutschland geschlagene Wunde sei tief und nicht heilbar.<sup>183</sup> Völker, die ständig mit einer solchen Wunde leben müßten, entbehrten auf Dauer ihrer seelischen Gesundheit.<sup>184</sup> "Die innere, die seelische Gesundheit des deutschen Volkes und seines Nationalgefühls"<sup>185</sup> sei gefährdet.

Diese Metaphern rekurren auf ein anthropomorphisiertes Modell der Nation, in der diese über einen Körper verfügt, der an Leib und Seele verletzt werden kann. In diesem Modell macht der Zusammenschluß Individuen zu einer Nation, diese zum Teil eines Ganzen, welchem eine übergeordnete Bedeutung zugemessen wird. Diesem Modell sind auch Bilder der *Unnatur* zuzuordnen, die ursprünglich biologisch sind, Abweichungen vom Allgemeinen kennzeichnen und damit ausgrenzen: "Die Teilung Deutschlands ist abnorm, (...) sie ist gegen die Natur",<sup>186</sup> "die Unnatur dieses Zustandes",<sup>187</sup> "die Anomalität der deutschen Teilung".<sup>188</sup>

Diese Bilder offenbaren die Sichtweise der Redner, welche Nation und Staat gleichsetzen und beide als organologische Einheit betrachten, statt als Verfaßtheit einer demokratischen Gesellschaft. Die Behauptung der *naturgegebenen* Einheit kann zu skurril wirkenden Widersprüchen in der Argumentation führen. Ein Paradebeispiel für einen solchen liefert Wenke, indem er ausführt: "Wenn es auch kein Naturrecht auf Einheit gibt, so sind wir unter dem historischen Aspekt sehr wohl zu der Auffassung berechtigt, daß die Teilung, d.h. die Aufhebung der Einheit, gegen die Natur der Sache geht."<sup>189</sup>

Wird die Nation - wie dargelegt - als rettungslos Verwundeter beschrieben, so ist - um im Bild zu bleiben - der Aufstand des 17. Juni die Immunreaktion des Körpers, die die Selbstheilung einleitet. Denn dieses Ereignis wird als Akt der Wiederherstellung der Reputation der deutschen Nation betrachtet: Es "ist der Tag unserer geschichtlichen Rehabilitierung als Nation"<sup>190</sup> und hat bewirkt, daß "die tief gekränkte moralische Autorität des deutschen Namens durch das anonyme Heldentum für die Freiheit vor uns selbst, vor der Welt wieder gehoben wurde".<sup>191</sup> Nun besitze „das Vaterland wieder ein Symbol, das Kräfte der Hingabe und der Opferbereitschaft beschwören kann."<sup>192</sup> Weiter wird aus dem

---

<sup>183</sup> Adenauer, 1963, S.922; Weber, 1966, S. 641.

<sup>184</sup> Schieder, 1965, S. 898.

<sup>185</sup> Gerstenmaier, 1956, S. 1078.

<sup>186</sup> Adenauer 1955, zitiert nach: Wenke, 1961, S. 1064.

<sup>187</sup> Gerstenmaier, 1956, S. 1078.

<sup>188</sup> Schieder, 1965, S. 897.

<sup>189</sup> Wenke, 1961, S. 1064.

<sup>190</sup> Schieder, 1965, S. 896.

<sup>191</sup> Schieder, 1965, S. 895.

<sup>192</sup> Erhard 1965, S. 833.

17. Juni der Beweis für "die elementare Wucht dieses gemeinsamen Willens der ganzen Nation zur Wiedervereinigung"<sup>193</sup> abgeleitet und zwar zu einer Wiedervereinigung in "Frieden und Freiheit".<sup>194</sup> In wortmächtigem Pathos werden die Demonstranten zu "Blutzeugen der Freiheit" stilisiert, die dem "glühenden Drang sich das Lebensrecht zu erkämpfen, auf das kein sich seiner selbst bewußtes Volk auf die Dauer verzichten kann und darf"<sup>195</sup> gefolgt seien.

Böhm bezeichnet dies als den nationalpolitischen Aspekt der Juni-Erhebung, den "Protest eines völkerrechtswidrig vergewaltigten Volksteils gegen das Verbrechen der Eisernen Vorhänge".<sup>196</sup> Der Redner bleibt innerhalb dieses Metaphernkomplexes von Gewalt und Verbrechen, wenn er ausführt, keine Besatzungsmacht habe das Recht "einer vereinzelt Besatzungszone" eine Staatsform aufzuzwingen, diese aus dem Staatsverband zu lösen zu dem sie gehört und dadurch eine Nation zu zerreißen.<sup>197</sup> Das Zerreißen bezieht sich auf ein Einheitsbild, welches unterstellt, daß die Nation ein Ganzes ist.<sup>198</sup> Gleichzeitig werden Nation und Staat zu einer Einheit erklärt, die ein sakrosanktes Konstrukt sei, an dem nicht gerührt werden dürfe.

Gerstenmaier nimmt diesen Gedankengang auf, ist jedoch in Wortwahl und Schlußfolgerungen radikaler. Zunächst bezeichnet er die DDR als "widernatürliches Staatsgebilde",<sup>199</sup> das kein Existenzrecht habe. In der Verbindung von "widernatürlich" und dem Aberkennen des Existenzrechtes offenbart sich eine erschreckende und zumindest implizite Analogie zur Euthanasie. Im zweiten Schritt wird Deutschland mit Hilfe eines Körperbildes als unteilbar beschrieben. Die Deutschen müßten sich "als *eine* gewachsene Einheit, als *einen* Geschichtsleib begreifen".<sup>200</sup> Die Kulturtradition des Volkes in der sowjetisch besetzten Zone und die Isolierung von 18 Millionen Deutschen von der Weiterentwicklung dieser gemeinsamen nationalen Tradition gehöre zu denn infamsten Mitteln der sogenannten Pankower Unterdrücker. Laut Gerstenmaier finde ein Kampf statt, "nicht nur um die äußere, sondern auch um die innere Lebensmöglichkeit, um die Seele unseres

---

<sup>193</sup>Ritter, 1955, S. 41.

<sup>194</sup>Adenauer in einem Telegramm aus den USA, verlesen von Vizekanzler Blücher anlässlich seiner Ansprache während des Staatsaktes 1955, S. 110; Ritter, 1955, S. 41; Adenauer 1956, S. 1077; Litt 1957, S. 1005; Adenauer 1958, S. 1093; Adenauer 1961, S. 1062; Erhard, 1964, S. 877; "Wiedervereinigung in Freiheit" bei Adenauer 1954, S. 993; Adenauer 1959, S. 1065; Mann, 1960, S. 1100; "Einheit in Freiheit" bei Wenke, 1961, S. 1064; Schieder, 1964, S. 895; Erhard 1966, S. 638.

<sup>195</sup>Litt, 1957, S. 1007.

<sup>196</sup>Böhm, 1954, S. 996.

<sup>197</sup>Ebd.

<sup>198</sup>1990 bedient sich Willy Brandt erneut dem organologischen Aspekt dieser Vorstellung, wenn er sagt: „Nun wächst zusammen, was zusammen gehört.“

<sup>199</sup>Gerstenmaier, 1956, S. 1080.

<sup>200</sup>Ebd.

Volkes".<sup>201</sup> Um in diesem Kampf siegreich zu sein, sei kein unsicheres, sondern "ein geläutertes und gefestigtes nationales Bewußtsein"<sup>202</sup> notwendig. Es handelt sich hierbei um eine Doppelstrategie: zum einen wird die ideologische Reinigung des Nationsbegriffes angestrebt, um ihn wieder als Legitimationsgrundlage benutzen zu können. Zum anderen wird die Mißbrauchsthese impliziert, die auch die Deutschen zu Opfern des Nationalsozialismus erklärt. Diese Argumentation versucht sowohl die nationale Ideologie zu rehabilitieren, als auch die Deutschen, abgesehen von der Führungsclique um Hitler, von Schuld freizusprechen. Die Suche nach einer neuen deutschen Identität nach der Zerschlagung des Nationalsozialismus und der Teilung Deutschlands spielt in den Reden zum Tag der deutschen Einheit eine wichtige Rolle. Die Frage was die einst hoch emotional besetzten Worte, wie *Volk* und *Vaterland* angesichts der unmittelbaren Vergangenheit noch bedeuten konnten, beschäftigt einen Großteil der Redner, die den "beklagenswerten Verlust an schlichtem und selbstverständlichem Vaterlands- und Nationalbewußtsein"<sup>203</sup> bedauern. Der Historiker Schieder faßt 1962 die wiederkehrenden Argumente exemplarisch und in drastischer Sprache zusammen. Ursächlich für diesen Verlust sei der furchtbare Mißbrauch, der mit diesen Konstrukten getrieben worden sei, "der Mißbrauch der Nation bis zum Verbrechen, die Anomalität der deutschen Teilung selbst, mit der Reduzierung unserer gegenwärtigen Staatshoheit auf ein Kleinstdeutschland, dessen schwächliche Gestalt auf einer Landkarte man nur mit Erschrecken wahrnehmen kann; die Abschnürung der legitimen deutschen Hauptstadt Berlin und ihre ständige Gefährdung; der Verlust der engeren Heimat und damit einer natürlichen Geborgenheit und Verwurzelung für Millionen Deutsche, so daß es kein Volk in Europa geben mag, bei dem die Trennung von Menschen und Boden solches Ausmaß angenommen hat."<sup>204</sup>

In diesem Zitat verschmelzen alle Metaphern, die die Nation als natürliches, gottgewolltes und unabänderliches Wesen figurieren. Damit stellt sich der Historiker Schieder abermals in eine nationalistische Tradition.<sup>205</sup> Er behauptet die Gleichsetzung von Nation und Staat auf einer naturgegebenen Existenzgröße, als seien beide nicht historisch-politischen Entwicklungen und Veränderungen unterworfen, welche in Deutschland zu einer

---

<sup>201</sup> Gerstenmaier, 1956, S. 1080.

<sup>202</sup> Ebd.

<sup>203</sup> Erdmann, 1965, S. 836.

<sup>204</sup> Schieder, 1964, S. 897.

<sup>205</sup> Theodor Schieder, einer der wichtigsten Vertreter der bundesdeutschen Zeit- und Sozialgeschichtsforschung, gehörte während des Nationalsozialismus zu jenen Historikern, die die Politik der "Entjudung" im Osten unterstützten und legitimierten. So fordert er in einem Memorandum vom Oktober 1939 "die Herauslösung des Judentums aus den polnischen Städten" und ist seit dem Sommersemester 1942 Leiter des Amtes für Presse und Propaganda des NS-Dozentenbundes. Vgl. Aly, Macht, Geist, Wahn. Kontinuitäten deutschen Denkens, Berlin 1997, S. 155f.

Teilung des Staatsgebietes geführt haben. Diese Gleichsetzung führt teilweise zu merkwürdig anmutenden Argumentationsmustern. So erklärt Weber die Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone sei nach Geschichte, Stammes- und Lebensart, Sprache, Kultur, Territorium, verwandtschaftlichen Bindungen und politischem Selbstbewußtsein eins mit dem deutschen Volk, "aber es ist nicht das deutsche Volk, als eine seinen eigenen deutschen Staat für sich formende Kraft, sondern bildet davon nur einen unabtrennbaren Teil".<sup>206</sup>

Hier wird dem in der DDR lebenden Teil des deutschen Volkes die Fähigkeit einen Staat zu bilden abgesprochen, die dem in der Bundesrepublik lebenden Teil zuerkannt wird. Das macht letztere zu den Vertretern des *wahren* und *einzig*en Deutschland und die DDR zum "Staat, der nicht sein darf".<sup>207</sup> Gerstenmaier erkennt das "nationale Elend" nicht in den Niederlagen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, nicht im Verlust an "Gut und Blut, an Land und Leuten", sondern darin, daß die Vergangenheit nicht verkräftet werden könne, solange die Teilung andauere. Zwar könne es nicht näher definierten Gruppen im Ausland genehm sein "die Neugestaltung des Deutschen Reiches" verhindert zu sehen, doch gäbe es keinen Preis für den die Deutschen ihr Einheitsverlangen aufgäben. Darin sieht Gerstenmaier keinen Nationalismus, diesen Vorwurf weist er weit von sich, sondern den "schlichten Ausdruck des entschiedenen Willens zu freiem Menschtum".<sup>208</sup> Eine Nationalität zu haben, wird damit zu einer natürlichen, jedem Menschen anhaftenden Eigenschaft erklärt und damit das Verlangen, in einem Staat zu leben, der die ganze Nation umfaßt, zum Ausdruck ein freier Mensch zu sein. Der Ruf nach Wiedervereinigung entspreche deshalb nicht nur dem Verlangen der Bevölkerung der Bundesrepublik, sondern es mache "die tiefste Sehnsucht des ganzen deutschen Volkes - und gerade der geknechteten deutschen Menschen aus, in volklicher Gemeinsamkeit nach eigenen Vorstellungen leben zu dürfen".<sup>209</sup> Bundeskanzler Erhard betätigt sich in diesen Ausführungen 1964 als Sprachschöpfer. Er führt offensichtlich das Adjektiv "volklich" ein, um den diskreditierten Ausdruck *völkisch* vermeiden zu können. Ähnliches ist bei Schieder zu erkennen, der statt von Nationalbewußtsein zu sprechen, den Begriff "Nations-bewußtsein"<sup>210</sup> benutzt.

Die Einheit von Nation und Staat wird zudem aus verwandtschaftlichen Bindungen hergeleitet. Die emotionale Verbundenheit der durch die innerdeutsche Grenze getrennten Familien wird auf die Ebene des Volkes und der Nation übertragen. Die Bande, die dort

---

<sup>206</sup>Weber, 1966, S. 640.

<sup>207</sup>So der Titel einer populärwissenschaftlichen Abhandlung: Richert, Ernst, Das zweite Deutschland. Ein Staat der nicht sein darf, <sup>2</sup>Frankfurt/Main 1966.

<sup>208</sup>Gerstenmaier, 1956, S. 1078.

<sup>209</sup>Erhard, 1964, S. 878.

wirkten seien ebenso stark wie die innerhalb einer Familie: "die menschlichen Bande, die Verbundenheit der Glieder eines Volkes, können nicht zerrissen werden".<sup>211</sup> Um diese Gleichsetzung von Familie und Nation zu transportieren, werden die Bürger der DDR als "Brüder und Schwestern"<sup>212</sup> bezeichnet. Bundespräsident Lübke erläutert dies 1960 exemplarisch an einem "natürlichen Stufenbau", dessen unterste Stufe die Familie und die Heimat sei, also die nähere Umgebung in der ein Mensch aufwachse und der er, aufgrund der Geborgenheit die er dort erlebt habe, immer verbunden bleibe. Darüber stünde die eigentliche Schicksalsgemeinschaft Volk, mit der der Mensch im Guten und im Bösen verbunden sei. Diese sei sich im Laufe der Geschichte ihrer Eigenschaften, ihrer gemeinsamen Sprache und Überlieferung bewußt geworden und habe den Willen entwickelt, ein Eigenleben zu führen. Wo immer dieser "natürliche Wille" gemeinsame Ausdrucksformen hervorgebracht habe und zu einer beständigen Einheit geworden sei, entstehe das Vaterland, ein Konstrukt, das auch in einer Zeit, in der man sich um im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft um übernationale Ordnungssysteme bemühe, nicht veraltet sei, sei doch das Ziel dieser übernationalen Ordnung "Europa als Vaterland der Vaterländer". Die richtige Interpretation dieses Stufenbaus beinhalte das gleichberechtigte Nebeneinander der Nationen in Europa. Damit sei eine Überschätzung der eigenen nationalen Bedeutung ausgeschlossen.<sup>213</sup> Durch Zusammenarbeit mit den anderen Nationen Europas und der freien Welt habe - und hier ist die Wortwahl auffällig - nicht die Bundesrepublik, sondern "das deutsche Volk (...) bewiesen, wie weit es von nationalistischer Selbstsucht entfernt ist."<sup>214</sup> Neun Jahre später nimmt Lübke diese Argumentation auf und modifiziert sie. Die Bundesrepublik habe sich als zuverlässiger Partner in diversen überstaatlichen Gemeinschaften erwiesen und damit sei bewiesen, daß ihre Bürger ein eigensüchtiges und übersteigertes Nationalgefühl endgültig abgestreift hätten und "nicht blinder Nationalismus" regiere, wenn von der unauflöslichen inneren Einheit der Nation gesprochen werde.<sup>215</sup> Dies beinhalte auch das Wort Vaterland, welches "ohne daß es nationalistisch zu entarten[!]"<sup>216</sup> drohe, als umfassender Ausdruck für alles was auf der Welt zu lieben sei bezeichnet wird: Familie, Freunde, Heimat und Kultur. Die Erhebung des 17. Juni wird als Beweis für diese Argumentation herangezogen, denn auch dort sei es nicht "um überheblichen Nationa-

---

<sup>210</sup>Schieder, 1964, S. 897.

<sup>211</sup>Lübke, 1962, S. 960. Diese Argumentationsfigur ist fast wörtlich zwei Jahre später erneut zu finden: Lübke, 1964, S. 893.

<sup>212</sup>Blücher, 1955, S.915; Adenauer, 1956, S. 1077; Seidel, 1958, S. 1097; Lübke, 1960, S. 1093; Erhard, 1960, S. 1096; Lübke, 1962, S. 960; Thielicke, 1962, S. 961; Peters, 1962, S. 964; Peters, 1963, S. 922.

<sup>213</sup>Lübke, 1960, S. 1094.

<sup>214</sup>Blücher, 1955, S. 916.

<sup>215</sup>Lübke, 1964, S.893.

<sup>216</sup>Thielicke, 1962, S. 963.

lismus" sondern "ausschließlich um die Verteidigung von Einigkeit und Freiheit und Recht" gegangen.<sup>217</sup>

Nationalismus wird in diesem Zusammenhang als Festsetzung von Wertigkeiten der Nationen verstanden, wobei die eigene eine höhere Stellung einnehme. Demgegenüber betrachte ich die nationalistische Perspektive als eine Gleichung, in der das Volk gleich der Nation gleich dem Staat sein soll. Die Gültigkeit dieser Gleichung kann erhalten werden, indem der in der Bundesrepublik pejorativ konnotierte und diskreditierte Begriff Nationalismus durch unverfängliche Analogien wie beispielsweise "die Einheit des deutschen Volksbewußtseins",<sup>218</sup> "inneres Zusammengehörigkeitsbewußtsein des deutschen Volkes"<sup>219</sup> oder "Recht auf Selbstbestimmung"<sup>220</sup> ersetzt wird.

In den sechziger Jahren rückt der Begriff des Staates und das Verhältnis seiner Bürger zu ihm in den Vordergrund. In den Reden der Staatsrechtler Hans Peters und Werner Weber kommt dies zum Ausdruck. Eine Ursache dieser Hervorhebung des Staates mag in der Profession der Redner begründet sein. Eine weitere liegt möglicherweise in der durch den Philosophen Karl Jaspers 1960 angestoßenen Debatte über Freiheit und Wiedervereinigung. Jaspers erklärt in einem Fernsehinterview, daß die Forderung nach Wiedervereinigung unreal sei, daß der Bismarckstaat unwiderruflich und durch eigene Schuld untergegangen sei und nicht wiederhergestellt werden könne. Wichtig allein sei Freiheit. Statt Wiedervereinigung müsse man neutral kontrollierte, freie Wahlen in der DDR als selbständigem Staat fordern.<sup>221</sup> Er faßt pointiert zusammen: "Nur die Freiheit - allein darauf kommt es an. Wiedervereinigung ist demgegenüber gleichgültig."<sup>222</sup> Jaspers Thesen stoßen in der bundesdeutschen Öffentlichkeit auf breite Ablehnung. Die *Baseler Nationalzeitung* schreibt, daß Jaspers "den empörten Widerspruch von Parteien, politischen Organisationen und Tageszeitungen in der Bundesrepublik ausgelöst [hat]. Nicht einmal Chruschtschow war es vergönnt, eine derartige Demonstration der Einigkeit auszulösen."<sup>223</sup> Wenn also nach dieser anhaltenden und breit geführten Debatte statt der Nation der Staat als zentraler Begriff in den Reden auftaucht, so ist dies ein Hinweis auf eine Veränderung des öffentlichen Bewußtseins.

---

<sup>217</sup> Blücher, 1955, S. 916.

<sup>218</sup> Erdmann, 1965, S. 836.

<sup>219</sup> Erhard, 1966, S. 638.

<sup>220</sup> Lübke, 1960, S. 1093; Erhard, 1960, S. 1097; Wenke, 1961, S. 1062; Adenauer, 1963, S. 921; Erhard, 1964, S. 878; Lübke, 1964, S. 893; Schieder, 1964, S. 898; Gerstenmaier, 1965, S. 842; Erhard, 1966, S. 683; Weber, 1966, S. 640.

<sup>221</sup> Abschrift des Interviews in: Jaspers, Freiheit und Wiedervereinigung, München 1960, S. 107-116.

<sup>222</sup> Abschrift des Interviews in: Jaspers, Freiheit und Wiedervereinigung, S. 111.

<sup>223</sup> Zitiert nach: Ebd., S. 114.

In der Rede des Staatsrechtler Peters 1963 wird der stattfindende Bewußtseinsumbruch vom *Provisorium* Bundesrepublik zum *wahren Vaterland* Bundesrepublik deutlich. Die Debatte um den Charakter des westdeutschen Teilstaats beginnt 1960. In dieser Zeit vertritt die CDU jene Position, die die Bundesrepublik zum Definitivum erklärt, das die Grundlage eines wiedervereinten Deutschlands sein müsse. Die Freiheit ist dabei der Hauptbezugspunkt. Wer den endgültigen Charakter der Bundesrepublik bestreite, argumentiere im Sinne derer, die neben der Bundesrepublik auch die Freiheit selbst abschaffen wollten. Zudem lebe nur in Westdeutschland die deutsche Nation mit ihrer Geschichte weiter, während das kommunistische System der DDR diese Kontinuität gesprengt habe. Für die Kritiker dieses neuen Konzeptes, insbesondere die sozialdemokratische und die liberale Opposition, war eine Aufhebung des Provisoriumscharakters hingegen undenkbar. Eine solche mißachte den Auftrag des Grundgesetzes und kündige den Zusammenhalt des deutschen Volkes auf.<sup>224</sup> Die Debatte legt ein vorhandenes Paradoxon offen: "Die Bundesrepublik war nur in dem Maße mehr als ein Provisorium, nämlich die Nation selber, indem sie sich als provisorisch empfand; und die Bundesrepublik würde weniger sein, als sie war wenn sie sich vom Provisorium verabschiedete und sich auf dem Status quo als Definitivum stabilisierte."<sup>225</sup>

Als erster Redner spricht Peters über die Bindungen der Bundesdeutschen an ihren Teilstaat und wie diese zu fördern seien, während sich seine einzigen Äußerungen über Gesamtdeutschland auf den Hinweis beschränken, daß es nötig sei möglichst viele Voraussetzungen zu schaffen, daß der "nationale Notstand der Teilung (...) dereinst auf friedlichem Wege beseitigt werden kann".<sup>226</sup> Damit wird die Wiedervereinigung in eine ungewisse, zumindest nicht nahe Zukunft verlegt und der Redner hat Gelegenheit sich unter der Prämisse der "geistigen Vorbereitung im Hinblick auf unser aller nationales Ziel"<sup>227</sup> mit dem Staatsverständnis in der Bundesrepublik auseinanderzusetzen. Peters leitet seine Gedenkrede mit der Erinnerung an "jene erschütternde nationale Tragödie" ein, die der 17. Juni gewesen sei und erläutert - im Gegensatz zu den vormals benutzten Katastrophenbildern, die gesetzt, aber nicht begründet werden - seine Wortwahl: Das Wesen der Tragödie liege darin, daß der moralische Sieg der Niederlage immanent sei und der Besiegte als Held im Gedächtnis bliebe.<sup>228</sup> Nachdem Peters so dem "nationalen Notstand der Teilung Deutschlands" seine Reverenz erwiesen und die Unrechtmäßigkeit der DDR betont hat, setzt er sich

---

<sup>224</sup> Wolfrum, Geschichtspolitik, S. 229f.

<sup>225</sup> Wolfrum, Geschichtspolitik, S. 230.

<sup>226</sup> Peters, 1963, S. 922.

<sup>227</sup> Ebd.

<sup>228</sup> Ebd.; ähnlich bei Schieder, 1964, S. 895.



mit dem Verhältnis der Bürger der Bundesrepublik zu ihrem Staat auseinander. Zwar sei dieser wirtschaftlich und militärisch gesichert, doch fehle es noch an der ideellen Sicherung "unseres Staates durch ein selbstverständliches, das ganze Volk durchdringendes Staatsbewußtsein. Dieses zu stärken, ja vielleicht überhaupt erst zur Entstehung zu bringen, ist ein Gebot der Stunde."<sup>229</sup> Durch die Einführung des Begriffs Staatsbewußtsein enthebt sich Peters der Diskussion um die Bedeutung von Nation und Vaterland und vermeidet die Mißbrauchsdiskussion, die Thielicke im Vorjahr noch geführt hatte. Dieser hatte beklagt, daß eine "tiefere Verankerung" des Staates noch nicht stattgefunden habe, weil die Deutschen ein seltenes Talent hätten, sich "durch den Mißbrauch eines Begriffs wie den des Vaterlands Komplexe eintrichtern zu lassen, die fast neurotisch"<sup>230</sup> seien. Sie verfügten nicht über die Freiheit, unbefangen und unbekümmert ein Wort wie Vaterland überhaupt in den Mund zu nehmen. Damit wird das Unbehagen des Umgangs mit dem Vaterlandsbegriff als von außen installiert betrachtet und seine historischen Ursachen außer acht gelassen.

Thielicke bemüht erneut ein Krankheitsbild. Dies geschieht zwar nicht im Zusammenhang einer körperlich figurierten Nation, doch wird allen Deutschen eine gemeinsame von außen installierte psychische Störung zugeschrieben und sie damit wesensgleich gemacht.

Peters benutzt den Begriff Volk unspezifisch. Er wird in einem Argumentationsstrang erstmalig nur auf die Bürger der Bundesrepublik bezogen, welche die freiheitliche demokratische föderalistische Republik, sowohl im politischen Wollen, wie auch "im Gefühl unseres Volkes"<sup>231</sup> verankern müßten. Weiter betont er, daß die Bundesrepublik "in Wahrheit kein Provisorium, sondern der feste und lebensstarke Kern"<sup>232</sup> sei, aus dem ein wiedervereinigtes Deutschland entstehen könne und daß die Beschränkung des Herrschaftsbereiches der Bundesrepublik "auf zwei Drittel unseres Volkes"<sup>233</sup> nicht zu ihrer politischen und ethischen Abwertung führen dürfe, denn sonst könne der "erstrebte Endzustand eines Staates aller deutschen Staatsangehörigen"<sup>234</sup> nicht erreicht werden.

Peters betont statt der Nation den Staat und macht diesen zum zentralen Begriff. Damit propagiert er ein kleindeutsches Staatsbewußtsein, das eine gesamtdeutsche Perspektive in eine theoretische Zukunft verlagert.

---

<sup>229</sup>Peters, 1963, S. 923.

<sup>230</sup>Thielicke, 1962, S. 963.

<sup>231</sup>Peters, 1963, S. 923.

<sup>232</sup>Ebd., S. 924.

<sup>233</sup>Ebd., S. 923.

<sup>234</sup>Ebd., S. 924.

1966 lehnt auch Weber es ab, "die Bundesrepublik Deutschland als Provisorium abzuwerten".<sup>235</sup> Dies sei ein bloßer Vorwand für Staatsgleichgültigkeit, die er ebenso konstatiert wie ein weitverbreitetes, tiefreichendes Mißbehagen, das große Teile der Deutschen gegenüber ihrem Staat erfülle. Dies komme insbesondere in der Publizistik zum Ausdruck. Im öffentlichen Bewußtsein seien die Errungenschaften dieses Staates wie die Leistungen des Aufbaus und Wohlstands sowie der innere Frieden wenig gewärtig. Das führe dazu, daß "bei jeder Unzufriedenheit über die herrschenden öffentlichen Zustände die oft gewiß berechtigte Kritik nicht gegen den eigentlichen begrenzten Anlaß, sondern gegen das politische Gemeinwesen selbst, also gegen den Staat als solchen"<sup>236</sup> gerichtet würde. So ließe die Staatsverdrossenheit den Staat als etwas Fremdes und Verdächtiges erscheinen, dabei sei er mehr "als eine bloße Zweckapparatur; er ist eine der großen und unvergänglichen Manifestationen menschlicher Wesenheit selbst",<sup>237</sup> und daher nicht ohne Identifikation seiner Glieder denkbar. Daher sei ohne klare und selbstsichere politische Geschlossenheit der Deutschen in der Bundesrepublik eine Wiedervereinigung in einem gesamtdeutschen Staat unmöglich.

Die Reden der beiden Staatsrechtler Peters und Weber markieren einen Perspektiven- und Paradigmenwechsel in der deutschen Frage. In den fünfziger Jahren war versucht worden die Kontinuität des durch das Dritte Reich kontaminierten Nationsbegriffes zu erhalten, also das *völkische* Nationalbewußtsein wieder von der nationalsozialistischen Ideologie zu lösen und das als *urdeutsch* betrachtete Konstrukt zu erhalten. Dafür spricht, daß - in unterschiedlicher Offenheit - an der großdeutschen Perspektive festgehalten wird, was durch die Bezeichnungen für den Osten zum Ausdruck kommt, die bewußt offen lassen, ob das, was als Deutschland gedacht wird an Oder und Neiße endet oder aber die zu Polen gehörenden Ostgebiete miteinschließt. Bundestagspräsident Gerstenmaier ist der einzige, der offen von der "Neugestaltung des Deutschen Reiches"<sup>238</sup> und der "Dreiteilung Deutschlands"<sup>239</sup> spricht. Die Verwendung der Bezeichnung "Mittel- und Ostdeutschland"<sup>240</sup> bei anderen Rednern legt eine analoge Vermutung nahe, ebenso wie sich aus der Bezeichnung "Mitteldeutschland"<sup>241</sup> für die DDR folgern läßt, daß *Westpolen* nach wie vor als *Ostdeutschland* gedacht wird. Eindeutig ist hingegen die Mahnung es sei "ein Dienst an

---

<sup>235</sup>Weber, 1966, S. 639, siehe auch Erdmann, 1965, S. 836.

<sup>236</sup>Weber, 1966, S. 639.

<sup>237</sup>Ebd., S. 640.

<sup>238</sup>Gerstenmaier, 1956, S. 1078.

<sup>239</sup>Ebd., S. 1079.

<sup>240</sup>Conze, 1959, S. 1075; Lübke, 1960, S. 1096; Wenke, 1961, S. 1065.

<sup>241</sup>Blücher, 1955, S. 916; Gerstenmaier 1956, S. 1078; Seidel 1958, S. 1095; Conze, 1959, S. 1075, Mann, 1960, S. 1098; Erhard, 1964, S. 877; Schieder, 1964, S. 895; Lübke, 1964, S. 894; Mende, 1965, S. 837; Erhard, 1966, S. 637.

unseren Kindern, die als Deutsche in Deutschland erzogen werden müssen", sie zu lehren, daß "Stettin und Frankfurt (Oder) und Breslau genauso als deutsche Städte in Erinnerung bleiben müssen wie Hamburg oder München oder Bonn",<sup>242</sup> während die Forderung nach "Zurückverlegung des Eisernen Vorhangs an die Ostgrenzen des russisch besetzten Landes"<sup>243</sup> beide Auslegungen zuläßt. Die großdeutsche Perspektive ist auch in den sechziger Jahren weiter präsent. Sie manifestiert sich am deutlichsten in dem oben angeführten Zitat Schieders, der die "Reduzierung unserer gegenwärtigen Staatshoheit auf ein Kleinstdeutschland"<sup>244</sup> beklagt.

Ebensowenig wie man bereit war, den endgültigen Untergang des Deutschen Reiches zu akzeptieren, wurde in den fünfziger Jahren das Ideal der Nation als "sittliche Gemeinschaft freier Volks-genossen"<sup>245</sup> fallengelassen, auch wenn es verklausuliert ausgedrückt wird, wie in Gerstenmaiers Ausführungen zur Europafrage in deren Rahmen er feststellt, daß ein vereintes Europa nicht geschaffen werden könne "zu Lasten der geschichtlich gewachsenen europäischen Volks- und Lebensgemeinschaften".<sup>246</sup>

In einem neuen Bezugsrahmen wird die Bundesrepublik ab 1963 als Ausgangspunkt eines künftigen Gesamtdeutschland betrachtet. Nur wenn sich die in ihr lebenden Deutschen ihrer Gesellschafts- und Staatsordnung als würdig erwiesen, könne die Einheit dereinst erreicht werden. Damit wird ein republikanisches Verständnis der Nation impliziert, welches nicht mehr diffuse und schwer faßbare Kulturtraditionen und das *deutsche Wesen* zur Grundlage hat, sondern die demokratischen und freiheitlichen Normen der westlichen Gesellschaftsordnung. Statt diese neue Verbindung explizit einzufordern, zeigt sich jedoch die Begrenztheit des deutschen Nationenbegriffes, der nicht neu besetzt wird, sondern aus dem Diskurs verschwindet und durch das *Staatsbewußtsein* ersetzt wird, das (noch) keine Bindungskraft hat. Dabei wird *Freiheit* der Bezugsrahmen der nicht mehr als provisorisch verstandenen Bundesrepublik.<sup>247</sup>

Der Bezug auf deutsche Kultur stellt die Abstammungsgemeinschaft eines homogenen Volkes als entscheidendes Kriterium in den Vordergrund. Auf welche Weise dies historisch hergeleitet wird, und auf welche Traditionen dabei zurückgegriffen wird, ist im nächsten Abschnitt zu zeigen.

---

<sup>242</sup>Blücher, 1955, S. 916.

<sup>243</sup>Böhm, 1954, S. 995.

<sup>244</sup>Schieder, 1964, S. 897.

<sup>245</sup>Ritter, 1955, S. 44.

<sup>246</sup>Gerstenmaier, 1956, S. 1080.

<sup>247</sup>Vgl. dazu Kapitel 4.3.

## 4.2 Der Blick auf die deutsche Geschichte

Wie im letzten Kapitel gezeigt werden konnte, ist in den Reden zum Tag der deutschen Einheit die auf gemeinsamer Herkunft, Sprache und Territorium beruhende Nation der sich wiederholende Bezugsrahmen, welcher zur Legitimation von Herrschaft und Identifikation mit dem Staat Bundesrepublik Deutschland herangezogen wird. Er wird historisch hergeleitet und begründet, um den Versuch zu unternehmen, das nach 1945 diskreditierte Konstrukt im geteilten Deutschland rehabilitieren zu können. Um dies zu erreichen, wird im ersten Schritt der Nationalsozialismus zur Diskontinuität in der deutschen Geschichte erklärt, um im zweiten Schritt an ältere Traditionslinien anzuknüpfen, aus denen ein unverfängliches Nationalbewußtsein abgeleitet werden kann. Exemplarisch stehen dafür zwei Zitate von Gerhard Ritter<sup>248</sup> und Eugen Gerstenmaier. Ritter hielt die Gedenkrede beim Staatsakt zum 17. Juni 1955, sie wird in diesem Kapitel als Modell geschichtspolitischer Argumentationsweise untersucht werden.

Ritter greift bis ins frühe Mittelalter zurück, um das Unrecht der deutschen Teilung deutlich zu machen: "Die Geschichte eines Jahrtausends, die uns zu einer deutschen Nation zusammengeschweißt hat, läßt sich nicht mit Federstrichen der Diplomatie, wie es von Teheran bis Potsdam versucht wurde, einfach hinwegwischen. Wir wollen und werden es niemals hinnehmen, daß die Geschichte uns in zwei Völker auseinanderhämmt. Wer auf die Freiheits- und Vaterlandsliebe der Deutschen rechnet, damit sie helfe das sogenannte Abendland zu verteidigen, muß ihnen zu allererst wieder ein ungeteiltes Vaterland beschaffen."<sup>249</sup>

In diesen, aus dem Bereich der Metallverarbeitung stammenden Metaphern wird die deutsche Nation als anorganisches Subjekt figuriert, das untrennbar verbunden wurde und von der antropomorphisierten Geschichte nicht gewaltsam zerstört werden darf. Die Bilder "schweißen" und "hämmern" im Zusammenhang mit der deutschen Nation erinnern an *hart wie Kruppstahl* und *ein Volk aus Stahl* aus der nationalsozialistischen Metaphorik. Nation und Volk werden synonym gesetzt, in dieser Konstruktion kann es keine akzeptierte Zweistaatlichkeit geben und so ist diese auch von außen "von Teheran bis Potsdam" oktroyiert und inakzeptabel. Zudem wird der Eindruck erweckt, Geschichte verlaufe zielgerichtet und sei von Anbeginn an auf den Endpunkt *Nationsbildung* ausgerichtet gewesen.

---

<sup>248</sup>Ritter ist Historiker und als solcher in der Bundesrepublik ein wichtiger Vertreter der klassischen nationalstaatlichen, propreußisch-protestantischen Tradition der deutschen Geschichtsschreibung. Ritter gehörte während des Nationalsozialismus dem national-konservativen Widerstand um Carl-Friedrich Goerdeler an und war 1944/45 deswegen inhaftiert. Vgl. Brockhaus Enzyklopädie in 24 Bd., Bd. 18, S. 447.

<sup>249</sup>Ritter, 1955, S. 45.

Zehn Jahre später ist die Intention dieser Denkfigur in einer Rede des Bundestagspräsidenten Gerstenmaier in Stuttgart mit anderen Bildern nach wie vor präsent. Gerstenmaier konstatiert ein "inneres Vakuum" der Bundesdeutschen, welches aus "der alleinigen Beschäftigung mit sich selbst und dem bloßen Zeitvertreib" erwachse, deren Ursache der hemmungslose und schamlose Mißbrauch patriotischer Werte im Nationalsozialismus gewesen sei. Doch zaghaft komme wieder "das Vaterland als Ruf und Auftrag in Sicht". Damit verbinde sich laut Gerstenmaier "die Tatsache, daß über die Trümmerfelder des Dritten Reiches hinweg die deutsche Geschichte mit ihren Konturen und Wesensgehalten wieder sichtbar wird und nach unserem nationalen Bewußtsein greift. Es zeigt sich, daß die zwölf Jahre, in denen Hitler Geschichte gegen Deutschland machte, die 1200 Jahre deutscher Geschichte nicht auszulöschen vermochten."<sup>250</sup>

Auch hier wird in die deutsche Geschichte eine Kontinuität bis zurück zu der Zeit Karls des Großen entworfen, die allein durch Hitler unterbrochen worden sei. Indem der Gründungsmythos der deutschen Nation bis ins Frankenreich der Karolinger zurückverlegt wird, wird er unantastbar gemacht. Gerstenmaiers offenbare Gleichsetzung des Frankenreichs mit dem Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation übersieht sowohl, daß letzteres erst im 15. Jahrhundert entsteht und die deutschen Reichsgebiete im Unterschied zu Italien und Burgund bezeichnet,<sup>251</sup> als auch den Umstand, daß diese deutsche Nation in keiner Weise mit dem sich seit Ende des 18. Jahrhunderts entwickelnden Begriff der Nation kongruent ist. Zwölf Jahre "Geschichte gegen Deutschland" werden einem hundert mal so langem Zeitraum der offenbar stringent als positiv bewertet wird gegenübergestellt. Unterschwellig wird der Eindruck vermittelt, als würden diese zwölf Jahre in der Öffentlichkeit überbewertet und sei es an der Zeit zur Tagesordnung zurückzukehren. Hier läßt sich analog zu Ausführungen Wehlers über den *reichsdeutschen Nationalismus* eine Aktualisierung der nationalen Mythologie im historischen Kollektivgedächtnis feststellen. Auch für die Reden zum 17. Juni. gilt: "Aus der fiktiven Frühzeit der Nation, von Hermann dem Deutschen über Karl den Großen, Luther und Friedrich den Großen wurde der Fortschritt ihrer Entwicklung bis hin zur Erfüllung im Reich von 1871, im neuen Kaisertum und in Bismarcks Leistungen als prädestinierter Aufstieg stilisiert."<sup>252</sup> Dieser Mythos wird als wissenschaftlich eindeutig bewiesen dargestellt. "Historiker haben diese Frage genau gestellt und freimütig beantwortet:

---

<sup>250</sup>Gerstenmaier, 1965, S. 842.

<sup>251</sup>Moraw, Reich, in: Brunner/Conze/Koselleck (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd. 5, Stuttgart 1984, S. 411-583, S. 454.

<sup>252</sup>Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, 3. Bd., Von der "deutschen Doppel-revolution" bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs 1849-1914, München 1995, Lizenzausgabe für die Büchergilde Gutenberg Frankfurt/Main, Wien 1995, S. 951.

Die deutsche Einheit ist in langen Jahrhunderten entstanden und nicht - wie neuerdings argumentiert wurde - mit der Reichsgründung Bismarcks geschaffen worden.<sup>253</sup>

Das Rekurren auf die tausendjährige Geschichte der deutschen Nation steht in einer Tradition, die im Nationalsozialismus besonders gepflegt worden ist. Hitler stellt fest, der deutsche Staat sei das Ergebnis "der bleibenden Früchte tausendjähriger Politik".<sup>254</sup> Dieser wird als "Ewiges Deutschland"<sup>255</sup> bezeichnet.

Die Auswirkungen des Nationalsozialismus auf deutsches Selbstverständnis und die Einstellung zu *Volk* und *Vaterland* werden ausgiebig diskutiert, während die Verbrechen eine marginale Rolle spielen. Es wird festgestellt, daß der Nationalsozialismus "den deutschen Patriotismus in seinem Kern erschüttert [und] das natürliche Verhältnis der Deutschen zu ihrer Geschichte zerstört"<sup>256</sup> habe. Sie seien "ein durch seine geschichtlichen Erfahrungen tief entmutigtes Volk",<sup>257</sup> , welchem "Heimsuchungen der Knechtschaft bescher"<sup>258</sup> wurden. Die Vermutung, daß hier auf die biblische babylonische Gefangenschaft und die ägyptische Knechtschaft angespielt wird, liegt nahe. Diese vermittelt erneut das Bild des von außen oktroyierten Unrechts. Die Metaphern beschreiben die Deutschen als hilflose Objekte ihrer Geschichte und entheben sie dadurch der Verantwortung. Wie ein natürliches Verhältnis zur Vergangenheit auszusehen habe wird nicht erläutert, ebensowenig wird reflektiert, daß eine Verunsicherung patriotischer Gefühle geradezu eine zwangsläufige Folge dieses Krieges und seiner Verbrechen sind. Auf welche Weise der deutsche Patriotismus nach der Monstrosität des in seinem Namen verübten Holocaust hätte unerschüttert bleiben können, wird nicht dargelegt.

Stattdessen wird eine Zerrissenheit, die die Deutschen dem Begriff Nation entgegenbrächten, konstatiert. "Die zwölf Jahre währende Hybris eines unserem innersten Wesen fremden Regimes hat viele Deutsche glauben lassen - und das sind nicht die schlechtesten -, daß wir der Welt als Beitrag zur Wiedergutmachung den Verzicht auf all das schulden, was 'Nation' und 'Vaterland' heißt."<sup>259</sup> Dieses Zitat von 1965 wirft ein zusammenfassendes Schlaglicht auf den Umgang mit den Begriffen Nation und Vaterland. Der Nationalsozialismus wird aus der Kontinuität der deutschen Geschichte ausgeschlossen, begründet durch das an keiner Stelle näher definiertes *deutsches Wesen*, um gleichzeitig deutlich zu machen, daß der freiwillige bußfertige Verzicht auf patriotische Emotionen falsch

---

<sup>253</sup>Wenke, 1961, S. 1064.

<sup>254</sup>Hitler, Mein Kampf, 2 Bd. in einem Band, ungekürzte Ausgabe München 1936, 190.-194. Aufl., S. 733f.

<sup>255</sup>Binding, Von Freiheit und Vaterland, in: Ewiges Deutschland, ein deutsches Hausbuch, hg. vom Winterhilfswerk des deutschen Volkes, Braunschweig 1942, S. 6-9, S. 9.

<sup>256</sup>Ritter, 1955, S. 39.

<sup>257</sup>Litt, 1957, S. 1006.

<sup>258</sup>Ebd.

<sup>259</sup>Erhard 1965, S. 833.

sei und von niemanden mit Berechtigung eingefordert werden dürfe. Dies ist der Grundtenor, der dem Vaterlandsdiskurs zu Grunde liegt. Das Wort sei zwar "furchtbar mißbraucht"<sup>260</sup> worden, doch wer sich vom Vaterland distanzieren, der wisse nicht "was er sich selber antut: daß er sich damit selbst abschneidet vom größten der sittlichen Lebenskreise, in denen und für die zu wirken des rechten Mannes Beruf, Glück und Ehre ausmachen,"<sup>261</sup> denn "die deutsche Vaterlandsliebe ist unteilbar wie das deutsche Vaterland selbst".<sup>262</sup> Daß die deutsche Nation ein sittlicher Lebenskreis von Männern von Ehre sei, an dem Frauen keinen Anteil haben (können), gehört offensichtlich zum Bedeutungshorizont des Terminus Vaterland.

Die Folgen des Nationalsozialismus werden insbesondere in ihren Auswirkungen auf die Bindung des Individuums an den Staat eingehend diskutiert, die historische Epoche selbst jedoch wird nur einmal ausführlicher Gegenstand einer Rede zum Tag der deutschen Einheit und zwar bei Ritter. Dieser hebt überwiegend auf die Person Hitler ab, wenn er über den Nationalsozialismus spricht. Er bezeichnet diesen Geschichtsabschnitt als "Hitlerzeit",<sup>263</sup> "Hitlerreich",<sup>264</sup> "Hitlertyrannei",<sup>265</sup> oder "Drittes Reich".<sup>266</sup>

Das Schwergewicht des öffentlichen Lebens dieser Zeit habe bei der Partei und der blinden Gefolgschaft Hitlers gelegen, nicht beim Staat und der politischen Gemeinschaft aller Deutschen. Dies habe den "brutale[n] Mißbrauch bester Überlieferungen der deutschen Geschichte und besten patriotischen Willens durch einen gewissenlosen Abenteurer und Machtmenschen ohne feste Verwurzelung in deutschen Kulturtraditionen" möglich gemacht und "vor allem in der von ihm mißbrauchten Jugend die Worte 'Volk und Vaterland' selbst in Verruf gebracht".<sup>267</sup> Hier findet sich ein entscheidender Widerspruch: Ritter kritisiert zu Recht den zu Lasten der Identität als Staatsbürger gehenden Führerkult. Im zweiten Schritt wirft er Hitler vor, nicht in deutscher Kulturtradition gestanden zu haben, also kein *Deutscher* gewesen zu sein, sondern jemand der sich unter Vorspiegelung falscher Tatsachen eingeschlichen und den deutschen Patriotismus mißbraucht habe. Ritter argumentiert, der NS-Staat habe sich zwar als Erneuerung und Fortsetzung Preußens legitimieren wollen, in Wahrheit habe es sich jedoch um einen radikalen Abbruch geschichtlicher Traditionen gehandelt.<sup>268</sup> Damit leugnet der Historiker die Ambivalenz, die jedweden Traditionen und

---

<sup>260</sup> Ritter, 1955, S. 39; Mann, 1960, S. 1097; Thielicke, 1962, S. 963; Peters, 1963, S. 925; Schieder, 1965, S. 897.

<sup>261</sup> Ritter, 1955, S. 44.

<sup>262</sup> Ebd., S. 45

<sup>263</sup> Ebd., S. 38.

<sup>264</sup> Ebd.

<sup>265</sup> Ebd., S. 41.

<sup>266</sup> Ebd., S. 39.

<sup>267</sup> Ritter, 1955, S. 39.

<sup>268</sup> Ritter, 1955, S. 38.

Idealen innewohnen, nämlich die Möglichkeit die latent enthaltenen negativen Merkmale manifest werden zu lassen. Ritter hingegen unterstellt eine von außen installierte Pervertierung, die damit der Sache nicht immanent sei. Er übersieht weiter, daß eine Verkehrung ins negative leichter möglich wird, wenn individuelle Moral und Verantwortung hinter einer emotional geschürten kollektiven Identität zurücktreten. Die Behauptung des Abbruchs historischer Tradition durch den Nationalsozialismus ist jedoch insofern unerlässlich, als daß an diese ununterbrochenen Traditionen wieder angeknüpft werden soll, dafür müssen sie jedoch vom Stigma des Dritten Reiches befreit werden.

Der Umgang mit dem Nationalsozialismus in der DDR ist für Ritter Anlaß zu umfassender Kritik am anderen deutschen Staat. Er stellt fest, daß in der DDR der 8. Mai als Tag der Befreiung begangen werde, an welchem "der heiße Dank der Deutschen für diese Befreiungstat ausgesprochen" wird. Diese Art von Patriotismus werde in Westdeutschland nicht geteilt, obwohl auch dort die Zerstörung der Hitler Tyrannie als Erlösung empfunden worden sei und nicht wenige - hier schließt sich der Redner selbst mit ein - dem Einrücken der russischen Truppen in Berlin ganz persönlich ihre Errettung verdanken. Dennoch sei der 8. Mai 1945 als einer der schwärzesten Tage deutscher Geschichte zu betrachten, "weil sich an ihm die furchtbarste Katastrophe unserer an Katastrophen wahrlich überreichen Vergangenheit vollendete". Die patriotische Trauer an einem solchem Tage habe nichts mit "Neo-Nazismus" zu tun, denn das Festhalten an der Einheit deutscher Geschichte, deutschen Staatslebens selbst über das Hitlerreich hinweg bedeute keine Gefahr für die Sicherheit und den Frieden Europas.<sup>269</sup>

Wie bereits dargelegt, wird die Niederlage im Zweiten Weltkrieg als Katastrophe figuriert und zwar als Kulminationspunkt einer Serie von Niederlagen, die alle als vermeidlich betrachtet werden. Die Fixierung auf die überhistorische Größe der Nation macht jegliche Annäherung an den tatsächlichen Verlaufs von Geschichte unmöglich, da Fehler oder Versagen mit dem Absolutheitsanspruch der Nation kollidieren. Eben diese Festlegung auf die überhistorische Größe der Nation macht es dem Redner unmöglich, die erlebte Niederlage im Nachhinein als richtig und des Feierns würdig anzusehen. Aus der gesamten Rede Ritters spricht die Intention, nationale Werte zu rehabilitieren und zu erneuern.<sup>270</sup> Dazu dient auch der Rekurs auf das Ende des Ersten Weltkriegs, welches vom gesamten deutschen Volk und den Parteien als "ungerecht und unnatürlich" betrachtet worden sei. Die

---

<sup>269</sup> Ritter, 1955, S. 42.

<sup>270</sup> Vgl. Reichel, Zwischen Dämonisierung und Verharmlosung: Das NS-Bild und seine politische Funktion in den 50er Jahren. Eine Skizze, in: Schildt/Sywottek (Hg.), Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn 1993, S. 679-93, S. 684.



an dieses "widernatürliche Unrecht" geknüpfte Erwartung, daß Deutschland wieder eine europäische Großmacht werden müsse, habe "in das Hitlerreich hereingeführt".<sup>271</sup>

Wenn die Ursache des Nationalsozialismus im Wunsch nach Wiedererstarken einer deutschen Hegemonialstellung gelegen habe, so steht dies im Widerspruch zur Opferthese, denn Großmachtstreben und Opferhaltung schließen einander aus. Analog argumentiert Gerstenmaier: "Der Vertrag von Versailles hat dem deutschen Volk die Unterwerfung abverlangt unter die unhaltbare Behauptung von der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands am ersten Weltkrieg. Diese Kriegsschuldflüge hat wie wenig anderes das deutsche Nationalgefühl belastet und Hitlers Aufstieg gefördert. Die gewaltsame Teilung Deutschlands ist geeignet, das Nationalgefühl der Deutschen wach und lebendig zu halten. (...) Die Gesinnung und Haltung, zu der wir uns bekennen, trägt keinen Zug nationalistischer Leidenschaft in sich."<sup>272</sup>

Aus dieser Argumentation läßt sich eine verdeckte Drohung herauslesen. Die Belastung des deutschen Nationalgefühls habe zu Hitlers Aufstieg geführt. Nun ist das Nationalgefühl durch die Teilung belastet, wobei der Redner offen läßt, zu welchen Konsequenzen diese erneute Belastung führen könnte. Sollte diese Drohung impliziert sein, so wird sie mit dem Hinweis, daß es keine nationalistische Leidenschaft mehr gebe sogleich wieder entschärft. Erneut wird der Ausnahmecharakter des Nationalsozialismus hervorgehoben und seine Ursachen außerhalb der Nation gesucht, die als völkisch-kulturelle und sittliche Gemeinschaft verstanden wird. Die Ursache des zur Diskontinuität erklärten "Dritten Reiches" liege im Siegerdiktat von Versailles und der "Kriegsschuldflüge",<sup>273</sup> woraus eine zumindest teilweise Befreiung von Schuld abgeleitet wird.<sup>274</sup> Hier wird Geschichte affirmativ, als bloße Rechtfertigung des tatsächlichen Geschichtsverlaufes betrieben und im politischen Sinne instrumentalisiert. Die mangelnde Identifikation mit dem ersten demokratisch verfaßten Staat auf deutschem Boden, der Weimarer Republik, spielen für Ritter und Gerstenmaier ebensowenig eine Rolle, wie eine Analyse der Gründe für diese mangelnde Identifikation.

---

<sup>271</sup>Ritter, 1955, S. 43.

<sup>272</sup>Gerstenmaier, 1956, S. 1078.

<sup>273</sup>Die Kriegsschuldflüge und die daraus resultierende Unschuld des Deutschen Reichs zumindest am Ausbruch des Ersten Weltkriegs gehört bis zum Beginn der Fischerkontroverse 1961 zum Grundbestand deutscher Vergangenheits-konstruktion. Die Dekonstruktion dieses Mythos durch Fritz Fischers Monographie *Griff nach der Weltmacht* löst die größte öffentlich-historische Kontroverse der Bundesrepublik aus. Fischer hatte der Auffassung den Boden entzogen, die Gewaltpolitik des Nationalsozialismus sei ein *Betriebsunfall* in der deutschen Geschichte gewesen.

<sup>274</sup>Vgl., Wolfrum, Geschichtspolitik; S. 194.

Auch Werner Conze<sup>275</sup> belegt den Nationalsozialismus mit distanzierenden Namen, die sich auf die Person Hitler beziehen, wie "Herrschaft Hitlers"<sup>276</sup> und mit mittelalterlich-rechtlicher Konnotation: "Frevelherrschaft Hitlers".<sup>277</sup> Im Gegensatz zu Ritter streift er den Nationalsozialismus nur in wenigen Sätzen, die aber um so bemerkenswerter sind, denn er stellt Thesen auf, die über die übliche Apologetik hinausgehen: "Bekanntlich erkannten drei, zu kurz oder zu spät gekommene Mächte, Deutschland, Italien und Japan, das Ende der Expansionsepoche noch in den dreißiger Jahren nicht an und versuchten eine Änderung der Erdaufteilung nicht etwa nur durch kleine Revisionen einiger ungerecht gezogener Grenzen, sondern durch Expansion auf Kosten anderer Völker. Diese Versuche mißlangen im Totentanz des zweiten Weltkriegs, und seitdem haben auch diese drei Nationen das Streben nach Expansion auf Kosten anderer Völker hinter sich gelassen."<sup>278</sup>

Diese Argumentation impliziert, daß durch eine *angemessene* Teilnahme der genannten Nationen am imperialistischen Zeitalter, deren Expansionsbedürfnis so weit hätte befriedigt werden können, daß deren Geschichte einen anderen Verlauf genommen hätte. Einziger Zweck dieser hypothetischen Denkfigur ist es, die Verantwortung am Verlauf der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts nicht allein bei Deutschland suchen zu müssen. Daß sich der Historiker Conze zur Beschreibung des Zweiten Weltkriegs des Bildes des Totentanzes bedient ist erstaunlich, müßte er doch wissen, daß Totentänze Figurationen sind, die die Sterblichkeit aller Menschen abbilden.<sup>279</sup> Der Krieg ist kein Totentanz, sondern ein vom Menschen inszeniertes Ereignis, bei dem der Tod billigend in Kauf genommen wird. Weiter vermittelt das Zitat den Eindruck, als sei das Aufgeben des deutschen, italienischen und japanischen Expansionsstrebens einer besseren Einsicht zu danken und nicht der militärischen Niederlage im Zweiten Weltkrieg.

Nicht nur im Zeitalter des Imperialismus sind Ursachen des Nationalsozialismus zu sehen. Conze lokalisiert eine weitere in der Politik Stalins und der Sowjetunion, wenn er feststellt, daß 1944/45 die russische Expansion nach Europa hinein eine Folge des langfristig geplanten militärischen Sieges über Hitler gewesen sei, denn "Stalin sah sich

---

<sup>275</sup>Werner Conze gehört ebenso wie Theodor Schieder zu den wichtigsten Historikern der bundesdeutschen Zeit- und Sozialgeschichte, seine Arbeit über historische Grundbegriffe ist aus der bundesdeutschen Wissenschaftsgeschichte nicht wegzudenken. Wie Schieder befürwortet auch Conze in seinen Schriften vor 1945 "die Entjudung der polnischen Städte", setzt soziale Konflikte mit "völkischen Rivalitäten" gleich und beschreibt traditionelle agrarische Milieus als "erbgesundes Bauerntum, (...) den Blutsquell des deutschen Volkes". Ob Conze damit den "Planungseliten" des Dritten Reiches zuzurechnen ist, die den Genozid intellektuell antizipierten, muß noch empirisch bestätigt werden. Vgl. Aly, Macht, Geist, Wahn, S. 155ff und Oberkrone, Geschichte, Volk und Theorie. Das "Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums", in: Schöttler (Hg.), Geschichte als Legitimationswissenschaft 1918-1945, Frankfurt/Main 1997, S. 104-128, S. 114f mit Anm. 33.

<sup>276</sup>Conze, 1959, S. 1077.

<sup>277</sup>Conze, 1959, S. 1076.

<sup>278</sup>Ebd., S. 1077.

damals in seiner Taktik der Jahre 1929 bis 1933 belohnt, als er nämlich Hitlers Aufstieg zur Macht gefördert hatte, um zuerst den Trümmerhaufen der deutschen Demokratie herbeizuführen und auf die spätere Hitler-Katastrophe zu hoffen."<sup>280</sup>

Zwar ist es richtig, daß die KPD mit Hilfe der Kommunistischen Internationale die bürgerliche Demokratie der Weimarer Republik zu destabilisieren suchte, um eine sozialistische Revolution herbeizuführen, hier wird aber die Person Stalin nicht nur zum Mitverursacher des Dritten Reiches erklärt, sondern sogar zu einem mit prophetischen Gaben versehenen Strategen, der den Ablauf der Geschichte voraussehen und manipulieren konnte. Es wird nicht nur die den deutschen Historikerstreit von 1986 auslösende These Ernst Noltes vorweggenommen, sie wird verstärkt. Nolte wirft in der FAZ unter dem Titel *Vergangenheit, die nicht vergehen will* die Fragen auf, ob nicht der Archipel Gulag ursprünglicher als Auschwitz und der *Klassenmord* der Bolschewiki das logische und faktische Prius des *Rassenmords* der Nationalsozialisten gewesen sei.<sup>281</sup> Conze hingegen erklärt Stalin zum omnipotenten Dämon, der den Nationalsozialismus gewünscht und durch geschicktes Taktieren herbeigeführt habe, um die Weltrevolution vorantreiben zu können. Dies ist als Versuch zu werten, das deutsche Volk von Schuld zu exkulpieren und den Dämon Stalin dem Dämonen Hitler überzuordnen.

Nachdem er den Nationalsozialismus wie beschrieben relativiert hat, wendet sich Conze seinen Folgen für das deutsche Volk zu und stellt fest, daß "eine der schlimmsten Erbschaften des Nationalsozialismus für unser Volk" darin liege, daß er die "Tugenden des Dienstes, des Opfers und der Bruderhilfe" für seine Zwecke verwertet, mißbraucht, und für sehr viele Menschen damit "in der Wurzel abgetötet" habe. Dieses Erbe müsse überwunden werden. "Das alte Wort 'Gemeinnutz geht vor Eigennutz' kann nicht deshalb für uns ungültig sein, weil es in das Parteiprogramm der NSDAP aufgenommen wurde."<sup>282</sup> Conze versucht die Ideale der *völkischen Gemeinschaft* mit der Argumentation lebendig zu halten, daß nicht alles was während des Dritten Reiches richtig gewesen sei, nun automatisch falsch sein müsse. Er berücksichtigt nicht, daß der unreflektierte Gebrauch von Werten immer auch die negative Seite ihres ambivalenten Charakters manifest werden lassen kann und deshalb nach 1945 verabsolutierende Aussagen über kollektive Moral einen bitteren Geschmack hinterlassen müssen.

Im Hinblick auf die deutsche Geschichte bis 1933 wird wiederholt ein Sendungsbewußtsein der deutschen Kulturnation propagiert, deren Bedeutung nicht

---

<sup>279</sup>Zentralinstitut und Museum für Sepulkralkultur (Hg.), *Tanz der Toten - Todestanz, Der monumentale Totentanz im deutschsprachlichen Raum*, Dettelbach 1998.

<sup>280</sup>Conze, 1959, S. 1078.

<sup>281</sup>FAZ, Nr. 130, v. 6.6.1986.

<sup>282</sup>Conze, 1959, S. 1080.

heruntergespielt werden dürfe. Pointiert überspitzt ist von einer Kulturalisierung der deutschen Hegemonialtradition zu sprechen. Da eine tatsächliche Vormachtstellung in Europa weder politisch realistisch noch erwünscht ist, soll zumindest die herausragende Bedeutung deutscher Kultur bestimmend bleiben. "Kein großes Volk, kein Kulturstaat kann auf die Dauer in dem Bewußtsein leben, ein Paria der Weltgeschichte zu sein. Das intensive Bedürfnis davon herunterzukommen ist weder Unbußfertigkeit noch Wiederbelebung eines alten Nationalismus. Es ist einfach eine Lebensnotwendigkeit für ein Volk, dem Gott eine neue Chance und einen neuen geschichtlichen Auftrag gegeben hat."<sup>283</sup> Zur Begründung dieses durch nichts hergeleiteten, sondern als selbstverständlich gesetzten geschichtlichen und göttlichen Auftrages wird der 17. Juni als Beispiel angeführt. Es bedürfe nur der rechten Stunde, um den Deutschen bewußt zu machen, daß sie "trotz Krieg und Schande, trotz Niederlage und Teilung noch immer eine große geschichtliche Berufung haben".<sup>284</sup> Die Demonstranten des 17. Juni werden in diesem Zusammenhang den Nationalsozialisten direkt gegenübergestellt, jener "Schar der verworfenen Hasardeure, die mit der Zukunft des deutschen Volkes ihr freventliches Spiel getrieben haben". Gerade das "Beispiel ihres fluchbeladenen Treibens" mache den Unterschied deutlich, der zwischen diesen "gewissenlosen Glücksrittern" und "dem Wagnis des 17. Juni"<sup>285</sup> liege. Demnach erhält der 17. Juni seine wahre Bedeutung erst vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Vergangenheit, in der sich das deutsche Volk eben nicht gegen das freventliche Spiel, das mit ihm getrieben worden sei, gewehrt habe.

Deshalb sei nun ein Bewußtsein vonnöten, das der deutschen Geschichte angemessen sei. "Unserem nationalen Geschichtsverlauf und dem was uns darin an Größe wie an Schuld zugefallen ist, werden wir weder mit einem nationalen Minderwertigkeitskomplex gerecht noch mit gedankenloser Überheblichkeit."<sup>286</sup> Worin die historische Berufung liege und auf welche Weise man der deutschen Geschichte angemessen gerecht werden kann, wird nicht ausgeführt. Statt einen positiven Weg zu weisen, herrscht larmoyante Klage vor, daß Deutschlands schöpferische Kraft geschwunden sei, "daß wir keine geschichtsbewußte Nation mehr seien, sondern ein 'gepanzertes Konsumverein'",<sup>287</sup> daß der Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg nur materiell gewesen sei und nicht, wie es das Beispiel der Jahre 1806-13 in Preußen zeige, eine "innere Mobilisierung des Geistes"<sup>288</sup> hervorgebracht habe. Die Kritik am bundesdeutschen Wohlstandsdenken und dem mangelnden Geschichtsbewußtsein impliziert, daß es beides

---

<sup>283</sup> Gerstenmaier, 1965, S. 842.

<sup>284</sup> Gerstenmaier, 1965, S. 841.

<sup>285</sup> Litt, 1957, S. 1008.

<sup>286</sup> Gerstenmaier, 1956, S. 1079f.

<sup>287</sup> Ebd., 1965, S. 841.

<sup>288</sup> Schieder, 1964, S. 897.

vorher nicht gegeben habe und das *Volk der Dichter und Denker* tatsächlich nur aus solchen bestanden habe. Eine romantisch verklärte Vergangenheit wird der profanen Gegenwart gegenübergestellt und übersehen, daß ein großer Teil der schöpferischen und intellektuellen Eliten, die während des Dritten Reiches nicht verfolgt wurden, dieses Regime gebilligt und unterstützt haben. Daraus ist abzuleiten, daß der Anspruch ein Dichter- und Denkervolk zu sein bereits lange vor 1945 ad absurdum geführt war.

Die Klage über den Verlust sowohl des historischen Bewußtseins als auch der daraus resultierenden fehlenden Identität in der Bundesrepublik zeigen die normative Interpretation der beiden Begriffe durch die Redner. Eine Bedrohung der Identität kann nur durch die Zuschreibung eines normativen Charakters von Geschichte entstehen, also aus dem Anspruch, aus der Vergangenheit richtungsweisende Lehren ziehen zu wollen.<sup>289</sup>

Die ab Anfang der 60er Jahre zunehmenden Auseinandersetzungen mit dem Nationalsozialismus in der bundesdeutschen Öffentlichkeit, die 1961 im Eichmannprozeß, im 1963 beginnenden Auschwitzprozeß und in der ersten Verjährungsdebatte 1964 manifest werden,<sup>290</sup> spiegeln sich nur geringfügig in den Reden zum 17. Juni. Der Schicksals- und Opfermythos sowie die Fixierung auf die Person Hitler sind fortgeführte Topoi: Peters legt die Teilung Deutschlands zu gleichen Teilen Hitler und den Alliierten zur Last und beschwört das deutsche Schicksal, "das uns durch Hochmut und Maßlosigkeit Hitlers und seines Unrechtssystems sowie durch den Mangel an Einsicht der östlichen Machthaber die Zerstörung des Reiches und die Teilung Deutschlands gebracht hat".<sup>291</sup> Darüber hinaus finden sich erste Rufe nach einem Ende der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Es habe nach den Ereignissen der letzten 30 oder 40 Jahre lange Zeit vergehen müssen, um die Deutschen wieder zu einer "unbefangenen Einschätzung ihrer politischen Existenz" zurückfinden zu lassen. "Aber dieser Selbstprüfungs- und Konsolidierungsprozeß sollte nun abgeschlossen sein."<sup>292</sup>

Es finden sich jedoch auch vereinzelte andere Stimmen, die sich kritischer äußern. Ein Beispiel dafür ist die Rede Ulrich Manns 1960 in der er - im Gegensatz zu Conze - moralische Werte nicht allein aufgrund ihrer historischen Tradierung für aner kennenswert hält: "Es gibt auch Erbgüter, die sich als Scheinwerte herausstellen und von diesen muß man sich freimachen; solche Werte nur deshalb konservieren zu wollen, weil sie nun einmal zum Bestand des geschichtlichen Erbes einer Nation gehören, führt in den falschen und verhängnisvollen Nationalismus hinein."<sup>293</sup>

---

<sup>289</sup> Lorenz, Konstruktion der Vergangenheit. Eine Einführung in die Geschichtstheorie, Köln 1997, S. 413.

<sup>290</sup> Vgl. Kleßmann, Zwei Staaten, eine Nation, S. 182ff.

<sup>291</sup> Peters, 1963, S. 922.

<sup>292</sup> Weber, 1966, S. 639.

<sup>293</sup> Mann, 1960, S. 1099.

Abschließend ist festzustellen, daß eine analytische Annäherung an die Entwicklungslinien deutscher Geschichte des 20. Jahrhunderts keinem der Redner gelingt. Sie vertreten in verschiedener Intensität die sogenannte Outlaw-Theorie, nach der das NS-Regime und die unter ihm verübten Völkermorde und Kriegsverbrechen das Produkt eines durch eine kriminelle Führungsclique verführten Volkes seien.<sup>294</sup> Der Nationalsozialismus wird als Bruch in der Kontinuität der deutschen und europäischen Geschichte betrachtet, eine "Art Betriebsunfall der Weltgeschichte, der sich überall hätte ereignen können, aber bedauerlicherweise ausgerechnet in Deutschland ereignet hatte".<sup>295</sup>

Weiter kann aus der Gleichzeitigkeit der Argumentationen über *Kultur*, *Volk* und *geschichtlichen Auftrag* abgeleitet werden, dass mit der Kulturnation letztlich immer auch die homogen vorgestellte Abstammungsgemeinschaft gemeint werden kann, also um eine plakativen Begriff zu wählen: die "Blutsnation".<sup>296</sup> Ob und wie diese Vorstellung der Nation mit den demokratischen und freiheitlichen Idealen des Rechtsstaates Bundesrepublik Deutschland in Einklang zu bringen ist, soll im nächsten Kapitel erörtert werden.

---

<sup>294</sup>Reichel, Zwischen Dämonisierung und Verharmlosung, in: Schildt/Sywottek (Hg.), Modernisierung im Wiederaufbau, S. 683.

<sup>295</sup>Ebd.

<sup>296</sup>Jungle World, Nr. 2, v. 5.1.2000, "Von der Blutsnation zum Leistungsstaat". In diesem Artikel über das neue deutsche Staatsangehörigkeitsrecht wird der Begriff "Blutsnation" zur Beschreibung der auf einem homogenen Volkscharakter gründenden Nation verwendet. Um eben dies zu beschreiben wird er auch im Kontext dieser Untersuchung als passend betrachtet.

### 4.3. Freiheit und Einheit

Das Handwörterbuch *Geschichtliche Grundbegriffe* definiert den politischen Freiheitsbegriff als "vielschichtiges Postulat von Individuum und Gesellschaft kraft eigenen Rechts gegen den Staat".<sup>297</sup> Diese Definition deckt sich mit dem Freiheitsbegriff des Grundgesetzes, der auf der Basis der Menschen- und Bürgerrechte verankert ist, deren Wurzeln in der Französischen Revolution liegen.

Freiheit wird durch das Individuum begründet und betrachtet die politische Willensentscheidung des Einzelnen als allein maßgebend, daher ist dieser Freiheitsbegriff theoretisch durch das Individuum bestimmt. Auf dieser Definition aufbauend, entsteht der Staat durch den Gesellschaftsvertrag als willentlicher Zusammenschluß freier Individuen.<sup>298</sup> Dieses Verständnis von Freiheit des Einzelnen und der Gemeinschaft wird als *westlich-liberaler* Freiheitsbegriff bezeichnet und ist die Grundlage der Staatsform Demokratie, deren Prinzipien Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit sind. Die Partizipation des einzelnen am Staat ist durch die Wahl und Wählbarkeit auf Zeit gesichert.

Historisch betrachtet unterscheidet sich der politische Freiheitsbegriff, der sich in Deutschland entwickelt hatte, von dem oben beschriebenen westlich-liberalen. Das abweichende deutsche Verständnis der Freiheit hat seinen Ursprung in der napoleonischen Besatzungszeit und entstand aus der Abwehr, sowohl des militärischen Gegners, als auch der von diesem vermittelten politisch-zivilisatorischen Lebensform. In dieser Zeit findet eine Transformation des Begriffes statt. Bis dahin stehen die westlich-liberale und die spezifisch deutsche Interpretation von Freiheit nebeneinander. In jener steht nicht das Individuum im Vordergrund, sondern die Volksintegrität und deren Freiheit "vom Zwang und von der Unterdrückung des fremden Geistes".<sup>299</sup> Dieser Freiheitsbegriff soll als *kulturell-kollektiver* bezeichnet werden. Er tritt während der napoleonischen Besatzungszeit in den Vordergrund und erfährt eine Majorisierung.

In der Anschauung des kulturell-kollektiven Begriffes wird die politische Einigung der nationalen Geistes- und Kulturgemeinschaft als Grundlage der Freiheit verstanden, wobei die innere Ordnung dieser Gemeinschaft nicht im Sinne der westlichen Aufklärung aus egalitären Prinzipien, sondern aus geschichtlicher Überlieferung, kultureller Eigenart und gemeinsamer Abstammung abgeleitet wird. Das impliziert eine organische Vorstellung des

---

<sup>297</sup> Conze u.a., Freiheit, in: Brunner/Conze/Koselleck (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd. 2, Stuttgart 1975, S. 425-543, S. 478.

<sup>298</sup> Fetscher, Freiheit, in: Nohlen (Hg.), *Wörterbuch Staat und Politik*, München 1991, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1998, S. 170-173, S. 171.

<sup>299</sup> Brauberger, Freiheit und Einheit, in: Weidenfeld/Korte (Hg.), *Handwörterbuch zur deutschen Einheit*, S. 331-338, S. 332.

Staates,<sup>300</sup> in der Freiheit und Einheit eine Symbiose bilden, die Rotteck 1832 in der klassisch werdenden Formulierung "Ich will die Einheit nicht anders als mit Freiheit und will lieber Freiheit ohne Einheit als Einheit ohne Freiheit"<sup>301</sup> zusammenfaßte. In den Gedenkreden zum 17. Juni spielen Freiheit und Einheit eine dominierende Rolle, da der Juni-Aufstand übereinstimmend in diesem Kontext interpretiert wird.

Herausgearbeitet werden nunmehr die der Freiheit zugrunde liegenden Interpretationen, um offen zu legen, inwieweit der Freiheitsbegriff des Grundgesetzes und der historisch gewachsene deutsche miteinander konkurrieren oder ob versucht wird, beide in Übereinstimmung zu bringen.

Als Beispiel für einen liberalen Freiheitsbegriff steht Böhms Einordnung des 17. Juni, der betont, daß Staatsgewalt in freien Verfassungen vom Volke ausginge. Der Aufstand sei Ausdruck des Verlangens der ostdeutschen Bevölkerung, nicht nur die staatliche Einheit herbeizuführen, sondern "die Menschen in der Zone (...) haben erklärt, daß sie *unseren* Weg zu gehen beabsichtigen und *nur unseren Weg*".<sup>302</sup> Den Aufständischen sei es nicht allein um etwas weniger oder mehr Brot gegangen, vielmehr "darum, daß dieses Brot in Freiheit erworben und gegessen werden kann".<sup>303</sup> Das bedeutet, daß das Ziel des Aufstandes eine freiheitliche demokratische Verfassung in einem einigen Deutschland gewesen sei, kurz: "Die Frauen und Männer des 17. Juni (...) bekannten sich zu dem Ideal der Einigung und der Freiheit."<sup>304</sup>

Den Aufstand ausschließlich unter bundesdeutsche Vorzeichen zu setzen, ihn gar als Angliederungswunsch an die Bundesrepublik zu interpretieren, kann trotz der Inanspruchnahme der liberalen Freiheitsdefinition als ein Teil der Rhetorik des Kalten Krieges betrachtet werden. Die Forschungsliteratur belegt, daß es 1953 "unzweideutige Vorbehalte gegenüber der westdeutschen Politik"<sup>305</sup> gegeben habe, und daß die These der "Erhebung für die Wiedervereinigung" eher politischen Interessen in der Bundesrepublik diene, als daß sie auf wissenschaftlicher Analyse beruhe.<sup>306</sup>

---

<sup>300</sup>Brauberger, Freiheit und Einheit, in: Weidenfeld/Korte (Hg.), Handwörterbuch zur deutschen Einheit, S. 331-338, S. 333.

<sup>301</sup>Zitiert nach: Conze u.a., Freiheit, in: Brunner/Conze/Koselleck (Hg.), Geschichtliche Grundbegriffe, Bd. 2, S. 507.

<sup>302</sup>Böhm, 1954, S. 996.

<sup>303</sup>Gerstenmaier, 1956, S. 1077.

<sup>304</sup>Blücher, 1955, S. 915. Diese Interpretation der Erhebung kommt in allen untersuchten Reden zum Ausdruck, sie ist explizit oder implizit in jeder enthalten.

<sup>305</sup>Diedrich, Putsch - Volksaufstand - Arbeitererhebung? Zur Arbeitererhebung 1953 in der deutschen Geschichtsschreibung, in: APZ B25/1993, S. 3-11, S. 7.

<sup>306</sup>Vgl. auch Baring, der 17. Juni 1953, S. 88ff.



Ritter ist der einzige Redner, der ausdrücklich auf den deutschen Sonderweg<sup>307</sup> verweist. Es gebe eine eigene, dem Westen gegenüber selbständige Entwicklung deutscher Freiheitsideale, die nicht vergessen werden dürften, weil sie unersetzbare politische Einsichten und sittliche Antriebe enthielten. Dies sei eine der besten und wertvollsten Überlieferungen deutscher Geschichte, die im Eifer, ein modernes demokratisches Volk im Sinne der westlichen Welt zu werden, keinesfalls verloren gehen dürfe. Diese Überlieferung knüpfe an große Namen der deutschen Geschichte an. Kant, Humboldt und vom Stein seien die geistigen Väter und ersten Verfechter des älteren deutschen Liberalismus. In ihrer Vorstellung sei der Staat mehr gewesen als ein Schutzdach des Privategoismus der einzelnen Staatsbürger, Freiheit noch etwas anderes und Besseres als das Recht, ungestört seinem Privatinteresse nachgehen zu können.<sup>308</sup> Daraus zieht Ritter die Schlußfolgerung: "Der Staat ist politische Volksgemeinschaft, die sich als sittliche Gemeinschaft freier Volksgenossen zu bewähren hat; die Freiheit ist freiwillige Hingabe zum Dienst an solcher Gemeinschaft, in der allein sich der Mensch als sittliches Wesen vollendet und damit erst zur Persönlichkeit im höheren Sinne reift."<sup>309</sup> Der Mißbrauch politischer Ideale in der "Hitlerzeit" dürfe nicht dazu führen, daß in der berechtigten Abwehr totalitärer Staatsformen die "gute alte deutsche Tradition verlorenginge: daß es nicht bloß eine Last, sondern eine Ehre ist, für das Vaterland Opfer zu bringen".<sup>310</sup>

Ritter stellt den Staat als Garanten und Vollender sittlicher Gemeinschaft dar, in dem sich die freien Volksgenossen selbstbestimmt im Dienste der Volksgemeinschaft zu höherer Persönlichkeit entwickeln. Somit steht er in der Tradition des Verständnisses von Staat und Individuum, die den Staat als Institution der Abstammungsgemeinschaft ansieht. Die Behauptung, daß es eine Ehre sei, für das Vaterland Opfer zu bringen, und daß diese Tradition nicht verloren gehen dürfe, ignoriert und negiert die Erfahrungen beider Weltkriege. Die Prämissen der Freiheitsrechte des Grundgesetzes spielen offenbar für Ritter keine erwähnenswerte Rolle. Stellt man die Argumentation Ritters neben die Ausführungen Rudolf

---

<sup>307</sup> Die Literatur über den deutschen Sonderweg ist ebenso umfangreich, wie die Interpretationen desselben unterschiedlich sind. Da es zu diesem Thema keinerlei Konsens in der Forschung gibt, wird hier eine Auswahl getroffen, die versucht möglichst viele Richtungen zu berücksichtigen: Kühnl, Deutschland seit der Französischen Revolution: Untersuchungen zum deutschen Sonderweg, Heilbronn 1996; Müller (Hg.), Deutschland - eine westliche Nation: Konzeption und Kontroversen, Stuttgart 1993; Grebing, Der "deutsche Sonderweg" in Europa 1806-1945. Eine Kritik, Stuttgart 1986; Kolloquien des Instituts für Zeitgeschichte, Deutscher Sonderweg - Mythos oder Realität? München/Wien 1982; Faulenbach, Ideologie des deutschen Weges. Die deutsche Geschichte in der Historiographie zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, München 1980; Wehler, Das deutsche Kaiserreich 1871-1918, Göttingen 1973.

<sup>308</sup> Ritter, 1955, S. 43f.

<sup>309</sup> Ebd., S. 44.

<sup>310</sup> Ebd.

Bindings, so finden sich Parallelen,<sup>311</sup> die nicht nur auf eine Kontinuität mit den Vätern des deutschen Liberalismus des 19. Jahrhunderts, sondern auch mit der diskreditierten "Hitlerzeit" verweisen.

Im Referenzrahmen dieses Freiheitsbegriffes wird unterstrichen, daß Freiheit nur in Verbindung mit der Bereitschaft, ihr Opfer zu bringen möglich sei.<sup>312</sup> Die Bandbreite dieser Opfer erstreckt sich von den "blutigen Opfern"<sup>313</sup> des 17. Juni bis zu solchen "an unserem Lebensbehagen, (...) an unserem materiellen Besitz",<sup>314</sup> die die Redner einfordern, so sie sich für die Bundesbürger als notwendig erwiesen. Ein Jahr vor Ritters Rede hatte der Bundesminister für Vertriebene Oberländer<sup>315</sup> im selben Tenor argumentiert. Freiheit habe nur dann sittlichen Wert, wenn sie in freiwillige Bindungen einmünde. "Eine falsch verstandene Freiheit würde das Abendland ebenso vernichten, wie es die sowjetische Unterdrückung tun könnte."<sup>316</sup>

Dieses Zitat macht deutlich, daß sich der Freiheitsdiskurs nicht nur auf die zuvor dargestellten Definitionen erstreckt. Darüber hinaus wird zum einen also vor den Gefahren gewarnt, die eine exzessive und falsche Auslegung der liberalen Freiheitsmöglichkeiten zur Folge haben könnte, zum anderen wird der westlich-demokratische Freiheitsbegriff dem dialektisch-materialistischen gegenübergestellt.

Litt erläutert seine Interpretation von Freiheit, indem er zunächst den Terminus innerhalb der "kommunistischen Heilslehre des dialektischen Materialismus"<sup>317</sup> erläutert. Freiheit sei innerhalb dieses Konstrukts das Sich-einfügen in die geschichtlichen Notwendigkeiten. Die so verstandene "Freiheit" sei die Haltung, zu der der Kommunismus die ihm ausgelieferten Menschen mit allen Mitteln der Beeinflussung erziehe oder vielmehr drille. Die Erziehungsmaßnahmen erstreckten sich von der propagandistischen Seelenbearbeitung bis zum blutigsten Terror. Die Aufdeckung der historischen Notwendigkeit werde als das unvergängliche Verdienst der marxistisch-leninistischen Lehre gepriesen. Werde der 17. Juni unter dieser Perspektive beurteilt, müsse folgerichtig das Leid der Opfer,

---

<sup>311</sup>"Freiheit und Vaterland - wer diese Wörter im Munde führen darf, muß für sie sterben können. Anderen verbietet davon zu reden!" "Erst wenn du dein Leben für eine Herrlichkeit des Vaterlandes und der Freiheit wagst, wie sie herrlicher nicht vorstellbar ist - wenn du es an diese Freiheit und dieses Vaterland jauchzend wagst - wagst du es recht." Binding, Von Freiheit und Vaterland, in: Ewiges Deutschland, S. 9.

<sup>312</sup>Gerstenmaier, 1956, S. 1079; Litt, 1957, S. 1007; Lübke, 1960, S. 1095; Lübke, 1962, S.960; Thielicke, 1962, S. 964; Erhard, 1966, S. 637.

<sup>313</sup>Ritter, 1955, S. 40.

<sup>314</sup>Litt, 1957, S. 1007.

<sup>315</sup>Oberländers nationalsozialistische Vergangenheit war bereits in der zeitgenössischen Diskussion Gegenstand heftiger Kritik. Ihm wurde vorgeworfen 1941 als Bataillonskommandeur in Lemberg für Massenerschießungen verantwortlich gewesen zu sein. Ein Ermittlungsverfahren wurde jedoch eingestellt. Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung, S. 253.

<sup>316</sup>Oberländer, 1954, S. 998.

<sup>317</sup>Litt, 1957, S. 1006.

"als die wohlverdiente Buße wider das geschichtlich Notwendige nicht nur erklärt, sondern auch in aller Form sanktioniert werden."<sup>318</sup> Litt stellt dem "die Wahrheit des Geschehens" entgegen: Am 17. Juni hätten sich freie Individuen zum Handeln entschieden, ohne eine Erfolgsgewißheit zu haben. Dies sei unter der Prämisse von Verantwortungsbereitschaft und Willensenergie geschehen, um das "Lebensrecht zu erkämpfen".<sup>319</sup> Was unter diesem Lebensrecht zu subsumieren ist - Freiheit, Demokratie, Einheit - kann dem Text nicht entnommen werden. Da der Untertitel der Rede lautet "Sind wir bereit, für die Wahrung der Freiheit materielle Opfer zu bringen?",<sup>320</sup> ist davon auszugehen, daß für Litt *Lebensrecht* ein Synonym für Freiheit ist. Freiheit ist also die Lebensgrundlage des Individuums gegen oktroyierte Heilslehren, die Staatsdoktrin sind. Litt bezweifelt, daß die Bundesbürger das Gut der Freiheit genauso hoch achteten wie die Aufständischen. Er befürchtet, daß Wohlstand und Daseinsgenuß die Bundesbürger in ein Leben hineingeschmeichelt habe, daß sie dazu bringe "in der hundertprozentigen Erfolgsgewißheit der Güter Höchstes zu erblicken".<sup>321</sup> Deshalb schließt er seine Rede mit der mahnenden Frage: "Steht bei uns das Gut der Freiheit noch so hoch im Kurse, daß ihre Bedrohung uns so auf die Schanze rufen würde, wie sie die Helden des 17. Juni auf die Schanze gerufen hat?"<sup>322</sup>

Auch der Theologe Mann äußert sich 1960 zur Problematik des Freiheitsbegriffes, den er mit dem des Rechts in Beziehung setzt. "Es scheint nicht selten so zu sein, daß der Freiheitsbegriff mißverstanden wird. Die Idee der Freiheit fordert von uns nämlich nicht Protest gegen jede denkbare Ordnung, sondern gegen die verheerende Ordnung des Kirchhofsriedens."<sup>323</sup> Man könne nur dann zum rechten Ungehorsam bereit sein, wenn man den rechten Gehorsam bejahe: Das habe nichts mit Untertanengeist zu tun. Die Idee der Freiheit sei von der Idee des Rechts nicht zu trennen, man müsse beiden Ideen gleichermaßen verpflichtet sein. In diesem Kontext werden der 17. Juni und der 20. Juli, der gescheiterte Aufstand gegen Hitler gleichgesetzt,<sup>324</sup> da beide der "Leitmarke des Doppelgestirns Recht und Freiheit" gefolgt seien.

Mann betrachtet Freiheit, Recht und Wahrheit als höhere Ideen und mächtige Wirklichkeiten, aus denen man keine Ideologie machen könne, da Ideen nicht wissenschaftlich beweisbar seien, sondern geglaubt werden müßten. Die sogenannte Höhere Wahrheit stehe über der erwiesenen Wahrheit, der metaphysische Glaube über dem

---

<sup>318</sup>Litt, 1957, S. 1006.

<sup>319</sup>Litt, 1957, S. 1008.

<sup>320</sup>Ebd., S. 1005.

<sup>321</sup>Ebd., S. 1008.

<sup>322</sup>Ebd.

<sup>323</sup>Mann, 1960, S. 1099.

<sup>324</sup>Vgl. dazu Kapitel 4.4.

naturwissenschaftlichen Beweis: eine klassisch theologische Argumentationskette, die sich einer logischen Beweisführung entzieht.

Damit argumentiert der Theologe Mann gegenläufig zu jener Argumentationsfigur, die der marxistischen Ideologie ihren Anspruch der Wissenschaftlichkeit abspricht, und sie zum Glauben erklärt.<sup>325</sup>

Wenke nimmt 1961 die Frage der unterschiedlichen Freiheitsdefinitionen wieder auf. Die gegenwärtige Epoche, die mit der Trennung zwischen einer freien und einer unfreien Welt belastet sei, habe auch eine gute Wirkung, indem sie nicht nur die Gefährdungen der Freiheit zeige, sondern diese selbst auf drastische Weise sichtbar mache: "Wir wissen genau was Freiheit ist, weil wir Zeugen der radikalen Unfreiheit geworden sind." In der Scheinfrage "Was ist denn schon Freiheit?" liege bereits die Antwort, die die Mentalität von Menschen verrate, welche entweder die Freiheit, die ihnen die bundesrepublikanische Verfassung gewähre, für eine reine Selbstverständlichkeit hielten, oder zu phantasielos seien, um sich das Leben in Unfreiheit vorstellen zu können, das sie dank der politischen und gesellschaftlichen Ordnung in Westdeutschland nicht zu führen bräuchten.<sup>326</sup>

Hier wird bei unbestimmt bleibenden gesellschaftlichen Gruppen der Bundesrepublik eine unreflektierte selbstverständliche Inanspruchnahme der bürgerlichen Freiheiten behauptet und kritisiert. Wenke stellt das vom Grundgesetz garantierte, unveräußerliche Grundrecht auf Freiheit als Gnadengeschenk dar, das der Staat seinen Bürgern *gewähre* und für das man dankbar zu sein habe. Die umgekehrte Argumentation ist schlüssig: Dankbarkeit ist nur für etwas angebracht, worauf kein rechtmäßiger Anspruch besteht, Freiheit ist dagegen jedem Menschen per definitionem (Menschenrechte) immanent.

Seine zuvor gestellte rhetorische Frage beantwortet Wenke mit den Worten des Religionsphilosophen Romano Guardinis,<sup>327</sup> die nun ein liberales Freiheitsverständnis des Redners zeigen. In dieser Rede stehen also die beiden konkurrierenden Freiheitsbegriffe unreflektiert nebeneinander: seiner anfänglichen Argumentation liegt der kulturell-kollektive Begriff zugrunde, dann wird der westlich-liberale zustimmend referiert. Das heißt, der Redner argumentiert inkonsistent, da er von zwei unterschiedlichen Verständnisweisen ausgeht, diese aber mit demselben Begriff bezeichnet. Auf der Basis des liberalen Begriffs legt er dar, daß der kommunistische Staat, der dessen Freiheiten nicht wolle, doch keineswegs auf das

---

<sup>325</sup> Die beschriebene Argumentation findet sich bei Litt, 1957, S. 1006; Seidel, 1958, S. 1095 und Wenke, 1961, S. 1064. Sie wird in Kapitel 4.4 erörtert.

<sup>326</sup> Wenke, 1961, S. 1065.

<sup>327</sup> "Wann bin ich frei? Dann, wenn ich in meinem Lande gehen kann wohin ich will; tun, was ich für richtig halte; mein Leben gestalten, wie es mir entspricht. Wenn ich sein kann wie ich bin, und niemand mich daran hindern darf, weder ein Vorgesetzter noch eine soziale Gruppe, weder ein einzelner noch der Staat - deshalb, weil ich

Wort Freiheit verzichte. Die materialistische Geschichtsauffassung setze die Freiheit mit der Notwendigkeit gleich. Die Geschichte - so laute das Dogma - folge Naturgesetzen; wer sie kenne und nach ihnen handele, sei frei. Mit der Erkenntnis der Notwendigkeit, die der kommunistische Staat als Freiheit bezeichne, zertrümmere er die private Freiheitssphäre.<sup>328</sup> Als Voraussetzung dafür, um den Unterschied zwischen dem wahren und dem lügenhaften Freiheitsbegriff zu erkennen und nach den wahrhaft freiheitlichen Maximen handeln zu können, sei politische Erziehung und Bildung notwendig. Dieser Freiheitsdiskurs wird durch die unvermittelt eingeführte Forderung unterbrochen, die angemahnte politische Erziehung solle verknüpft werden mit dem Bild eines einheitlichen Deutschlands, dessen Geschichte und Kultur in ihrer gegenwärtigen Existenz erhalten bleiben müsse.

Hier zeigen sich die Einflüsse des spezifisch deutschen Freiheitsbegriffs, der die Einheit der Nation einschließt. Folgte der Redner allein seiner postulierten Freiheitsdefinition, müßten sich seine Forderungen darauf beschränken, den Anspruch auf Freiheit in der DDR durchzusetzen und die staatliche Einheit Deutschlands nachrangig erscheinen lassen. Stattdessen fordert er das "Auseinander-Leben des Ganzen" zu verhindern und stellvertretend für die zum Schweigen verurteilten Menschen in der DDR deren Sehnsucht nach Freiheit wachzuhalten und die Einheit von Kultur und Tradition zu bewahren.<sup>329</sup>

Zuvor hatte sich Wenke auf die zeitgleich geführte öffentliche Debatte um Einheit und Freiheit bezogen, die durch die These des Philosophen Jaspers, auf die Einheit sei zugunsten der Freiheit zu verzichten, ausgelöst worden war. Er begrüßt, daß es in der Bundesrepublik möglich sei, eine solche Diskussion zu führen, weil sich dadurch der Wert der Demokratie erweise. Gleichzeitig zeigt er sich erfreut, daß sich die Überlegungen des Philosophen nicht als Mehrheitsmeinung erwiesen hätten, sondern daß erneut deutlich geworden sei, daß Freiheit und Einheit in der öffentlichen Meinung der Bundesrepublik nach wie vor zusammengehörten. Der Redner fühlt sich genötigt, darüber hinaus zu betonen, wie verdienstvoll es sei, daß jedem Deutschen zugebilligt werde, öffentlich über Trennung von Freiheit und Einheit nachzudenken. Es sei dabei nur vereinzelt zu "Verdächtigungen der Gesinnung" gekommen.<sup>330</sup>

---

kein bloßes biologisches Individuum sondern Person bin, die in Verantwortung und Würde sich selbst entfaltet." Wenke, 1961, S. 1065.

<sup>328</sup>Wenke, 1961, S. 1066.

<sup>329</sup>Wenke, 1961, S. 1066.

<sup>330</sup>Ebd., S. 1064.

Wenke lobt nachdrücklich die Bewährung der Meinungsfreiheit. Daraus läßt sich ableiten, daß diese - für eine demokratisch verfaßte Gesellschaft - Selbstverständlichkeit, in der Bundesrepublik noch nicht zu einer Norm geworden war, die der Erwähnung nicht mehr bedurfte.

In Wenkes polaren Freiheitsdefinitionen zeigt sich, daß sich zwei Weltinterpretationen unversöhnlich gegenüber stehen, wobei deren Wertungen im Bereich von richtig und falsch angesiedelt sind. Die Intention der Rede ist, - trotz der Kritik an der selbstverständlich wahrgenommen Freiheit in der Bundesrepublik - eine Bestätigung zu geben, sich nunmehr auf der *richtigen Seite* zu befinden. Sein Postulat, daß der Beweis der moralischen und politischen Überlegenheit des auf Selbstbestimmung basierenden demokratischen Systems auf lange Sicht zu einer erneuten Einheit Deutschlands führen könne, sei in der momentanen bipolaren Welt nicht einlösbar. Er bleibe aber als moralischer Anspruch erhalten.

Diese Rede ist ein letztes Beispiel für den traditionellen Wiedervereinigungsdiskurs des Doppelklangs Einheit und Freiheit. Jaspers' Thesen, von der Öffentlichkeit ebenso wie von Wenke verworfen, werden nach dem Mauerbau zu Anknüpfungspunkten für neue Deutschlandüberlegungen.<sup>331</sup>

In den übrigen Reden wird nicht zwischen den verschiedenen Freiheitsbegriffen unterschieden. Freiheit wird als Axiom gesetzt, deren Bedeutungsebenen eindeutig seien und infolgedessen nicht erläutert werden müßten, weil Redner und Hörer über die Bedeutung des Wortes informiert seien. Gleichwohl differenzieren die Bewertungen zwischen den dem Juni-Aufstand zugeschriebenen Idealen und dem, was als bundesdeutsche Lebenswirklichkeit betrachtet wird.

Alle untersuchten Reden ordnen den Aufständischen das Wissen um die *wahre* Freiheit zu, welches Ursache ihres Handelns gewesen sei. Innerhalb der *wahren* Freiheit gehört der Anspruch auf nationale Einheit zu den *natürlichen* Voraussetzungen. Pointiert kommt es in der Sentenz von Böhm zum Ausdruck: "Beides gehört zusammen: Das Bekenntnis zur Freiheit von sozialer Unterdrückung und das Bekenntnis zur nationalen Einheit."<sup>332</sup>

Der Umgang der Bundesbürger mit ihrer verfassungsmäßig verbrieften Freiheit wird dagegen mit Kritik bedacht, welche sich aus zwei Quellen speist. Der intellektuelle Diskurs, der die Grenzen der Freiheit auszuloten suche, wird ebenso beanstandet, wie der aus dem Wohlstandsdenken erwachsende Egoismus gescholten wird. In diesen Verknüpfungen wird

---

<sup>331</sup> Vgl. Wolfrum, *Geschichtspolitik*, S. 229f.

<sup>332</sup> Böhm, 1954, S. 996.

unterstellt, der Freiheit seien Konnotationen von *Laissez-faire* und *bindungslosem Liberalismus* immanent. Diese werden problematisiert und es wird vor der aus ihnen resultierenden Bedrohung von Freiheit und Rechtsstaat gewarnt.

Der Staatsrechtler Weber setzt sich in seiner Rede mit beiden Aspekten auseinander. Er sieht im intellektuellen Spiel der Meinungen und Ansichten den Versuch, den ganzen Bereich der Freiheiten auszumessen, den die Verfassung einräume, um diese permanent auf die Glaubwürdigkeit ihrer Freiheitsgarantien zu testen. Dadurch gerate die Meinungsbildung in Gefahr, "anarchische Züge anzunehmen, auch infiltrierte Diversionssparolen aufzunehmen". Der Effekt sei, "daß die politische Gemeinschaft, der Staat, das Vaterland in einem Zustand des Diskreditiertseins gehalten wird".<sup>333</sup>

Hier wird ein Bedrohungsszenario der Demokratie gezeichnet, das in seiner Schärfe zunächst verwundert. Die Ursachen könnten in den ersten Anfängen der studentischen Protestbewegung liegen, die sich gegen den seit 1965 eskalierenden Vietnamkrieg formierte. Ebenso wie in den USA empörte sich auch in Europa und Deutschland insbesondere die studentische Jugend über die grausame Kriegsführung der USA im Namen der Verteidigung der Freiheit. In Berlin hatte es im Februar 1966 eine studentische Demonstration gegeben, in deren Verlauf das Amerikahaus mit Eiern beworfen und die amerikanische Flagge herunter geholt worden war. Der im Mai stattfindende SDS-Kongress<sup>334</sup> "Vietnam - Analyse eines Exempels" verurteilte die amerikanische Politik scharf und bezeichnete den Krieg als nationalen und sozialen Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes.<sup>335</sup> Die sich formierende linke Protestbewegung könnte die Erinnerung an das Scheitern der Weimarer Demokratie wachgerufen haben, so daß sich der Redner aufgefordert fühlte, auf diese Gefahr aufmerksam zu machen. Die Warnung vor *anarchischen Zügen* und *infiltrierten Diversionssparolen* legt außerdem die Interpretation nahe, daß der Redner einen zunehmenden Einfluß der DDR auf die öffentliche Meinung in Westdeutschland befürchtete, denn der Terminus *Diversion* für Störung der öffentlichen Ordnung und Sabotage gehört zum klassischen marxistischen Vokabular.<sup>336</sup> In einem von der *kommunistischen Bedrohung* unabhängigen Kontext würde er deshalb wohl nicht verwandt werden.

Weber konstatiert in seinen Ausführungen weitere Gefahren für die Freiheit, die aus dem Wohlstandsdenken erwachsen: Jede Bevölkerung - Weber spricht von *Volk* -, welche

---

<sup>333</sup>Weber, 1966, S. 640.

<sup>334</sup>Der SDS ist der, der SPD nahe stehende, Sozialistische deutsche Studentenbund.

<sup>335</sup>Kleßmann, Zwei Staaten, eine Nation, S. 267f.

<sup>336</sup>In den Moskauer Schauprozessen, in denen von 1936-38 die wahre und vermeintliche Opposition in der KPdSU gegen Stalin verurteilt wurde, wie auch in allen anderen Verhören und Prozessen in den Jahren des großen Terrors in der Sowjetunion, ist *Diversionstätigkeit* ein standardisierter Anklagepunkt. Vgl. Conquest, Der große Terror, München 1992.

sich und seine Freiheit in der Welt behaupten wolle, sei der Verpflichtung elementarer politischer Tugenden unterworfen und müsse der politischen Freiheit das Primat einräumen. Der Gebrauch der individuellen Freiheiten dürfe nicht in "Wohlstandsbeflissenheit, materielle Satttheit, egozentrische Selbstzufriedenheit und Selbstgefälligkeit und [in] verantwortungslose Anarchie entarten[!]", sondern müsse, um des Gedeihens der Gemeinschaft willen, in einer "zuchtvollen Staatsordnung" gehegt werden. Infolgedessen könne von jedermann Beharrlichkeit in den großen übergeordneten Zielen und Bereitschaft zur Entsagung erwartet werden.<sup>337</sup>

In diesem Kontext verweist er auch auf die Außenwirkung des westdeutschen Freiheitsgebrauchs, der vom "Standpunkt der Deutschen in der Zone aus" oft als fremdartig erscheinen müsse, wenn gesehen werde, wie die Westdeutschen, "die doch glücklich zu sein allen Grund hätten, jenen Gebrauch gern unbekümmert handhaben und ihrer Kritikfreudigkeit so Lauf lassen, als ob die Verantwortungsbindung in der Gemeinschaft und gegenüber dem nationalen Staatswesen nicht allzu ernst zu nehmen sei."<sup>338</sup>

Das Gegenteil ist der Fall. Nur interessierte Bürger, die den Staat ernst nehmen und ihm nicht gleichgültig gegenüberstehen, üben an ihm Kritik: nicht um ihn zu destabilisieren, sondern ihn zu verbessern. Webers Argumentationsfigur über Gefährdung des Gemeinwohls, die von der Überbewertung materiellen Wohlstands ausgehen könne, zeigt eine antilibérale Tendenz, in der nicht das Individuum im Vordergrund steht, sondern die Verpflichtung gegenüber der Gemeinschaft. Dieses Konstrukt findet sich zuvor wiederholt in den Gedenkreden, in der Regel in Verbindung mit dem Aufruf, die Deutschen in der DDR nicht zu vergessen, die Freiheit und Wohlstand entbehrten. So fordert Bundespräsident Lübke 1962: "Die Bereitschaft für die Einheit und Freiheit unseres Volkes jedes Opfer zu bringen [muß] stets wach bleiben. Sonst müßten wir eines Tages mit Scham erkennen, daß wir dem Phantom des Wohlstandes nachgelaufen sind und darüber die wirklichen Lebenswerte verloren gingen."<sup>339</sup>

Im selben Jahr diagnostiziert Thielicke eine "Krise unseres westlichen Freiheitsbewußtseins", dessen Ursache sei es, daß Freiheit ein häufig leeres Ideal geworden sei, weil "wir nicht mehr wissen, was wir werden sollen, wofür wir da sind und was unsere Bestimmung ist."<sup>340</sup> Daraus entwickelt der Redner die Frage, ob Freiheit überhaupt noch eine zündende Idee sein könne, wenn die junge Generation auf Schritt und Tritt bemerke, daß diese weithin verstanden werde als die Möglichkeit, sich einen bestimmten

---

<sup>337</sup>Weber, 1966, S. 654.

<sup>338</sup>Weber, 1966, S. 654.

<sup>339</sup>Lübke, 1962, S. 960.

<sup>340</sup>Thielicke, 1962, S. 962.



Lebensstandard leisten und nach Belieben konsumieren zu können. Neben der Freiheit des Konsums wird die Ausnutzung der Pressefreiheit attackiert, die sich in der Veröffentlichung von "Schlafzimmergeschichten" ergehe und dabei ignoriere, daß sie dadurch Schlimmeres als moralische Anstößigkeiten zum Zuge kommen lasse, nämlich den Glauben an eine Freiheit zu zersetzen, die doch auf dem Panier des Westens stehen sollte. Wer der Jugend vorwerfe, sie könne sich nicht für unsere Freiheitsideale begeistern, der solle sich zunächst selbst fragen, ob er nicht ein miserabler Anwalt dieser Freiheit sei und ob er nicht vor denen in Scham vergehen müßte, "die unter Lebensgefahr, durch Abwasserkanäle und über Drahtverhaue hinweg die Welt einer Freiheit suchen, die in unseren Händen zu verfaulen droht".<sup>341</sup>

Thielicke übt Kritik an der Resignation, die nach dem Mauerbau in der Wiedervereinigungsfrage entstanden sei. Er wirft den Bundesbürgern vor, sich zufrieden in ihrem wachsenden Wohlstand einzurichten und darüber ihre Verpflichtungen gegenüber den Deutschen in der DDR zu vergessen. Denn falls Freiheit nur noch ein Freibrief für Laune und Entfaltung von Egoismus sei, dann degeneriere sie zu "bindungsloser Liberalität und erhebt uns nicht mehr, sondern stürzt uns in Chaos."<sup>342</sup>

Seidel thematisiert als einziger Redner die Schwierigkeiten, die dem Freiheitsdiskurs nach 1945 anhafteten. Er reflektiert die generelle Generationsproblematik derer, die in verschiedenen Systemen mit unterschiedlichen Freiheitsbegriffen gelebt haben, und aufgrund dessen in Zweifel zögen, ob Freiheit tatsächlich zu den höchsten Werten gehöre, die man verteidigen müsse.<sup>343</sup> Diese Frage sei anzuerkennen, doch dürften individuelle Zweifel nicht Grundlage politischer Entschlüsse sein. Der Verzicht auf die eigene Freiheit sei zwar das Vorrecht des einzelnen Individuums, aber nur solange keine Verantwortung für eine Gemeinschaft bestehe. Zur Erläuterung dieses Grundsatzes führt Seidel das Beispiel des Familienvaters an, der "vor die Aufgabe der Verteidigung seiner Liebsten gestellt wird" und diese selbstverständlich annimmt. Was im kleinen gelte, sei erst recht für Regierungen verpflichtend, deshalb dürfe die Bundesrepublik keine Politik zulassen, die der Freiheit innerhalb der DDR abträglich sei und gleichzeitig bedürfe es der Verteidigung der eigenen Freiheit "mit allen Kräften des Verstandes und des Gefühls".<sup>344</sup>

---

<sup>341</sup>Thielicke, 1962, S. 962.

<sup>342</sup>Thielicke, 1962, S. 964.

<sup>343</sup>"Es konnte nicht ausbleiben, daß eine deutsche Generation, die zwei Weltkriege - wie sie glaubte: um die Freiheit - verlor, die alle Phasen und Spielarten der möglichen Freiheiten ausgekostet und durchlitten hatte (die individuelle Freiheit der Liberalen, die staatsbürgerliche der Demokraten und die kollektive zweier totaler Sozialismen), daß diese Generation, enttäuscht, erschüttert und angefochten, in die Knie sank und die gequälte Gewissensfrage stammelte, ob die Freiheit noch zu jenen höchsten Werten gehöre, die man, ohne sich zu besinnen, und mit allen Mitteln verteidigen dürfe und müsse." Seidel, 1958, S. 1096.

<sup>344</sup>Seidel, 1958, S.1097.

Abgesehen davon, daß in diesem *Vaterbild* die inzwischen anachronistische und an den Untertanenstaat des Absolutismus erinnernde Vorstellung von den Bürgern als den *Kindern* der Regierung mitschwingt, werden konkrete Forderungen an die Politiker vermißt, die erkennen ließen, mit welcher Politik sie denn ihre *Vaterrolle* richtig ausfüllten. Ebenso finden sich statt einer klaren Aussage, wie denn die höchsten Werte praktisch und konkret zu verteidigen seien, nur Kritik und Vorwürfe an der angeblichen Gleichgültigkeit der Bevölkerung gegenüber ihrer Freiheit.

Seidel führt weiter aus, der 17. Juni sei die Freiheitsbewegung jener Unglücklichen gewesen, die der Freiheit entwöhnt seien. Synchron sei er eine Mahnung für jene, die durch Gewöhnung und naiven Genuß ihre eigene Freiheit für selbstverständlich hielten. Die westliche Freiheit sei vor allem von innen heraus gefährdet, weil der Anschluß an die große abendländische Tradition verloren zu gehen drohe.<sup>345</sup>

Bewußt oder unbewußt argumentiert der Redner hier analog zu Hobbes' Begriff des Naturzustandes, des *homo homini lupus*, der nur durch einen starken Staat gebändigt werden könne.<sup>346</sup> Bereits 1956 hatte Gerstenmaier mit diesem Muster gemahnt, daß sich nicht wenige diese Freiheit so selbstverständlich und billig werden ließen, daß die Freiheit ihrer eigenen Person, ihrer Gruppe, ihres Verbandes, ihrer Interessenverfechtung, die schuldige Achtung vor der Freiheit der ganzen Nation und dem ganzen deutschen Vaterlande abhanden zu kommen drohe. Ohne die Freiheit des Vaterlandes und dem Respekt davor, stünde aber die Freiheit des einzelnen und seines Kreises auf tönernen Füßen. Dieser Respekt müsse sich in der Bereitschaft ausdrücken, vertretbare Opfer zu bringen. Der demokratische, der freiheitliche Rechtsstaat werde ruiniert, wenn er zur "Wildbahn der Interessenkämpfe" oder zum "haltlosen Gefälligkeitsstaat" erniedrigt werde.<sup>347</sup>

Die wiederkehrende Warnung vor einem falsch verstandenen Freiheitsbewußtsein legt nahe, daß das westlich-liberale Verständnis des Begriffs immer noch distanziert beurteilt wird. Das Konstrukt der Freiheit der *Volksgemeinschaft* wird nicht explizit eingefordert, doch ist es immanent enthalten. Aus diesen Ausführungen läßt sich kein spezifisches demokratisches oder antidemokratisches Verständnis ableiten. Es lädt zur Interpretation ein.

Auf die nationalpolitischen Implikationen der Rede des Staatsrechtlers Peters ist bereits in Kapitel 4.1 eingegangen worden. Seine Ausführungen zu Demokratie und Freiheit werden innerhalb dieses Kapitels noch einmal gesondert betrachtet. Vor dem Hintergrund dessen, was Peters über bundesdeutsches Staatsbewußtsein gesagt hat, ist seine Betonung

---

<sup>345</sup>Ebd., S. 1093.

<sup>346</sup>Prägnant bei Lenk/Franke, *Theorie der Politik. Eine Einführung*,<sup>2</sup>Frankfurt/Main und New York 1991.

<sup>347</sup>Gerstenmaier, 1956, S. 1079.

der Integrationsrolle von Demokratie naheliegend. Diese könne sie nur spielen, wenn ihre ethische Grundlage stärker im Bewußtsein verankert werde. Es sei überraschend, daß weder in der öffentlichen Meinung, noch im Unterricht über die Ethik der Demokratie gesprochen werde, dabei könne nur eine "sittlich untermauerte Demokratie (...) auf die Dauer Bestand haben".<sup>348</sup> Das Verantwortungsbewußtsein des einzelnen Bürgers für die Allgemeinheit müsse deshalb betont und Toleranz als eine der demokratischen Grundtugenden hervorgehoben werden. Dies beinhalte, daß niemand Freiheiten, insbesondere Freiheit der Entscheidung für sich beanspruchen dürfe, die er nicht auch seinen Mitbürgern vorbehaltlos zugestehe. Im Hinblick auf die Freiheit sei weiter die Tugend des Maßhaltens von entscheidender Bedeutung, "denn die schier unbegrenzte Freiheit kann durch Maßlosigkeit der Kritik oder des Mißbrauchs der einzelnen Freiheiten letztlich die Freiheit selbst und damit den Staat zerstören".<sup>349</sup> Die Anerkennung dieser Grundsätze fuße nicht nur auf der christlichen Morallehre, sondern auch auf rationalen Überlegungen und sei daher zweifach fundiert. In dieser Rede wird stärker als in allen Jahren zuvor die Verantwortung des Individuum für den Staat betont und eine republikanisches Fundament für Staatsverständnis geschaffen.

Einheit und Freiheit sind analog zur Präambel des Grundgesetzes das Doppelgestirn, welches die Zukunftsperspektive der Gedenkreden bildet. Auffällig ist, daß diese Paarformel nicht mit Metaphern umschrieben wird. Wird die Einheit Deutschlands separat betrachtet, wird sie, wie in Kapitel 4.1.2 dargelegt, mit tradierten organologischen Bildern beschrieben. Das Abstraktum Freiheit habe zwar eine begleitende Metaphorik entwickelt, die aus dem erotischen, dem religiösen und dem naturalen Metaphernschatz stamme,<sup>350</sup> gleichwohl wird sie in den Reden nicht verwendet. In ihnen wird nur die Ambivalenz der individuellen und kollektiven Verwendung des Freiheitsbegriffs reflektiert, dabei wird auf die emotionale Kraft von Metaphern verzichtet. Insgesamt deuten die verwendete Sprache und der unscharf gehaltene Freiheitsbegriff darauf hin, daß die Redner - bis auf die genannten Ausnahmen - in ihrem politischen Bewußtsein offensichtlich noch keine vollständige Transformation zum westlich-liberalen Begriff vollzogen haben, da sich mit diesem Elemente des kulturell-kollektiven Freiheitsverständnisses verweben.

---

<sup>348</sup>Peters, 1963, S. 926.

<sup>349</sup>Ebd.

<sup>350</sup>Conze u.a. Freiheit, in: Brunner/Conze/Koselleck (Hg.), Geschichtliche Grundbegriffe, Bd. 2, S. 493.

## 4.4 Antikommunismus als Gegen- und Integrationsideologie

Die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus spielt in den Gedenkreden zum Tag der deutschen Einheit eine herausragende Rolle, schließlich wird das Gesellschaftssystem im anderen deutschen Staat als mittelbare Ursache des Feiertages angesehen.

Bevor der Umgang mit dem ideologischen Gegner dargelegt und analysiert wird, muß auf den zeitgenössischen, wissenschaftlichen Totalitarismuskurs eingegangen werden, um darstellen zu können, wie sich dieser von dem der Reden unterscheidet.

### 4.4.1 Totalitarismustheorien

Der Begriff wird in den zwanziger Jahren in Italien als politischer Kampfbegriff geprägt, und wird auch in der Weimarer Republik zur Bezeichnung der antiparlamentarischen Kräfte der Rechten und der Linken benutzt. Auffällig ist die Gleichsetzung der die Demokratie ablehnenden Ideologien. So wird der Kommunismus als "Linksfaschismus" und der Faschismus als "Rechtsbolschewismus" bezeichnet, beide seien nur zwei Seiten derselben antidemokratischen Medaille. Aus dem politischen Kampfbegriff wird noch in den dreißiger Jahren eine politikwissenschaftliche Theorie, die im Zuge der Allianz mit der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg zunächst aus der Diskussion verschwindet, im Kalten Krieg jedoch wiederbelebt wird.<sup>351</sup> Neben geistesgeschichtlich orientierten Versuchen das moderne Phänomen aus älteren Erscheinungen abzuleiten, wie aus der mittelalterlichen Gnosis, dem Machiavellismus oder der französischen Revolution,<sup>352</sup> sind zwei "klassische" Totalitarismustheorien zu unterscheiden:

Das idealtypisch statische Modell der amerikanischen Politikwissenschaftler Carl Joachim Friedrich und Zbigniew Brzezinski von 1956 bezeichnet die totalitäre Diktatur als "eine mit gewissen Zügen der heutigen Industriegesellschaft verknüpfte Entwicklungsform der politischen Ordnung"<sup>353</sup> die folgende Merkmale voraussetzt:

1. eine gegen eine feindliche Rasse oder Klasse gerichtete Ideologie, die einen Endzustand der Menschheit, ein Paradies auf Erden proklamiert, der eine radikale Verwerfung der bestehenden Gesellschaft mitbeinhaltet,
2. ein die "Feinde" der Ideologie bedrohendes Terrorsystem,
3. ein monolithisch-geschlossenes Einparteiensystem mit allmächtigem Führer an der Spitze,
4. eine vollkommen staatlich kontrollierte Wirtschaft ("Befehlswirtschaft"),
5. ein Nachrichten- und Waffenmonopol des Staates.<sup>354</sup>

<sup>351</sup> Wippermann, Totalitarismus/Totalitarismustheorie in: Nohlen (Hg.), Wörterbuch Staat und Politik, S. 784-86, S. 784.

<sup>352</sup> Ebd., S. 785.

<sup>353</sup> Friedrich, Totalitäre Diktatur, Stuttgart 1957, S. 13.

<sup>354</sup> Ebd., S.17f.

Hannah Arendts Totalitarismustheorie unterscheidet sich grundsätzlich von den anderen Modellen gleichen Namens, da der Begriff enger gefaßt wird und ihr Modell historisch beschreibend ist. In Arendts Vorstellung ist Totalitarismus eine Herrschaftsform, die auf eine permanente Bewegung mittels permanentem Terror angewiesen ist, einer Form der Gewaltanwendung, die nicht, wie in bisher bekannten Despotien und Tyrannen, Mittel zum Zweck sei, sondern in sich selbst Genüge finde. Der Terror dient bei ihr ausschließlich der Herrschaftssicherung und entziehe sich allen rationalisierbaren sozialen und ökonomischen Kriterien.<sup>355</sup>

Voraussetzung für den totalitären Staat sei eine nach Weltherrschaft strebende totalitäre Bewegung, die den in einer zerfallenden, atomisierten Gesellschaft (welche durch den Zusammenbruch der Klassengesellschaft entstehe) gestrandeten Individuen, neuen Halt und Lebensinn zu geben vermag. Totalitäre Bewegungen benötigten ihre jeweilige Ideologie (Rassentheorie, bzw. klassenlose Gesellschaft) nicht wegen ihres utilitarischen Inhalts, sondern der allen Ideologien eigentümlichen Form der unfehlbaren, allwissenden Voraussage.<sup>356</sup>

Hat die totalitäre Bewegung die Macht in einem Lande erlangt, laufe sie Gefahr sich zu stabilisieren, alltäglich zu werden und sich damit selbst zu vernichten. Die Folge sei, daß der totalitäre Machthaber mit allen Mitteln die Bedingungen des Zerfalls, unter denen die Bewegung an die Macht gekommen sei, aufrecht erhalten müsse, um eine Neuordnung in Stabilität und Normalität zu verhindern. Das Mittel hierzu sei der permanente Terror, der mit der Ausschaltung der tatsächlichen Opposition nicht sein Ende, sondern seinen Anfang nehme.<sup>357</sup>

Die ideologisch definierten Gegner würden aus den natürlichen oder historischen Ablaufgesetzen, deren Exekutor der totalitäre Machthaber zu sein vorgibt, objektiv errechnet und seien somit objektive, nicht subjektive Feinde.<sup>358</sup>

Die Staatsform eines totalitären Systems sei nicht monolithisch, sondern strukturlos, denn eine Bewegung könne nur Richtung, nicht jedoch Struktur haben. Das Führerprinzip etabliere im Herrschaftsapparat ebensowenig eine Hierarchie, wie in der Bewegung, denn Hierarchie brauche Autorität und das Prinzip der Autorität sei dem totalitären diametral entgegengesetzt. Autorität diene dazu, die Freiheit einzuengen und zu beschneiden, aber

---

<sup>355</sup> Arendt, Elemente totaler Herrschaft, Frankfurt/Main 1958, S. 106.

<sup>356</sup> Ebd., S. 115.

<sup>357</sup> Ebd., S. 166ff.

<sup>358</sup> Ebd., S. 210f.

niemals ganz abzuschaffen, während es bei der totalen Herrschaft darum gehe, die Freiheit und die Spontaneität des menschlichen Individuums zu eliminieren.<sup>359</sup>

Totale Herrschaft zerstöre einerseits alle Sinnzusammenhänge, mit denen der Mensch normalerweise rechne und handele, errichte aber andererseits eine Art Suprasinn, durch den in absoluter Stimmigkeit jede, auch die absurdeste Handlung und Institution ihren Sinn empfangen. Über der Sinnlosigkeit der totalitären Gesellschaft thronen der Suprasinn der Ideologie, die behauptet den Schlüssel zur Geschichte oder die Lösung aller Rätsel gefunden zu haben.<sup>360</sup>

Aufgrund dieser engen Definition sind nach Arendt nur die Diktatur des Nationalsozialismus ab 1938 und die Diktatur des Bolschewismus von 1930 bis zu Stalins Tod als totalitäre Systeme zu bezeichnen.<sup>361</sup>

#### **4.4.2 Die antikommunistische Rhetorik der Gedenkreden**

Die Totalitarismusthese, welche beide Systeme als zwei Seiten derselben Medaille betrachtet, wird benutzt, um von den Verbrechen des Nationalsozialismus abzulenken. Zwar wird von Schuld und Schande gesprochen, doch werden die Deutschen als Opfer dargestellt, deren Patriotismus mißbraucht und die von Hitler verführt worden seien. Nun da der Albtraum vorbei sei, müsse man sich gerade in der Bundesrepublik um so kritischer mit dem Kommunismus befassen. Dies geschieht in viel markigeren Worten, als die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, die sich - wie gezeigt wurde - auf die Betonung des Mißbrauchs des deutschen Volkes durch die nationalsozialistische Ideologie beschränkt. Die Wortwahl zur Beschreibung des Kommunismus ist häufig rassistisch, ob bewußt oder unbewußt muß offen bleiben. Sätze wie der folgende erinnern an die Sprache der Ära, die man weit hinter sich gelassen zu haben proklamiert: "Von Dschingis-Khan bis Lenin gilt im gesamten Osten der unwandelbare Grundsatz, daß man frontal erst dann stürmt, wenn die belagerte Festung durch ein Hinterpförtchen schon offen und durch ein trojanisches Pferd schon aufgebrochen ist. Erst dann wird die Maske fallen gelassen, und alles, was man bisher als 'Freiheit' pries wird sofort und ohne jedes Bedenken preisgegeben".<sup>362</sup>

In dieser Konstruktion wird mit der Kontinuität von Dschingis-Khan bis Lenin unterstellt, daß es die Mentalität des Ostens sei eine Festung zwar offen zu belagern, aber nur durch Verrat einzunehmen - Hinterpförtchen werden von innen geöffnet - oder durch

---

<sup>359</sup> Ebd., S. 185.

<sup>360</sup> Arendt, Elemente totaler Herrschaft, S. 251.

<sup>361</sup> Ebd., S. 202.

<sup>362</sup> Seidel, 1958, S. 1094.

Täuschung (Trojanisches Pferd). Wer der Verräter sei bleibt ungesagt, wie auch nicht geklärt wird, was unter "dem gesamten Osten" zu subsumieren ist. Es ist davon auszugehen, daß damit auch die Volksrepublik China gemeint ist, die als neue Bedrohung am Horizont erscheint und die auch mit der Bezeichnung "die Horden des neuen Dschingis-Khan"<sup>363</sup> belegt wird.

Um diese Tradition einzuordnen, werden Hitlerpostulate vergleichend herangezogen, um Kongruenzen offenzulegen. Die "Regenten des heutigen Rußland" sind "blutbefleckte gemeine Verbrecher". Die "Machthaber" gehören einem Volk an "das in seltener Mischung bestialische Grausamkeit mit unfaßlicher Lügenkunst verbindet" und "glaubt seine blutige Unterdrückung der ganzen Welt aufbürden zu müssen".<sup>364</sup> Dieser Vergleich macht Kontinuitäten sichtbar, besonders wenn die Sowjetunion zusätzlich von der europäischen Kultur exkludiert und verächtlich als "asiatisches Rußland"<sup>365</sup> bezeichnet wird, dessen moralischen Kriterien andere seien "als die der zivilisierten Nationen unseres Kulturbereiches".<sup>366</sup> Damit geht von der Sowjetunion nicht nur eine Bedrohung der westlichen Gesellschaftsordnung, sondern auch deren Kultur und Zivilisation aus. Vor dem Expansionsstreben des "Weltkommunismus" wird in apokalyptischen Bildern gewarnt. Der dialektische Materialismus, dem von Böhm immerhin zugestanden wird, ursprünglich eine Weltanschauung gewesen zu sein, die unterdrückten Menschen Hoffnung gegeben habe, werde nun von einem "Interessenklub scheinsozialistischer Renaissance- und Gewaltpolitiker dazu mißbraucht, die Welt unter ihre Stiefel zu treten".<sup>367</sup> Die kommunistischen Staaten verbündeten sich "gerüstet mit allem Komfort neuzeitlicher terroristischer Technik, mit den Überbleibseln des Mittelalters,<sup>368</sup> um Arm in Arm mit diesen bedauernswerten zwangsmodernisierten Opfern bolschewistischer Fürsorgeerziehung die freien, antikommunistischen Industrievölker mit Wasserstoffbomben zu vertilgen."<sup>369</sup> Dieses apokalyptische Gefahrenszenario zeichnet ein Feindbild, das die behauptete Bedrohung durch den Kommunismus übermäßig aufbauscht und Furcht schürt.

Schildt ist deshalb zuzustimmen, daß die antikommunistischen Phrasen und Versatzstücke an die Propaganda der dreißiger Jahre erinnern.<sup>370</sup> Hierbei ist allerdings explizit zu unterstreichen, daß die aufgezeigte sprachliche Nähe nicht mit politischem

---

<sup>363</sup> Strauß, 1960, S. 1101.

<sup>364</sup> Ebd., S. 750.

<sup>365</sup> Strauß, 1960, S. 1101.

<sup>366</sup> Strauß, 1960, S. 1101.

<sup>367</sup> Böhm, 1954, S. 996.

<sup>368</sup> Mit den "Überbleibseln des Mittelalters" meint der Redner die Entwicklungsländer, die für sozialistische Ideologien anfällig seien, Böhm, 1954, S. 996.

<sup>369</sup> Ebd., S. 997.

<sup>370</sup> Schildt, Ende der Ideologien? Politisch-ideologische Strömungen in den 50er Jahren, in: Schildt/Sywottek (Hg.), Modernisierung im Wiederaufbau, S. 627-35, S. 630.

Handeln gleichzusetzen ist. Es ist zu betonen, daß den Rednern nicht unterstellt wird, sie propagierten eine Fortsetzung nationalsozialistischer Politik. Trotzdem läßt sich eine Kontinuität konstatieren, die besagt, daß man zumindest in dieser Frage *schon immer* auf der richtigen Seite gestanden habe.<sup>371</sup>

Bei den für die DDR verwendeten Begriffen muß man zwischen denen für das Staatsgebiet und denen für die Regierung unterscheiden. Ersteres wird in der Regel "Mitteldeutschland",<sup>372</sup> "Sowjetische Besatzungszone"<sup>373</sup> oder einfach nur "Zone"<sup>374</sup> genannt, seltener mit pejorativem Beiklang die "sogenannte Deutsche Demokratische Republik".<sup>375</sup>

Die Regierung der DDR wird mit einer Vielzahl von Bezeichnungen belegt, wobei sich der Großteil aus den Bausteinen "Regime",<sup>376</sup> "Machthaber",<sup>377</sup> "Sowjetzone"<sup>378</sup> und "Pankow"<sup>379</sup> zusammensetzt. In fast blumigen Umschreibungen ist die Rede von der "ostdeutschen, rußlandhörigen Trabantenregierung",<sup>380</sup> "dem asozialen Fronvogtstaat"<sup>381</sup> und "der Zwangsherrschaft eines totalitären Staatswesens".<sup>382</sup>

Durch die Verwendung der Begriffe Machthaber und Regime wird der Unrechtsstatus betont und folgerichtig die Nichtanerkennung der Regierung der DDR unterstrichen, die mit ihrer mangelnden demokratischen Legitimation begründet wird.<sup>383</sup> Die Bezeichnung Pankow muß als abwertend betrachtet werden, denn indem nur der Stadtteil Berlins genannt wird, in dem sich die Regierung der DDR befindet, soll offensichtlich vermieden werden, den Namen

---

<sup>371</sup>Schildt, Ende der Ideologien? Politisch-ideologische Strömungen in den 50er Jahren, in: Schildt/Sywottek (Hg.), Modernisierung im Wiederaufbau, S. 627-35, S. 630.

<sup>372</sup>Blücher, 1955, S. 916; Gerstenmaier 1956, S. 1078; Seidel 1958, S. 1095; Conze, 1959, S. 1075; Mann, 1960, S. 1098; Erhard, 1964, S. 877; Schieder, 1964, S. 895; Lübke, 1964, S. 894; Mende, 1965, S. 837, Erhard, 1966, S. 637.

<sup>373</sup>Böhm, 1954, S. 996; Blücher, 1955, S. 916; Gerstenmaier, 1956, S. 1080; Litt, 1957, S. 1007; Adenauer 1958, S. 1093; Seidel, 1958, S. 1093; Adenauer, 1963, S. 921; Lübke, 1964, S. 894; Weber, 1966, S. 640.

<sup>374</sup>Litt, 1957, S. 1005; Adenauer, 1960, S. 1061; Erhard, 1960, S. 1093; Wenke, 1961, S. 1065; Lemmer, 1962, S. 965; Lübke, 1962, S. 958; Peters, 1963, S. 922; Gerstenmaier, 1963, S. 927; Lübke, 1964, S. 893; Erhard, 1965, S. 833; Erdmann, 1965, S. 834; Gerstenmaier, 1965, S. 841; Weber, 1966, S. 640.

<sup>375</sup>Gerstenmaier, 1958, S. 1078; Conze, 1959, S. 1075; Lübke, 1962, S. 957; Peters, 1963, S. 922 u. 925; Erhard, 1966, S. 637.

<sup>376</sup>Gerstenmaier, 1956, S. 1078; Adenauer, 1958, S. 1093; Seidel, 1958, S. 1096; Conze, 1959, S. 1075; Lübke, 1962, S. 957; Lemmer, 1962, S. 965; Erhard, 1964, S. 877; Erdmann, 1965, S. 834; Mende, 1965, S. 837; Erhard, 1966, S. 637; Weber, 1966, S. 640.

<sup>377</sup>Ritter, 1955, S. 41; Litt, 1957, S. 1006; Adenauer, 1958, S. 1093; Adenauer, 1958, S. 1093; Seidel, 1958, S. 1096; Strauß, 1960, S. 1101; Wenke, 1961, S. 1065; Lübke, 1962, S. 957; Thielicke, 1962, S. 961; Weber, 1966, S. 653.

<sup>378</sup>Böhm, 1954, S. 995; Litt, 1957, S. 1006; Seidel, 1958, S. 1096; Lübke, 1962, S. 957.

<sup>379</sup>Ritter, 1955, S. 41; Gerstenmaier, 1956, S. 1078, 1080; Conze, 1959, S. 1075; Gerstenmaier, 1963, S. 927; Erhard, 1964, S. 877; Erhard, 1965, S. 833.

<sup>380</sup>Böhm, 1954, S. 995.

<sup>381</sup>Ebd., S. 996.

<sup>382</sup>Ritter, 1955, S. 40.

<sup>383</sup>"Regime: Herrschaft (...) Bei der Differenzierung gegenüber Regierung spezialisiert sich das Wort auf 'nicht anerkannte, undemokratische Regierung'." Kluge, Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache, <sup>23</sup>Berlin 1995.



der alten Reichshauptstadt in einem Atemzug mit dem nicht anerkehbaren Staat<sup>384</sup> zu nennen.

Ähnlich verhält es sich bei den Bezeichnungen für Staat und System der Sowjetunion. Böhm verwendet 1954 nahezu inflationär den Begriff "bolschewistisch",<sup>385</sup> der immer pejorativ und nicht als konkreter Parteienbegriff gebraucht wird. Außer Böhm verwenden nur Conze und Wenke diesen Begriff.<sup>386</sup>

Ebenso wie bei der Benennung der DDR findet die Staatsbezeichnung Sowjetunion bis 1959 keine Verwendung. Statt dessen wird von "den Russen",<sup>387</sup> der "russischen Staatsführung",<sup>388</sup> dem "Weltkommunismus",<sup>389</sup> der "kommunistischen Macht",<sup>390</sup> "Sowjetrußland",<sup>391</sup> und der "totalitären Staatsmacht"<sup>392</sup> gesprochen, um Distanzierung und Ablehnung deutlich zu machen. Diese Termini werden als Synonyme für Gefahr und Bedrohung verwendet. Die subtilen Feinheiten des Sprachgebrauchs, die durch die Benutzung dieser abwertenden Bezeichnungen zum Ausdruck kommen, sollen eine sachliche Wahrnehmung und Meinungsbildung über den ideologischen Gegner verhindern.<sup>393</sup> Ab 1960 wird zunehmend die Selbstbezeichnung der politisch-juristischen Körperschaft "Sowjetunion"<sup>394</sup> benutzt. Gleichzeitig tritt sie in den Reden in den Hintergrund,<sup>395</sup> die Auseinandersetzung verlagert sich auf eine abstrakte Ebene und wird verstärkt mit dem als "menschen- und wirtschaftsfeindlich"<sup>396</sup> bezeichneten "Kommunismus"<sup>397</sup> geführt. Im Hinblick auf die DDR ist keine Veränderung der Wortwahl festzustellen.<sup>398</sup>

---

<sup>384</sup> Auffällig ist, daß gegenwärtig, zehn Jahre nach der Einheit, der vergangene Staat DDR erneut negiert wird. In den Fernsehberichten zum 10. Jahrestag der Einheit wurde durchgängig von der "ehemaligen DDR" gesprochen, wenn es um die vierzig Jahre ihrer Existenz ging. Sprachlich richtig ist in diesem Zusammenhang der Ausdruck "damalige DDR". Durch die Verwendung des Adjektivs "ehemalig" wird hingegen der Eindruck erweckt, als habe es diesen Staat nie wirklich gegeben. Ob dies implizit oder explizit geschieht, muß offen bleiben, zumindest verwundert die Durchgängigkeit dieses sprachlichen Fehlers.

<sup>385</sup> "bolschewistisches Reich", "aggressiver bolschewistischer Terror", "bolsche-wistische Ideologie", "bolschewistischer Mächtetekomplex", "bolschewistischer Machtblock", Böhm, 1955, S. 995-99.

<sup>386</sup> "bolschewistische Propagandasprache", "bolschewistische Zwangsideologie", Conze, 1959, S. 1079; "bolschewistische Herrschaft" "bolschewistische Doktrin", Wenke, 1962, S. 1062

<sup>387</sup> Böhm, 1954, S. 995; Conze 1959, S. 1078.

<sup>388</sup> Blücher, 1955, S. 916.

<sup>389</sup> Gerstenmaier, 1956, S. 1078; Strauß, 1960, S. 1102; Lübke, 1962, S. 958.

<sup>390</sup> Conze, 1959, S. 1080; Wenke, 1961, S. 1065.

<sup>391</sup> Ebd., S. 1076; Adenauer, 1961, S. 1061; Weber, 1966, S. 640.

<sup>392</sup> Gerstenmaier, 1956, S.1078.

<sup>393</sup> Edelman, Politik als Ritual, S. 12.

<sup>394</sup> Lübke, 1960, S. 1095; Adenauer, 1961, S. 1061; Lübke, 1962, S. 957; Adenauer, 1963, S. 921; Peters, 1963, S. 922; Erhard, 1964, S. 878; Lübke, 1964, S. 893; Schieder, 1964, S. 896; Mende, 1965, S. 837.

<sup>395</sup> Mit Ausnahme von Lübke, 1962, befaßt sich keiner der Redner zwischen 1960 und 1966 näher mit der Sowjetunion.

<sup>396</sup> Lübke, 1962, S. 959.

<sup>397</sup> Strauß, 1960, S. 1102; Wenke, 1961, S. 1062f; Lübke, 1962, S. 960; Schieder, 1964, S. 897; Lübke, 1964, S.893; Mende, 1964, S. 880.

<sup>398</sup> "deutsche Helfershelfer Sowjetrußlands", Adenauer, 1961, S. 1061; "ein Regime, das 17 Millionen (...) einkerkert und jeden mit dem Tode bedroht, der diesem Paradies der Arbeiter und Bauern den Rücken

Der Antikommunismus ist weniger eine intellektuelle Auseinandersetzung mit einem System, welches man rational ablehnt, als viel mehr emotionalisierende Propaganda. Die Gesellschaftsordnungen werden plakativ gegeneinander gesetzt, um "die Irrtümer des Kommunismus und die Vorteile der Demokratie herauszustellen"<sup>399</sup> und klare Unterscheidungen zwischen der Fremd- und der Wir-Gruppe zu treffen: "Sie nennen es 'dialektischen Fortschritt', was wir als 'Sklaverei' bezeichnen."<sup>400</sup> Weiter werden die freiheitsliebenden, unterdrückten Deutschen in der DDR dem "politischen Zwangssystem",<sup>401</sup> in dem sie zu leben genötigt sind gegenübergestellt und dabei betont, daß "die notwendige Kritik des politischen Systems, unter dem unsere Landsleute leben" nicht "den Blick für die Wesensart und die Leistungen unseres Volkes trüben oder irritieren"<sup>402</sup> dürfe. Das *deutsche Wesen* ist demnach eine übergeordnete Größe und existiert unabhängig von der Gesellschaftsordnung. In der ideologischen Kontroverse werden hauptsächlich zwei Gruppen von Metaphern verwandt, technische und religiöse.

Die technischen Metaphern dienen dazu dem sozialistischen System vorzuwerfen, es sei Ausdruck der "schauerlichen Perfektion gleichgeschalteter Ordnungen und seelenloser Apparaturen",<sup>403</sup> welche dem Menschen jedwede Individualität und "seine unabdingbaren Rechte" nehme und ihn "zu einem beliebig austauschbaren Rädchen im sozialen Getriebe"<sup>404</sup> herabwürdige. Die These von der "Allmacht einer Staatsmaschine"<sup>405</sup> kann sogar mit marxistischem Vokabular vorgetragen werden, so von Schieder, der ausführt: "Diese menschliche Selbstentfremdung hat nun heute bei den kommunistischen Nachfolgern von Karl Marx ein anderes Gesicht erhalten: sie ist die Form der Entmenschlichung durch den Apparatstaat, durch die Ideologie als einer dem Menschen und der Unabhängigkeit seines Denkens entfremdeten Macht."<sup>406</sup>

Die religiösen Bilder dienen dazu, der "kommunistische Heilslehre des dialektischen Materialismus"<sup>407</sup> den Anspruch von Wissenschaftlichkeit abzusprechen und sie als Glaubenslehre zu entlarven. Die "kommunistischen Schriftgelehrten"<sup>408</sup> seien falsche

---

kehren will", Lübke, 1962, S. 957; "Von Selbstbestimmungsrecht in der SBZ zu sprechen, ist mehr als Blasphemie: Es kommt einer Verhöhnung, einer Besudelung höchster sittlicher Werte gleich.", Erhard, 1964, S. 878; "mit lauender Todesgefahr die eigenen Untertanen wie Gefangene in einem angeblich von ihnen getragenen Staatswesen zusammenzuhalten", Weber, 1966, S. 640; "Sowjetrußland und sein Zonenregime", Weber, 1966, S. 641.

<sup>399</sup> Seidel, 1958, S. 1095.

<sup>400</sup> Ebd.

<sup>401</sup> Conze, 1959, S. 1080; Mende, 1965, S. 837.

<sup>402</sup> Wenke, 1961, S. 1065.

<sup>403</sup> Thielicke, 1962, S. 964.

<sup>404</sup> Lübke, 1960, S. 1094.

<sup>405</sup> Gerstenmaier, 1956, S. 1078.

<sup>406</sup> Schieder, 1964, S. 897.

<sup>407</sup> Litt, 1957, S. 1006.

<sup>408</sup> Ebd.

Propheten, die den westlichen Begriffen von Nation, Sprache und Kultur, ganz anders geartete, pseudoreligiös heroisierte und missionarisch vorgetragene Dogmen entgegenstellten,<sup>409</sup> laut denen der Sieg des Kommunismus mit naturgesetzlicher Notwendigkeit eintreten werde.<sup>410</sup> Vom Standpunkt dieses Dogmas aus müsse derjenige, der sich wie die Demonstranten des 17. Juni diesen religiös verbrämten Naturgesetzen widersetze, Sanktionen als "wohlverdiente Buße" akzeptieren.<sup>411</sup>

Dem historischen und dialektischen Materialismus werden metaphysische Charakteristika zugesprochen, um sie ihres wissenschaftlichen Anspruchs zu entkleiden. Wenn er aber eine *Religion* ist, so steht es eigentlich niemandem zu darüber zu urteilen, denn Glaube muß weder erklärt noch begründet werden, er existiert um seiner selbst willen und ist unwiderlegbar. So es sich um Glauben handelt, dürften eigentlich nur die aus ihm resultierende Politik kritisiert werden, nicht aber der Glaube selbst, es sei denn Religionen werden in gute und schlechte unterteilt. Diese Fragen werden nicht reflektiert, weil es den Rednern nicht um Analyse, sondern um antikommunistische Propaganda geht, die pointiert deutlich wird, wenn der Deutschen gedacht wird, "die für die Freiheit in den Kerker und in den Tod gingen" und nun "mitansehen müssen, wie ein atheistischer Staat ihnen mit Gewalt und Drohung ihre Kinder nimmt, um sie zu Atheisten zu machen".<sup>412</sup> Die Kommunisten sind nicht nur ideologisch verblendet, sondern auch gottlose Kinderräuber, die aus den rattenfängergleich gestohlenen Kindern Vasallen ihrer menschenfeindlichen Weltanschauung formen wolle. Mit solchen Gesinnungstätern kann es keine Verständigung geben.

Ob das Fehlen einer Ideologie im Westen positiv oder negativ zu bewerten sei, wird kontrovers diskutiert. Conze konstatiert die Stärke des Westens gerade darin, daß es eine solche "anlernbare Idee im Sinne einer allgemein gültigen und schlüssigen Weltanschauung oder politischen Religion"<sup>413</sup> nicht gebe. Wenke verweist auf "unsere abendländische Geistes-tradition mit ihren griechischen und christlichen Wurzeln",<sup>414</sup> während Thielicke das Fehlen eines eindeutigen Ideals bedauert. Die Jugend sei voller "Hingabebereitschaft, Begeisterungsfähigkeit und Wille[n] zum Dienen", doch fehle es ihr an Orientierung und Zielen. Zwar sei sie ebenso wie die ältere Generation immun gegen die östlichen Ideologien, doch sei ein geheimer Neid zu spüren gegenüber einem System, das "die Menschen zwar in eine verfluchte, aber immerhin eindeutige Richtung" dränge und "wenigstens ein

---

<sup>409</sup>Seidel, 1958, S. 1095.

<sup>410</sup>Wenke, 1961, S. 1064.

<sup>411</sup>Litt, 1957, S. 1006.

<sup>412</sup>Adenauer, 1959, S. 1065.

<sup>413</sup>Conze, 1959, S. 1079.

<sup>414</sup>Wenke, 1961, S. 1065.

dämonisches Hallelujah singen"<sup>415</sup> ließe. Thielicke vermißt ein solches *Hallelujah* für die Idee der Freiheit, die doch die einzige Aktiv-Legitimation gegenüber dem Osten sei. Es wird versucht, zwei unvereinbare Ansprüche zur Kongruenz zu bringen, indem einerseits ein Staat propagiert wird, der auf rational begründeten demokratischen und egalitären Prinzipien beruht und andererseits der Wunsch nach einer Ideologie geäußert wird, die in der Lage ist, emotionale Bindungen und Glauben auszulösen. Rationale Überzeugung und metaphysischer Glaube schließen einander jedoch aus.

Religiöse Bilder werden auch mit Blick auf die Einheit Deutschlands bemüht. So wird der Eisernen Vorhang der Europa teilt als "widergöttliche Scheidewand"<sup>416</sup> bezeichnet und behauptet ein wiedervereinigtes Deutschland sei "aller Deutschen Gebet",<sup>417</sup> denn diese seien "ein immer noch metaphysisch denkendes, im Grunde immer noch gläubiges Volk".<sup>418</sup>

Die Bezugnahme auf den 17. Juni wird wiederholt durch Wetter- und Lichtmetaphern eingeleitet, die im Gegensatz zu den nicht wahrnehmbaren Vorgängen in der DDR stehen. So durchbrach "eine lodernde Flamme den über Mitteleuropa lastenden Dunstschleier",<sup>419</sup> "der Nebel, der alle Vorgänge da drüben verhüllt, [ist] für einen Augenblick durch einen Sturm beiseite gefegt worden",<sup>420</sup> ja es "schien der lichte Frühling in der Sowjetzone anzubrechen"<sup>421</sup> nachdem seit 1945 "über dem Land jenseits der Elbe ein undurchdringlicher Dunstschleier"<sup>422</sup> gelegen habe. Abgesehen davon, daß die Metapher "lodernde Flamme" erneut an nationalsozialistische Reinigungsfeuer und die davon nicht zu trennenden "lodernden" Feuer der Bücherverbrennungen erinnern, haben die Bilder der "verhüllenden Dunstschleier" und dem "lichten Frühling" sagen- und märchenhaften Charakter, die ihrem avisierten Ziel - der Überhöhung des 17. Juni - diametral entgegenwirken, denn Märchen und Sagen sind nicht real.

In den Reden findet weiter eine Verknüpfung des 17. Juni 1953 mit dem 20. Juli 1944 statt. Beide Ereignisse werden benutzt, um eine durch die Totalitarismustheorie abgedeckelte Gleichsetzung von Nationalsozialismus und Kommunismus zu verdeutlichen. Beide seien gescheiterte Aufstände des Gewissens gegen die Diktatur gewesen, in denen das Verlangen nach Recht und Freiheit zum Ausdruck gekommen sei.<sup>423</sup> Weder die unterschiedlichen Ursachen und Zielsetzungen noch die handelnden Akteure werden beleuchtet. In grober

---

<sup>415</sup>Thielicke, 1962, S. 962.

<sup>416</sup>Gerstenmaier, 1956, S. 1080.

<sup>417</sup>Erhard, 1960, S. 1097.

<sup>418</sup>Seidel, 1958, S. 1096.

<sup>419</sup>Ebd., S. 1093.

<sup>420</sup>Mann, 1960, S. 1098.

<sup>421</sup>Böhm, 1954, S. 994.

<sup>422</sup>Seidel, 1958, S. 1093.

<sup>423</sup>Ritter, 1955, S. 39; Gerstenmaier, 1956, S. 1080; Mann, 1960, S. 1099; Strauß, 1960, S. 1101; Schieder, 1964, S. 898; Gerstenmaier, 1965, S. 841; Mende, 1965, S. 837; Erdmann, 1965, S.836.

Vereinfachung bringt Verteidigungsminister Strauß den Vergleich auf den Punkt: "Hier der Aufstand gegen die braune Diktatur, dort der Aufstand gegen die rote Diktatur. Hier wie dort das tragische Scheitern vor den Augen der Widerstandskämpfer. Hier wie dort der Wunsch nach Freiheit und Recht. Hier wie dort wird der Aufstand in Blut und Kerker erstickt. Beide Aufstände stehen als Marksteine der deutschen Geschichte."<sup>424</sup> Der Widerstand ist damit eine positive Kontinuität gegen Diktaturen und dient als Identifikation mit der deutschen Nation. Wolfrum sieht in der Parallelisierung der beiden Daten eine "nationale Entlastungsideologie", die sich aus zwei Quellen speise: Erstens würden beide Aufstände als Beweise für die antitotalitäre und freiheitsliebende Grundhaltung aller Deutschen interpretiert und zweitens werde der 17. Juni "zur Sühneleistung für die eigenen Kollektivverbrechen während des Dritten Reiches" erhoben.<sup>425</sup>

Das politische Zeitgeschehen wird in den Gedenkreden zum 17. Juni nur am Rande thematisiert und in wenigen Worten abgehandelt. So werden Chruschtschows Berlin-Ultimeaten zwischen 1958 und 1962 nur einmal erwähnt und zwar im Zusammenhang mit den allzeit kritisierten "Fahrten ins Grüne", die den Feiertag vergifteten "falls nicht gerade ein neues Chruschtschow-Ultimatum uns nervös macht".<sup>426</sup> Eine ebenso geringe Rolle spielen die ersten Annäherungen zwischen Bundesrepublik und Deutscher Demokratischer Republik, die 1963 mit dem ersten Passierscheinabkommen für Berlin auf einer praxisorientierten Ebene gemacht werden.<sup>427</sup> Dazu wird 1965 von Bundeskanzler Erhard der abwertende Hinweis gemacht, daß sich die Frage nach der Einheit der Nation nicht in Diskussionen um Verwandtenbesuche oder Passierscheine erschöpfen dürfe.<sup>428</sup> Die damit hergestellte Verbindung zu den eingeschlossenen "Brüdern und Schwestern" wird nun also auf ein privates Erlebnis reduziert, ohne die politische Relevanz des gesamtdeutschen Verwandtschaftskonstrukts.

Der Bau der Berliner Mauer wird von keinem Redner ab 1962<sup>429</sup> unerwähnt gelassen, eignet sie sich doch wie kein anderes als Symbol für das Unrecht der Teilung und als "Mahnmal für den Willen unseres Volkes nach Freiheit".<sup>430</sup> Entsprechend sind die Metaphern, die zu ihrer Beschreibung dienen: Die Mauer wird als "grausam"<sup>431</sup>, "schmach-

---

<sup>424</sup> Strauß, 1960, S. 1101.

<sup>425</sup> Wolfrum, Geschichtspolitik, S. 195.

<sup>426</sup> Thielicke, 1962, S. 961.

<sup>427</sup> Bender, Neue Ostpolitik; S. 131f.

<sup>428</sup> Erhard, 1965, S. 833.

<sup>429</sup> Mende, 1965, S. 880

<sup>430</sup> Lübke, 1962, S. 957; Thielicke, 1962, S. 961; Lemmer, 1962, S. 965; Peters, 1963, S. 922; Erhard, 1964, S. 877; Lübke, 1964, S. 893; Schieder, 1964, S. 895; Erdmann, 1965, S. 834; Mende, 1965, S. 880.

<sup>431</sup> Thielicke, 1962, S. 961.

voll"<sup>432</sup>, ein "Zeichen der Trostlosigkeit"<sup>433</sup>, und als "unübersehbare Dokumentation der Angst, der Schwäche und des Versagens dieser öden Herrschaft"<sup>434</sup> bezeichnet.

Eine ab 1959 wiederholt sowohl von der Sowjetunion als auch der DDR vorgeschlagene Konföderation wird einhellig abgelehnt, diene dieser Vorschlag doch nur der "Vorbereitung der Bolschewisierung ganz Deutschlands",<sup>435</sup> bzw. sei ein "Trojanisches Pferd",<sup>436</sup> welches der DDR Einfluß auf bundesdeutsche Politik geben solle. Hier werden dieselben pejorativen Beschreibungen benutzt, mit denen die Sowjetunion belegt wird. Es wird weiter festgestellt, daß eine Konföderation zweier so wesensverschiedener Teile wie eines demokratischen Rechtsstaats und eines kommunistischen Zwangsstaats ebenso ausgeschlossen sei "wie eine Synthese der beiden Elemente Feuer und Wasser".<sup>437</sup> Eine solche Konföderation werde vom deutschen Volk in seiner Gesamtheit abgelehnt.<sup>438</sup>

Der Begriff *totalitär* wird in den Reden unspezifisch und unreflektiert benutzt und in einen jeweils opportunen Zusammenhang gestellt, wobei das Hauptaugenmerk auf der kommunistischen Ausprägung des Totalitarismus liegt, denn in ausschließlicher Verbindung mit dem Nationalsozialismus taucht der Begriff nur ein einziges Mal auf.<sup>439</sup> Auch ein Vergleich von Nationalsozialismus und Kommunismus ist nur an zwei Stellen zu finden. Es dient mehr der Kritik an Ulbricht denn an Hitler, wenn Gerstenmaier konstatiert: "Ulbricht ist nicht nur der Nutznießer Hitlers, er hat mit ihm auch gemein, daß er nach dem Rezept aller totalitären Staaten immer brutaler und intimer nach den Menschen selbst greift".<sup>440</sup> Hitler und Ulbricht werden in ihren menschenverachtenden Maßnahmen gleichgesetzt, was den historischen Dimensionen beider nicht gerecht wird. Ob eine gleichzeitige Verharmlosung Hitlers und Dämonisierung Ulbrichts intendiert war, muß offen bleiben, doch eine dahingehende Interpretation dieser Aussage ist naheliegend.

Der Historiker Erdmann ist der einzige, der die Gleichsetzung von Kommunismus und Nationalsozialismus kritisch beleuchtet: Bei aller Ähnlichkeit dürften ihre Unterschiede nicht verwischt werden. Mit einem impliziten Verweis auf die wirtschaftlichen Veränderungen in der CSSR fügt er hinzu, daß der ursprünglich humanitäre Impuls des Marxschen Denkansatzes zumindest bei einigen Denkern der kommunistischen Welt noch lebendig sei.<sup>441</sup>

---

<sup>432</sup> Schieder, 1964, S. 895.

<sup>433</sup> Lemmer, 1962, S. 965.

<sup>434</sup> Erhard, 1964, S. 877.

<sup>435</sup> Conze, 1959, S. 1079

<sup>436</sup> Weber, 1966, S. 653.

<sup>437</sup> Mende, 1965, S. 838.

<sup>438</sup> Erhard, 1966, S. 637.

<sup>439</sup> "die vorangehende totalitäre Diktatur des Nationalsozialismus", Peters, 1963, S. 922.

<sup>440</sup> Gerstenmaier, 1963, S. 927.

<sup>441</sup> Erdmann, 1965, S. 834.

Im übrigen wird das Adjektiv totalitär eingeflochten, um einem zunächst nicht ideologisch besetzten Terminus eine negative Konnotation zu verleihen<sup>442</sup> oder um einen ohnehin schon abwertenden Begriff weiter zu verstärken.<sup>443</sup>

Die Erhebung des 17. Juni wird zu einem antikommunistischen Heldenepos eines kämpfenden deutschen Volkes stilisiert: eines *Volksaufstands* der mitteldeutschen Bevölkerung gegen den Kommunismus, für Einheit und Freiheit. Russische Panzer gegen unbewaffnetes deutsches Volk. Die russischen Panzer werden als aggressive, unterdrückende Macht geschildert, die ein kommunistisches System an der Macht hielten, obwohl die Bevölkerung nach dem Modell der Bundesrepublik leben wollte. Es werden die antikommunistischen Vorstellungsmuster abgerufen, die im nationalsozialistischen Deutschland schon ihre Funktion in der Umwandlung eines innergesellschaftlichen Konflikts in außenpolitische Feindbilder bewiesen hatten. Mit einem solchen kommunistischen Regime verbot es sich zu verhandeln, die Wiedervereinigung wird bedingungslos und ohne Zugeständnisse gefordert, als politisch-moralisches Recht auf Selbstbestimmung aller Deutschen, von denen ohnehin schon Millionen aus ihrer angestammten Heimat im Osten vom aufrückenden Bolschewismus vertrieben worden waren. Diese Überlegungen beschreiben den Empfindungs- und Argumentationszusammenhang des westdeutschen Nachkriegsantikommunismus, der am 17. Juni verstärkt zum Ausdruck kommt. Der Kommunismus ist die Folie, auf der entfaltet werden kann, wer die Feinde der Demokratie sind. Die aufgezeigten Metaphern bestätigen die Bildung und Aufrechterhaltung eines stereotypen Feindbildes, in dem die moralischen Werte des *asiatischen* Rußlands nicht mit der von *zivilisierten Nationen* übereinstimmten, da ein "grundsätzlich anderes Denken im Osten"<sup>444</sup> herrsche. Dieses Feindbild inszeniert parallel ein Eigenbild, welches den positiven Gegenentwurf figuriert, in dem zivilisatorische und moralische Werte konstitutiv sind.

Die Freund-Feind-Gruppierung erinnert weiter an die Überlegungen des antiliberalen Theoretikers Carl Schmitt, die Ausgangspunkt seiner Schrift *Der Begriff des Politischen*<sup>445</sup> sind. Für Schmitt ist die Freund-Feind-Theorie Grundbeziehung aller Politik. Dies sei die spezifische Unterscheidung, auf welche sich politische Handlungen und Motive zurückführen ließen.<sup>446</sup> "Der politische Feind (...) ist eben der andere, der Fremde, und es genügt zu seinem Wesen, daß er in einem besonders intensiven Sinne existentiell etwas anderes und

---

<sup>442</sup>"totalitäre Staatsform", Ritter, 1955, S. 44; "totalitäre Staatsmacht", Gerstenmaier, 1956, S. 1078; "totalitäre Regierung", Mann, 1960, S. 1099; "totalitärer Block", Strauß, 1960, S. 1102; die "moralische Unterlegenheit kollektivistischer und totalitärer Systeme", Erhard, 1960, S. 1096; "totalitäre Herrschaft", Lübke, 1964, S. 894.

<sup>443</sup>"totalitäre Revolution des Bolschewismus", Seidel, 1958, S. 1093; "totalitäre Reglementierung aller Lebensbezirke", Erdmann, 1965, S. 835; "totalitäre Gewaltherrschaft", Erhard, 1966, S. 637.

<sup>444</sup>Seidel, 1958, S. 1094.

<sup>445</sup>Schmitt, *Der Begriff des Politischen*, Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corollarien, Berlin 1963.

<sup>446</sup>Ebd., S. 26.

Fremdes ist, so daß im extremen Fall Konflikte mit ihm möglich sind, die weder durch eine im voraus getroffene generelle Normierung, noch durch den Spruch eines 'unbeteiligten' und daher 'unparteiischen' Dritten entschieden werden können."<sup>447</sup> Ein menschlicher Verband könne nur politisch sein, wenn er die Möglichkeit, d.h. die Souveränität habe, den Feind zu bestimmen.<sup>448</sup>

Schmitts Begriff des Politischen ist im wesentlichen bestimmt durch die Möglichkeit eines menschlichen Verbandes, die Entscheidung zum Krieg zu treffen. Politisch konstituiert er sich daher über den Begriff der Einheit. Nur wenn diese Bedingung vorhanden ist agieren Menschen politisch.<sup>449</sup> Insofern beziehen sich die Redner nicht explizit auf Schmitt, aber es zeigt sich, daß sie die Schmittsche Freund-Feind-Unterscheidung aufnehmen - ob bewußt oder unbewußt muß offen bleiben. Dies zeugt davon, daß sich die Redner zumindest verbal noch nicht vollständig von einer antiliberalen Diktion lösen können.

Die drastischen Ausführungen in den Gedenkreden über mangelnde Moral und Ethik beweisen, daß es sich nicht um eine Auseinandersetzung mit dem politischen Widerpart handelt, sondern um eine Einteilung der Welt in die Kategorien von Gut und Böse, die keine Zwischentöne zuläßt. Diese, mit Hobsbawm als Kreuzzugsszenarien<sup>450</sup> des militanten Antikommunismus zu bezeichnende Propaganda bleibt in der Bundesrepublik über den Kalten Krieg hinweg identitätsstiftend: Noch im Jahr 1976 führt die CDU ihren Bundestagswahlkampf unter dem Motto "Freiheit statt Sozialismus".

---

<sup>447</sup> Schmitt, Der Begriff des Politischen, S. 27.

<sup>448</sup> Ebd., S.48.

<sup>449</sup> Im Schmittschen Sinne ist die Bundesrepublik nicht souverän, da sie keine Entscheidung über Krieg und Frieden treffen kann.

<sup>450</sup> Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme, S. 315.



## 5. Zusammenfassung und Ausblick

Die kleinteilige Analyse der am Tag der deutschen Einheit gehaltenen Gedenkreden bestätigt, daß der 17. Juni als Plebiszit für die Westbindung verstanden wurde, aus dem überzeitliche Orientierungswerte abgeleitet werden konnten. Dabei spielte es eine große Rolle, daß der Feiertag in antitotalitärer Gesinnung begangen wurde.<sup>451</sup> Weiter wurde gezeigt, daß es in den Reden der fünfziger Jahre ein nach wie vor manifester Nationalismus zu konstatieren ist, der sprachlich kaschiert wird, während seit Anfang der sechziger Jahre die Gesamtnation als historisch-politischer Bezugsrahmen langsam, aber beständig in den Hintergrund trat.<sup>452</sup>

Die Gedenkreden bis 1966 legen darüber hinaus unter den von mir untersuchten Aspekten offen, daß der 17. Juni von den Rednern als Projektionsfläche für ein behauptetes kollektives Gefühl benutzt worden ist, welches ein einheitliches gesellschaftliches Milieu konstruierte. Dies kann aus den Formulierungen abgeleitet werden, im Namen aller Deutschen zu sprechen, was sich in der Verwendung des kollektiven *wir* spiegelt. Alte Werte wurden jenseits der Realität wiederbelebt, wenn die Feinde der aufgestellten Werte benannt wurden. Die Gedenkreden bis Anfang der sechziger Jahre entwerfen keine reale, sondern eine gefühlte Welt, welche die alte Ordnung nicht nur als überkommen, sondern als *ewigkeitstauglich* postuliert, deren Werte innerhalb der neuen Ordnung wiederherzustellen seien. Alle Veränderungen werden damit zu Zuständen von politischer und gesellschaftlicher Ortlosigkeit, was sich an den Warnungen vor konsumorientiertem Egoismus ablesen läßt. Forderungen nach politischer Verantwortung des einzelnen werden im Kontext dieser Werte reklamiert, gleichzeitig aber vor zuviel Kritik am Staat gewarnt. Die Reden changieren zwar durch ihre unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen, sind aber in ihrem Kern einander ähnlich. Die Rückbindung an die Chiffren einer vergangenen Zeit, zu denen die Termini Nation und Einheit dienten, rekurren auf eine überschaubar gegliederte Gemeinschaft und entsprechen nicht der Realität einer sich entwickelnden pluralistischen Gesellschaft. Folgerichtig werden daher die Wohlstandswerte der prosperierenden Bundesrepublik negiert. Die Abhängigkeit des *deutschen Schicksals* von den Widrigkeiten der bipolaren Weltordnung wird zwar beklagt, aber akzeptiert. Trotzdem wird von den Westdeutschen eine *Opferbereitschaft* eingefordert, die allerdings keiner der Referenten konkretisiert. Der europäische Referenzrahmen eröffnet zwei weitere Argumentationslinien. Zum einen dient er als Beweis

---

<sup>451</sup>Damit ist Wolfrums gleichlautenden Thesen zuzustimmen. Vgl. Wolfrum, *Geschichtspolitik*, S. 349f.

<sup>452</sup>Wolfrums auf ungleich breiterer Quellenbasis fußende Analyse über bundes-republikanische Identität stellt fest, daß der Kult um den Nationalstaat in den fünfziger Jahren den *latenten* Nationalismus in der

einer friedlichen Einordnung der Bundesrepublik in die westliche und europäische Gemeinschaft, zum anderen wird mit dem europäischen Einigungsgedanken zugunsten der Wiedervereinigung argumentiert, denn ohne die Einigung Deutschlands sei auch die Einheit Europas nicht vollständig zu verwirklichen.<sup>453</sup>

In den sechziger Jahren verschiebt sich der Bezugsrahmen zugunsten eines bundesrepublikanischen Staatsverständnisses, was sich besonders deutlich an der Rede des Staatsrechtlers Peters nachweisen läßt.

Zum Konstrukt der tradierten Geschichtsbilder gehören die Termini Volk, Nation, Freiheit als *ewige deutsche Werte*. Diese werden fast ungebrochen als immergleiche in der demokratischen Bundesrepublik konstatiert und dienen dazu, historische Kontinuität zu betonen. Innerhalb dieser Geschichtsbilder gewinnt der politische und ideologische Widerpart Kommunismus nicht nur die Bedeutung eines *Gegners*, sondern wird zum *Feind* und zum allgemein verabscheuungswürdigen Bösen erklärt. Dies wird als Spielart des Schmittschen Gedankens vom *Feind* interpretiert, da Schmitts vor 1933 veröffentlichte Schriften in der Bundesrepublik weiter rezipiert wurden, und daher davon ausgegangen werden kann, daß sie den Rednern nicht fremd waren.

Der Antagonismus zum Kommunismus wird teilweise religiös überhöht und entzieht sich rationalen Reflexionen. Dies läßt sich anhand der Darstellungen belegen und spiegelt sich in den Metaphern. Die Wurzeln des zum Topos gewordenen Antikommunismus nur im Nationalsozialismus zu verankern, greift aufgrund jener Metaphern in den Reden zu kurz, die über die Abwehr des Kommunismus hinaus eine überkommene *Andersartigkeit des Ostens* zu Grunde legen. Offengelegt werden müßte von deutscher Seite, inwieweit die seit der Mitte des 19. Jahrhunderts konstruierte Gegnerschaft zwischen Deutschen und Slawen Einfluß auf das kollektive Bewußtsein gehabt haben könnte. Diese Gegnerschaft manifestiert sich in einem negativen Slawenbild, welches in Wissenschaft<sup>454</sup> und Literatur<sup>455</sup> propagiert wurde. Während des Nationalsozialismus verschmolzen diese Stereotypen mit den antibolschewistischen. Münkler konstatiert im europäischen Rahmen eine Abgrenzung gegen den Osten, die sich bis in die Antike zurückverfolgen lasse.<sup>456</sup>

---

Bevölkerung kanalisiert habe. Zumindest in Bezug auf die Gedenkreden im deutschen Bundestag greift diese Interpretation zu kurz. Vgl. ebd., S. 350.

<sup>453</sup>Blücher, 1955, S. 915; Ritter, 1955, S. 45; Gerstenmaier, 1956, S. 1080, Lübke, 1960, S. 1094; Erhard, 1964, S. 878; Schieder, 1964, S. 896.

<sup>454</sup>Vgl. u.a. Heffter, *Der Weltkampf der Deutschen und Slawen. Seit dem Ende des 5. Jahrhunderts nach christlicher Zeitrechnung nach seinem Ursprunge, Verlaufe und seinen Folgen dargestellt*, Hamburg 1847.

<sup>455</sup>Vgl. u.a. Freytag, *Soll und Haben*,<sup>51</sup> Leipzig 1899 (1855). In diesem Roman steht das negative Slawenbild nicht im Vordergrund der Handlung, es ist jedoch in Personenbeschreibungen immer präsent und deckt sich mit den von Heffner verwandten slawischen Stereotypen.

<sup>456</sup>"Am häufigsten ist in den Geschichtsbüchern von Europa die Rede, wenn es in Schlachten verteidigt und gerettet wurde; bei Marathon und den Termopyhlen, bei Actium, auf den katalaunischen Feldern, auf dem

Die zentralen Termini in den Reden sind Schlüsselbegriffe, wobei die deutsche Nation anthropomorphisiert wird. Die Körpermetaphern weisen auf einen erhöhten Grad der Versinnlichung hin. Mit der bildhaften Kraft der Körpermetaphern konnte der Bedeutungsraum erweitert werden, der der Nation Tiefenwirkung gibt. Damit wird neben der Information eine emotionale Reaktion erzielt, die die bildhafte Wirkung abrufen. Die sich wiederholenden Körperbilder für Volk und Nation als Einheit können daher nicht nur als Ausdruck eines Individualstils der Redner gewertet werden, sondern besonders auch als Zugriff auf einen kollektiven Metaphernschatz, um das Anliegen zu unterstreichen. Die Redner konnten offensichtlich davon ausgehen, daß ihre Bilder von den Rezipienten nachvollzogen werden konnten. Die Körperbilder der Einheit und Nation belegen, daß die Nation als *ein Volk* nicht nur in der Erinnerung erhalten werden soll, vielmehr wird die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands zwingend verlangt. Der Umfang des *Staatskörpers* wird nicht eindeutig definiert. Welche Redner in den fünfziger Jahren über das Gebiet der DDR hinaus eine Wiederherstellung des Reiches in den Grenzen von 1937 meinen, ist aufgrund der vermutlich bewußt mehrdeutig gehaltenen Formulierungen, nicht klar festzustellen.

Im Zusammenhang von Einheit und Nation konnte der Untergang des Deutschen Reiches als Folge des Zweiten Weltkriegs bezweifelt werden, zumal sich die Bundesrepublik zum Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches erklärt hatte. In diesem Verständnis hatte das Deutsche Reich mit seine Grenzen rechtlichen Bestand bis ein politisch wiedervereinigtes Deutschland abschließend über seinen Status und seine Grenzen befinden könne.<sup>457</sup> Die Einheit der Volks- und Kulturnation bleibt solange das überhöhte Ideal, als die Bundesrepublik keine eigenen Gründungsmythen entwickelt hatte, die identitätsstiftend für den Teilstaat wurden.

Die betrachteten Themenkomplexe sind in den Reden zum 17. Juni von zentraler Bedeutung. Sie werden im Rahmen von politischen und gesellschaftlichen Denkmodellen verwandt, decken sie ab und pointieren sie gleichzeitig emotional. Der Blick auf die Termini im Kontext der sie beschreibenden Metaphern hat sich als fruchtbar für die Analyse von Gedenkreden erwiesen, weil die Begriffe von den Rednern in Bildbereiche gesetzt werden,

---

Lechfeld, bei Lepanto, bei Wien usw. Sieht man von Tours und Portier ab so ist es immer ein Angriff aus dem Osten, der abgewehrt wird von den Persern über die Hunnen zu den Ungarn und Türken. Als politische Idee ist Europa dort am prägnantesten ausgebildet, wo es nicht aus sich selbst, sondern in Gegensatz zu etwas anderem bestimmt wird." Münkler fährt fort, daß dieses *andere* oftmals die "asiatische Gefahr" sei. Münkler, Reich - Nation - Europa. Modelle politischer Ordnung, Weinheim 1996, S. 116f.

<sup>457</sup> Brauburger, Deutsches Reich, in: Weidenfeld/Korte (Hg.), Handwörterbuch zur deutschen Einheit, S. 132-39, S. 135.

die appellativen Charakter haben, denn die Macht von Metaphern ist ungleich größer als die abstrakter Reflexionen.

Die komplexe Struktur der Gedenkreden erschließt sich beim analytischen Lesen. Der Satzbau der Reden ist teilweise derart hypotaktisch, daß ein unmittelbares Hörverständnis der Rezipienten bezweifelt werden muß, obgleich die Intention der Reden darin liegt, die Vorstellung der Einheit der Nation in Freiheit im öffentlichen Bewußtsein der Bundesrepublik wachzuhalten.

In den Reden dominiert ein konservatives Weltbild, in dem die als tradierungswürdig erkannten Werte der Vergangenheit vom Mißbrauch des Nationalsozialismus gereinigt werden, um sie für die Zukunft nutzbar machen zu können. Ein Wandel läßt sich aus den Reden der Staatsrechtler Peters und Weber, 1963 und 1966 und aus der des Historikers Erdmann 1965 ablesen, in denen die Wiedervereinigung zwar weiter als wünschenswerter Endzustand einer endgültigen europäischen Friedensordnung angestrebt wird, der Fokus aber auf der bundesrepublikanischen Staats- und Gesellschaftsordnung liegt, mithin auf den demokratischen und freiheitlichen Normen westlicher Ordnung.

Alle Redner entstammen jener Generation, die den Untergang der Weimarer Republik und den nationalsozialistischen Staat erlebt haben. Aus diesem individuellen biographischen Erfahrungsschatz resultiert meines Erachtens die Phobie vor sogenannten totalitären Strukturen. Allein damit kann die plakative Gleichsetzung des nationalsozialistischen und des kommunistischen Systems sowie die Apologetik der unmittelbaren Vergangenheit nicht ausreichend begründet werden. Hierzu müßten genaue biographische Recherchen über jeden Redner vorgenommen werden, anhand derer der politische Standpunkt der Vortragenden verortet und mit ihren Ausführungen in Beziehung gesetzt werden könnte. Dies war nicht Anspruch dieser Arbeit, die dargestellte Tendenz läßt sich auch ohne Kenntnis der Lebensgeschichten erkennen.

Festzustellen ist, daß die Redner, wie auch ihre Hörer bei den Staatsakten zu den bundesrepublikanischen Eliten zählten. Die Reden waren aber nicht nur für diesen ausgewählten Kreis konzipiert, sondern sollten breite öffentliche Resonanz erlangen.

Die Ergebnisse der Arbeit legen die Frage nahe, welche Wirkung die anlässlich der Staatsakte zum 17. Juni gehaltenen Gedenkreden in der Öffentlichkeit beider deutscher Staaten gehabt haben. Als leicht zugänglicher Quellenapparat bieten sich die Printmedien an. Für die DDR gestaltet sich eine solche Ausarbeitung jedoch schwierig, wenn nicht unmöglich, da die Presse staatlich kontrolliert worden ist. Für die westdeutsche Sichtweise muß diese Frage um den Aspekt erweitert werden, inwieweit in den Reden auch ein

kollektiver Grundkonsens in der bundesdeutschen Bevölkerung gespiegelt wurde und ob es einen solchen, der in den Gedenkreden stets postuliert wird, überhaupt gegeben hat. Ein erster Untersuchungsansatz zur Beantwortung dieser Fragen ließe sich aus der Auswertung der Darstellung und Kommentierung der Reden in der überregionalen und regionalen Presse herstellen. Getrennt davon müßten Leserbriefe zu den Reden analysiert werden - so es solche gab - , um diese anschließend mit den Darstellungen und Kommentaren in Beziehung zu setzen. Aus diesem Verhältnis könnten Schlüsse gezogen werden, welche auf Konsens oder Dissens hinweisen.

Im zweiten Schritt müßten mindestens zwei regionale Studien durchgeführt werden. Der Maßstab zur Bestimmung der Regionen wäre zunächst eine durchgängig erscheinende Tageszeitung, deren politischer Standort sich über die Zeit nicht verändert. Zweitens müßten sich diese Regionen in ihrer Entfernung zur innerdeutschen Grenze unterscheiden, um zu klären, ob die Nähe zum anderen deutschen Staat Einfluß auf die Meinungsbildung gehabt hat. Innerhalb der regionalen Studien müssen abermals die Leserbriefe besondere Beachtung finden. Ein Vergleich solcher Regionalstudien würde erste Aussagen über die Rezeption der Reden ermöglichen, die allerdings nur Tendenzen aufzeigen können, weil eine tatsächlich repräsentative Meinungsbildung auch von der Presse nicht geleistet werden kann. Ebenso zeigen Leserbriefe nur einen Ausschnitt öffentlichen Denkens.

Eine solche Untersuchung könnte bestätigen oder widerlegen, ob die Reden die gewünschte staatspolitische Wirkung gehabt haben. Einen Hinweis gibt die dieser Arbeit vorangestellte Karikatur, in der das Dilemma des Tag der deutschen Einheit überspitzt zum Ausdruck kommt. Sie stellt nicht nur dar, daß der Tag der deutschen Einheit eher der Freizeit gewidmet wird, statt des Gedenkens und Nachdenkens über die Verwirklichung der Einheit, sondern macht darüber hinaus eine Konfusion der bundesdeutschen Gedenktage deutlich. Der 17. Juni wird mit dem 20. Juli verwechselt, was darauf hinweist, daß die Vermittlung der Gedenktage und ihrer unterschiedlichen Bedeutungszusammenhänge für die westdeutsche Bevölkerung von eher untergeordnetem Interesse war. In einer weitergehenden Interpretation ist die Vermutung anzustellen, daß in einer modernen massenmedialen Gesellschaft, politische Gedenktage zum Ausdruck eines Rituals der politischen Klasse für sich selbst werden und der breiten Öffentlichkeit nicht mehr vermittelt werden können. Diese Vermutung zu verifizieren oder zu falsifizieren, ist Aufgabe weitergehender wissenschaftlicher Forschung.

Abschließend ist für meine Untersuchung festzustellen, daß - wenn auch über Rezeption und Wirkung der Gedenkreden keine Aussage gemacht werden kann - diese als

Mosaiksteine im Bild des politischen Selbstverständnisses von Eliten der Bundesrepublik in den fünfziger und sechziger Jahre gelten können.

## 6 Quellen und Literatur

### 6.1 Quellen

#### 6.1.1 Gedenkreden zum 17. Juni

Ansprache von Bundeskanzler Konrad Adenauer beim Staatsakt zum 17. Juni 1954, Bulletin des PuA, Nr. 111, 19.6.1954, S. 993.

Rede des CDU-Abgeordneten Franz Böhm beim Staatsakt zum 17. Juni 1954, Bulletin des PuA, Nr. 111, 19.6.1954, S. 993-97.

Ansprache des Bundesministers für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte Theodor Oberländer bei einer öffentlichen Kundgebung zum 17. Juni 1954 in Bonn, Bulletin des PuA, Nr. 111, 19.6.1954, S. 998.

Ansprache von Vizekanzler Bundesminister Franz Blücher beim Staatsakt zum 17. Juni 1955, Bulletin des PuA, Nr. 110, 18.6.1955 S. 915-16.

Rede des Freiburger Historikers Gerhard Ritter beim Staatsakt zum 17. Juni 1955, in: H. Hupka, (Hg.), 17. Juni. Reden zum Tag der deutschen Einheit, <sup>2</sup>Bonn 1964, S. 38-46.

Ansprache von Bundeskanzler Konrad Adenauer beim Staatsakt zum 17. Juni 1956, Bulletin des PuA, Nr. 110, 19.6.1956, S. 1077.

Rede von Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier beim Staatsakt zum 17. Juni 1956, Bulletin des PuA, Nr. 110, 19.6.1956, S. 1077-80.

Ansprache von Bundeskanzler Konrad Adenauer beim Staatsakt zum 17. Juni 1957, Bulletin des PuA, Nr. 110, 19.6.1957, S. 1005.

Rede des Bonner Philosophen und Pädagogen Theodor Litt beim Staatsakt zum 17. Juni 1957, Bulletin des PuA, Nr. 110, 19.6.1957, S. 1005-08.

Ansprache von Bundeskanzler Konrad Adenauer beim Staatsakt zum 17. Juni 1958, Bulletin des PuA, Nr. 107, 19.6.1958, S. 1093.

Rede des bayrischen Ministerpräsidenten Hanns Seidel beim Staatsakt zum 17. Juni 1958, Bulletin des PuA, Nr.107 , 19.6.19, S. 1093-97.

Ansprache von Bundeskanzler Konrad Adenauer beim Staatsakt zum 17. Juni 1959, Bulletin des PuA, Nr. 107, 19.6.1959, S. 1065.

Rede des Heidelberger Historikers Werner Conze beim Staatsakt zum 17. Juni 1959, Bulletin des PuA, Nr. 108, 20.6.1959, S. 1075-80.

Ansprache des Bundesministers für Wirtschaft Ludwig Erhard beim Staatsakt zum 17. Juni 1960, Bulletin des PuA, Nr. 111, 21.6.1960, S. 1096-97.

Rede des Tübinger Theologen Ulrich Mann beim Staatsakt zum 17. Juni 1960, Bulletin des PuA, Nr. 111, 21.6.1960, S. 1097-100.

Rede des Bundespräsidenten Heinrich Lübke zum 17. Juni 1960 auf dem Hohen Meißner, Bulletin des PuA, Nr. 111, 21.6.1960, S. 1093-96.

Rede des Bundesministers für Verteidigung Franz-Josef Strauß zum 17. Juni 1960 vor der deutschen Gemeinde in New York, Bulletin des PuA, Nr. 111, 21.6.1960, S. 1101-02.

Ansprache von Bundeskanzler Konrad Adenauer beim Staatsakt zum 17. Juni 1961, Bulletin des PuA, Nr. 110, 20.6.1961, S. 1061-62.

Rede des Hamburger Philosophen und Pädagogen Hans Wenke beim Staatsakt zum 17. Juni 1961, Bulletin des PuA, Nr. 110, 20.6.1961, S. 1062-66.

Ansprache von Bundesminister Ernst Lemmer beim Staatsakt zum 17. Juni 1962, Bulletin des PuA, Nr. 111, 20.6.1962, S. 965.

Rede des Hamburger Theologen Helmut Thielicke beim Staatsakt zum 17. Juni 1962, Bulletin des PuA, Nr. 111, 20.6.1962, S. 961-64.

Rede des Bundespräsidenten Heinrich Lübke auf dem Hohentwiel zum 17. Juni 1962, Bulletin des PuA, Nr. 111, 20.6.1962, S. 957-60.

Ansprache von Bundeskanzler Konrad Adenauer beim Staatsakt zum 17. Juni 1963, Bulletin des PuIA, Nr. 104, 19.6.1963, S. 921-23.

Rede des Kölner Staatsrechtlers Hans Peters beim Staatsakt zum 17. Juni 1963, Bulletin des PuIA, Nr. 104, 19.6.1963, S. 922-26.

Ansprache von Bundeskanzler Ludwig Erhard beim Staatsakt zum 17. Juni 1964, Bulletin des PuIA, Nr. 95, 19.6.1964, S. 877-78.

Rede des Kölner Historikers Theodor Schieder beim Staatsakt zum 17. Juni 1964, Bulletin des PuIA, Nr. 96, 19.6.1964, S. 895-99.

Ansprache von Bundeskanzler Ludwig Erhard beim Staatsakt zum 17. Juni 1965, Bulletin des PuIA, Nr. 104, 19.6.1964, S. 833.

Rede des Kieler Historikers Karl-Dietrich Erdmann beim Staatsakt zum 17. Juni 1965, Bulletin des PuIA, Nr. 104, 19.6.1965, S. 834-37.

Rede des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen Erich Mende zum 17. Juni 1965 vor dem American Council on Germany in New York, Nr. 104, 19.6.1965, S. 837-40.

Rede des Bundestagspräsidenten Eugen Gerstenmaier zum 17. Juni 1965 in Stuttgart, Bulletin des PuIA, Nr. 105, 22.6.1965, S. 841-42.

Ansprache von Bundeskanzler Ludwig Erhard beim Staatsakt zum 17. Juni 1966, Bulletin des PuIA, Nr. 81, 21.6.1966, S. 637-38.

Rede des Göttinger Staatsrechtlers Werner Weber beim Staatsakt zum 17. Juni 1966, Bulletin des PuIA, Nr. 81, 21.6.1966, S. 639-41 und Nr. 82, S. 653-54.

Ansprache von Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger beim Staatsakt zum 17. Juni 1967, Bulletin des PuIA, Nr. 64, 20.6.1967, S. 541-42.

Rede des Bundespräsidenten Heinrich Lübke zum 17. Juni 1967 in Ratzeburg, Bulletin des PuIA, Nr. 64, 20.6.1967, S. 543-44.

Rede des Bundesministers für Wirtschaft Karl Schiller zum 17. Juni 1967 vor dem American Council on Germany in New York, Bulletin des PuIA, Nr. 64, 20.6.1967, S. 545-47.

Rundfunk- und Fernsehansprache des Bundeskanzlers Kurt Georg Kiesinger zum 17. Juni 1968, Bulletin des PuIA, Nr. 75, 19.6.1968, S. 633-34.

Rede des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen Herbert Wehner auf einer Kundgebung in Berlin zum 17. Juni 1968, Bulletin des PuIA, Nr. 75, 19.6.1968, S. 635-37.

Regierungserklärung über die Lage der Nation im gespaltenen Deutschland, Verh. d. Dt. Bt., Sten. Ber., 5. WP, 239 Sitz., 17.6.1969, S. 13245-91.

Regierungserklärung und Aussprache, Verh. d. Dt. Bt., Sten. Ber., 6. WP, 59. Sitz., 17.6.1970, S. 3215-41.

Erklärung des Bundestagspräsidenten Kai-Uwe von Hassel zum 17. Juni 1971 in der 128. Sitzung des Deutschen Bundestages, Bulletin des PuIA, Nr. 92, 19.6.1971, S. 965-66.

Rede des Bundeskanzlers Willy Brandt zum 17. Juni 1971 vor dem American Council on Germany in New York, Bulletin des PuIA, Nr. 92, 19.6.1971, S. 967-70.

Erklärung des Bundestagspräsidenten Kai-Uwe von Hassel zum 17. Juni 1972 in der 193. Sitzung des Deutschen Bundestages, Bulletin des PuIA, Nr. 90, 17.6.1972, S. 1225-26.

Rundfunk- und Fernsehansprache des Bundeskanzlers Willy Brandt zum 17. Juni 1972, Bulletin des PuIA, Nr. 91, 20.6.1972, S. 1233.

Rede des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen Egon Franke vor dem American Council on Germany in New York, Bulletin des PuIA, Nr. 91, 20.6.1972, S. 1234-36.

Arbeitssitzung des Deutschen Bundestages, Debatte über den Haushalt des Bundeskanzlers, Verh. d. Dt. Bt., Sten. Ber., 7. WP, 44. Sitz., 18.6.1973, S. 2453-559.

Rundfunk- und Fernsehansprache des Bundeskanzlers Willy Brandt zum 17. Juni 1973, Bulletin des PuIA, Nr. 74, 19.6.1973, S. 737-78.

Rundfunk- und Fernsehansprache des Bundesministers für inner-deutsche Beziehungen Egon Franke zum 17. Juni 1974, Bulletin des PuIA, Nr. 72, 19.6.1974, S. 714.

Erklärungen der Präsidentin und der Fraktionen zum 17. Juni 1975, Verh. d. Dt. Bt., Sten. Ber., 7. WP, 179. Sitz., 17.6.1975, S. 12555-62.



Erklärung des Bundespräsidenten Walter Scheel zum 17. Juni 1976, Bulletin des PuLA, Nr. 72, 19.6.1976, S. 685.

Erklärung im Namen des Bundeskanzlers Helmut Schmidt durch Regierungssprecher Klaus Bölling zum 17. Juni 1976, Bulletin des PuLA, Nr. 72, 19.6.1976, S. 685-86.

Erklärung des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen Egon Franke zum 17. Juni 1976, Bulletin des PuLA, Nr. 72, 19.6.1976, S. 686-87.

Regierungserklärung des Bundeskanzlers Helmut Schmidt zum 17. Juni 1977 und Erklärungen der Fraktionen, Verh. d. Dt. Bt., Sten. Ber., 8. WP, 33. Sitz., 17.6.1977, S. 2453-62.

Rede des Bundespräsidenten Walter Scheel, bei der Feierstunde des Kuratoriums Unteilbares Deutschland im Plenarsaal des Deutschen Bundestages, Bulletin des PuLA, Nr. 66, 20.6.1978, S. 625-30.

Erklärung des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen Egon Franke zum 17. Juni 1979, Bulletin des PuLA, Nr. 79, 19.6.1979, S. 738.

Regierungserklärung des Bundeskanzlers Helmut Schmidt zur Europapolitik, Aussprache, Verh. d. Dt. Bt., Sten. Ber., 8. WP, 222. Sitz., 17.6.1980, S. 17943-76.

Rede von Johann Baptist Gradl, Vorsitzender des Kuratoriums Unteilbares Deutschland in der Sitzung zum Gedenken an den 17. Juni. 1953, Verh. d. Dt. Bt., Sten. Ber., 9. WP, 17.6.1981, S. 2519-24.

Rede des Ersten Bürgermeisters a.D. von Hamburg Herbert Weichmann in der Sitzung zum Gedenken an den 17. Juni. 1953, Verh. d. Dt. Bt., Sten. Ber., 9. WP, 17.6.1982, S. 6475-78.

Rede des Bundespräsidenten Carl Carstens in der Sitzung zum Gedenken an den 17. Juni. 1953, Verh. d. Dt. Bt., Sten. Ber., 10. WP, 17.6.1983, S. 881-85.

Rede des Bundesminister a.D. Gerhard Schröder in der Sitzung zum Gedenken an den 17. Juni. 1953, Verh. d. Dt. Bt., Sten. Ber., 10. WP, 16.6.1984, S. 5511-13.

Rede des Bundesminister a.D. Georg Leber in der Gedenkstunde des Deutschen Bundestages, Verh. d. Dt. Bt., Sten. Ber., 10. WP, 17.6.1985, S. 10717-23.

Rede des Bundespräsidenten a.D. Walter Scheel in der Gedenkstunde des Deutschen Bundestages, Verh. d. Dt. Bt., Sten. Ber., 10. WP, 17.6.1986, S. 17095-101.

Rede des amerikanischen Historikers Fritz Stern in der Gedenkstunde des Deutschen Bundestages, Verh. d. Dt. Bt., Sten. Ber., 11. WP, 17.6.1987, S. 1163-69.

Rede des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes Roman Herzog in der Gedenkstunde des Deutschen Bundestages, Verh. d. Dt. Bt., Sten. Ber., 11. WP, 17.6.1988, S. 5775-80.

Rede des Bundesminister a.D. Erhard Eppler, in der Gedenkstunde des Deutschen Bundestages, Verh. d. Dt. Bt., Sten. Ber., 11. WP, 17.6.1989, S. 11295-301.

### 6.1.2 Weitere Quellen

**Brant**, Stefan (d.i. Klaus Happlecht) / Bölling, Klaus, Der Aufstand. Vorgeschichte, Geschichte und Deutung des 17. Juni 1953, Stuttgart 1954.

Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. 4, Ost-Berlin 1954.

**Freitag**, Gustav, Soll und Haben,<sup>51</sup> Leipzig 1899 (1855).

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23.05.1949, Bundesgesetzblatt S. 1, zuletzt geändert am 16.07.1998, BGBl. S.1822.

**Heffter**, M. W., Der Weltkampf der Deutschen und Slawen. Seit dem Ende des 5.

Jahrhunderts nach christlicher Zeitrechnung nach seinem Ursprunge, Verlaufe und seinen Folgen dargestellt, Hamburg 1847.

**Hitler**, Adolf, Mein Kampf, 2 Bd. in einem Band, ungekürzte Ausgabe,<sup>190-194</sup> München 1936.

**Richert**, Ernst, Das zweite Deutschland. Ein Staat der nicht sein darf,<sup>2</sup> Frankfurt/Main 1966.

**Schmitt**, Carl, Der Begriff des Politischen, Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corollarien, Berlin 1963.

**Scholz**, Arno / Nieke, Werner (Hg.), Der 17. Juni - Die Volkserhebung in Ostberlin und in der Sowjetzone, Berlin (West) 1953.

**Scholz**, Arno / Nieke, Werner / Vetter, Gottfried, Panzer am Potsdamer Platz, Berlin (West) 1954.

**Winterhilfswerk des deutschen Volkes** (Hg.), Ewiges Deutschland, ein deutsches Hausbuch, Braunschweig 1942, S. 6-9.

## 6.2 Lexika

**Brockhaus**, Enzyklopädie in 24 Bänden, 19., völlig neu bearbeitete Auflage, Mannheim 1984-94.

**Brunner**, Otto / Conze, Werner / Koselleck, Reinhart (Hg.), Geschichtliche Grundbegriffe, Historisches Lexikon zur politischen Sprache in 7 Bänden, Stuttgart 1972-92.

Kluge, Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache, <sup>23</sup>Berlin 1995.

**Nohlen**, Dieter (Hg.), Wörterbuch Staat und Politik, München 1991, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1998.

Pons, Collins dictionary of the English language, Glasgow 1991.

**Wahrig**, Fremdwörterlexikon, Gütersloh 1991.

Weidenfeld, Werner / Korte, Karl-Rudolph, Handwörterbuch zur deutschen Einheit, Frankfurt/ Main 1992.

## 6.3 Literatur

**Allport**, Gordon W., Die Natur des Vorurteils, Köln 1971.

**Aly**, Götz, Macht, Geist, Wahn, Kontinuitäten deutschen Denkens, Berlin 1997, Lizenzausgabe für die Büchergilde Gutenberg, Frankfurt/Main, Wien 1997.

**Anderson**, Benedict, Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines erfolgreichen Konzepts, <sup>2</sup>Frankfurt/Main 1993 (1988).

**Arendt**, Hannah, Elemente totaler Herrschaft, Frankfurt 1958.

**Baring**, Arnulf, Der 17. Juni 1953, Bonn 1957.

**Baring**, Arnulf, Machtwechsel. Die Ära Brandt/Scheel, München 1984.

**Beier**, Gerhard, Wir wollen freie Menschen sein. Der 17. Juni 1953: Bauleute gingen voran, Frankfurt/Main 1993.

**Bender**, Peter, Neue Ostpolitik. Vom Mauerbau zur Wiedervereinigung, <sup>4</sup>München 1996.

**Benz**, W. / Plum, G. / Röder, W., Einheit der Nation. Diskussionen und Konzeptionen zur Deutschlandpolitik der großen Parteien seit 1945, Stuttgart 1978.

**Bielefeld**, Uli (Hg.), Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der Alten Welt?, Hamburg 1991.

**Bock**, Petra / Wolfrum, Edgar (Hg.), Umkämpfte Vergangenheit, Göttingen 1999.

**Brandt**, P. / Ammon, H. (Hg.), Die Linke und die nationale Frage. Dokumente zur deutschen Einheit seit 1945, Reinbeck 1981.

**Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen** (Hg.), Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953. Denkschrift über den Juni-Aufstand in der Sowjetischen Besatzungszone und in Ostberlin, faksimilierter Nachdruck der Ausgabe von 1953.

**Diedrich**, Torsten, Der 17. Juni 1953 in der DDR. Bewaffnete Gewalt gegen das Volk, Berlin 1991.

**Diedrich**, Torsten, Putsch - Volksaufstand - Arbeitererhebung? Zur Arbeitererhebung 1953 in der deutschen Geschichtsschreibung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APZ) B25/1993, S. 3-11.

**Edelman**, Murray, Politik als Ritual. Die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handelns, Frankfurt/Main 1976.

**Erdmann**, Karl-Dietrich, Drei Staaten - zwei Nationen - ein Volk? Überlegungen zu einer deutschen Geschichte nach der Teilung, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht (GWU), 36 (1985), S. 671-683.

**Fischer**, Fritz, Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, Düsseldorf 1961.

**Frei**, Norbert, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996.

**Friedrich**, Carl Joachim, Totalitäre Diktatur, Stuttgart 1957.

**Fritsch-Bournazel**, Renata, Die Sowjetunion und die deutsche Teilung. Die sowjetische Deutschlandpolitik 1945-79, Opladen 1979.

**Gellner**, Ernest, Nationalismus und Moderne, Berlin 1995 (1983).

**Glaser**, Hermann, Deutsche Kultur. Ein historischer Überblick von 1945 bis zur Gegenwart, Bonn 1997.

**Gallus**, Alexander, Der 17. Juni im Deutschen Bundestag von 1954 bis 1990, in: APZ B25/1993, S. 12-21.

**Görtemaker**, Manfred, Die unheilige Allianz. Die Geschichte der Entspannungspolitik 1943-1979, München 1979.

**Greiffenhagen**, Martin u. Sylvia, Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur Deutschlands, Frankfurt 1993.

**Gross**, Raphael / Konitzer, Werner, Geschichte und Ethik. Zum Fortwirken der nationalsozialistischen Moral, in: Mittelweg 36, 4/99, S. 44-70.

**Hacke**, Christian, Von Adenauer zu Kohl: Zur Ost- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik 1949-1985, in: APZ, B 51-52/1985, S. 3-22.

**Hagen**, Manfred, DDR - Juni '53: Die erste Volkserhebung im Stalinismus, Stuttgart 1992.

**Hagen**, Manfred, "Wir sind doch nicht geschlagen?!" Erste Reaktionen der SED-Führung auf die Volkserhebung 1953, Dresden 1993.

**Herbert**, Ulrich, Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903-1989, Bonn 1996.

**Hobsbawm**, Eric J., Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, <sup>3</sup>München 1999 (1994).

**Hobsbawm**, Eric J., Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780, <sup>2</sup>München 1998 (1990).

**Hobsbawm**, Eric J. / Ranger, Terence (Hg.), The Invention of Tradition, Cambridge 1992 (1983).

**Jaspers**, Karl, Freiheit und Wiedervereinigung. Über Aufgaben deutscher Politik, München 1960.

**Klemperer**, Viktor, LTI. Notizbuch eines Philologen, Leipzig 1966 (1950).

**Kleßmann**, Christoph, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955, Göttingen 1991, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, <sup>5</sup>Bonn 1991.

**Kleßmann**, Christoph, Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955-1970, <sup>2</sup>Bonn 1997.

**Kocka**, Jürgen / Sabrow, Martin (Hg.), Die DDR als Geschichte. Fragen, Hypothesen, Perspektiven, Berlin 1994.

**Koselleck**, Reinhart (Hg.), Historische Semantik und Begriffsgeschichte, Stuttgart 1978.

**Kowalczyk**, Ilko-Sascha, Die Historiker der DDR und der 17. Juni 1953, in: GWU 44/1993, S. 705-25.

**Kowalczyk**, Ilko-Sascha / Mitter, Armin / Wolle, Stefan (Hg.), Der Tag X - 17. Juni 1953. Die "Innere Staatsgründung" der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54, Forschungen zur DDR-Geschichte Bd. 3, Berlin 1995.

**Kreuz**, Leo Ferdinand, Das Kuratorium Unteilbares Deutschland. Untersuchungen zu einer deutschlandpolitisch tätigen Organisation, Dissertation, Bonn 1979.

**Lehmann**, H.G., Mit der Mauer leben? Die Einstellung zur Berliner Mauer im Wandel, in: APZ, B33-34/1986, S. 19-34.

**Lenk**, Kurt / Franke, Berthold, Theorie der Politik. Eine Einführung, <sup>2</sup>Frankfurt/Main und New York 1991.

**Lorenz**, Chris, Konstruktion der Vergangenheit. Eine Einführung in die Geschichtstheorie, Köln 1997.

**Lukas**, Richard, Zehn Jahre Sowjetische Besatzungszone - Politik, Wirtschaft, Kultur, Rechtswesen, Mainz/Wiesbaden/Düsseldorf 1955.

**Meinecke**, Friedrich, Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen, <sup>5</sup>Wiesbaden 1955.

**Mitter**, Armin, Die Ereignisse im Juni und Juli 1953 in der DDR. Aus den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit, in: APZ B5/1991, S. 31-41.

**Mitter**, Armin / Wolle, Stefan, Die deutsche Revolution des Jahres 1953, in: dies., Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, München 1993, S. 27-162.

**Münkler**, Herfried, Reich - Nation - Europa. Modelle politischer Ordnung, Weinheim 1996.

**Pernkopf**, Johannes, Der 17. Juni in der Literatur der beiden deutschen Staaten, Stuttgart 1982.

**Reichel**, Peter, Politik mit der Erinnerung. Gedächtnisorte im Streit um die nationalsozialistische Vergangenheit, München 1995.

**Reichel**, Peter, Politische Kultur in der Bundesrepublik, Opladen 1981.

**Schildt**, Axel / Sywottek, Arnold (Hg.), Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn 1993.

**Schiller**, Dietmar, Politische Gedenktage in Deutschland. Zum Verhältnis von öffentlicher Erinnerung und politischer Kultur, in: APZ B25/1993, S. 32-39.

**Schirdewan**, Karl, Aufstand gegen Ulbricht - Im Kampf um politische Kurskorrektur, gegen stalinistische, dogmatische Politik, Berlin 1994.

**Schöttler**, Peter (Hg.), Geschichte als Legitimationswissenschaft 1918-1945, Frankfurt/Main 1997.

**Schütz**, W.W., Deutschland-Memorandum, eine Denkschrift und ihre Folgen, Frankfurt 1968.

**Schulte-Sasse**, Jochen, Literarische Struktur und historisch-sozialer Kontext, zum Beispiel Lessings "Emilia Galotti", Paderborn 1975.

**Schwarz**, Hans-Peter, Entspannung und Wiedervereinigung. Deutschlandpolitische Vorstellungen Konrad Adenauers 1955-58, Stuttgart 1979.

**Schwarz**, Hans-Peter / Meissner, Boris (Hg.), Entspannungspolitik in Ost und West, Köln 1979.

**Spittmann**, Ilse / Fricke, Karl Wilhelm (Hg.), 17. Juni 1953 - Arbeiteraufstand in der DDR, Köln 1982.

**Sütterlin**, Sabine, Der Tag der Deutschen Einheit im Wandel der Zeit, Dissertation, Kiel 1992.

**Tillmann**, Alexander, Ausgewählte Textsorten politischer Sprache. Eine linguistische Analyse parteilichen Sprechens, Göttingen 1989.

**Wehler**, Hans-Ulrich, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, 3. Bd., Von der "deutschen Doppelrevolution" bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs 1849-1914, München 1995, Lizenzausgabe für die Büchergilde Gutenberg Frankfurt/Main, Wien 1995.

**Wilker**, Lothar, Die Sicherheitspolitik der SPD 1956-1966. Zwischen Wiedervereinigungs- und Bündnisorientierung, Bonn 1977.

**Winkler**, Heinrich August / Kaelble, Hartmut (Hg.), Nationalismus - Nationalitäten - Supranationalität, Stuttgart 1993.

**Wolfrum**, Edgar, Geschichtspolitik und deutsche Frage. Der 17. Juni im nationalen Gedächtnis der Bundesrepublik (1953-89), in: Geschichte und Gesellschaft 24 (1998), S. 382-411.

**Wolfrum**, Edgar, Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung, Darmstadt 1999.

**Zentralinstitut und Museum für Sepulkralkultur** (Hg.), Tanz der Toten - Todestanz, Der monumentale Totentanz im deutschsprachlichen Raum, Dettelbach 1998.